

eigentlich noch viel zuwenig haben, und ich versuchen werde, durch weitere Umschichtungen im Budget noch mehr Mittel für Drogenpräventionsmaßnahmen herauszuholen.

Wir werden einen Schwerpunkt im Bereich der Kinderunfallverhütung gemeinsam mit Prof. Höllwarth setzen, der bereits noch vor dem Sommer kommt und wo wir überhaupt eine Vielzahl von Maßnahmen setzen werden.

Gesundheitserziehung in den Schulen, Gesundheitsförderung durch Bewegung. Eine Informationskampagne zum Thema Mutter-Kind-Paß, auch angeschnitten. Eine ganz wichtige Geschichte, wobei ich schon dazusage, daß es mir eigentlich graut, wenn wir in einer Gesellschaft leben, daß Leute, daß Mütter, daß Familien ihre Kinder nur dann untersuchen lassen, wenn sie dafür ein paar 1000 Schilling bekommen. Ich glaube doch, daß hier sehr viel noch an Bildungsarbeit notwendig sein wird, um hier etwas weiterzubringen.

Und ich sage zum Schluß zu den fachlichen Bereichen, daß wir noch versuchen werden, im heurigen Jahr den Psychiatrieplan für die Steiermark zu beschließen, vorzulegen, weil es hier die Ärmsten in unserer Gesellschaft trifft und wir hier doch deutliche Akzente, weg von der Versorgung in Großspitälern – hin zur Versorgung im gemeindenahen Psychiatriebereich, setzen werden.

Ich danke allen für ihre Diskussionsmeldungen im Rahmen der Diskussion. Ich sage noch einmal dazu, sie war sehr fair und sehr sachlich. Ich danke den Mitarbeitern in der Fachabteilung, ich danke den Mitarbeitern in der Rechtsabteilung 12, in der KAGES, den Vorstandsdirektoren, ihren Mitarbeitern. Ich möchte mich bedanken bei meinem Vorgänger Dieter Strenitz. Ich habe gesagt, er hat ein bestelltes Haus, ein gutes Haus hinterlassen. Das stimmt, und wir werden daran weiterarbeiten. Herzlichen Dank an ihn! Und ich sage dazu, ich bedanke mich auch bei den Mitarbeitern der Rechtsabteilung 10, beim Landesrat Ressel, beim Landesrat Paierl, die mit sehr viel Verständnis diesen Gesundheitsbereich, gerade auch in der Frage des Sonderfinanzierungsprogrammes, gesehen haben.

Ich gehe davon aus, und damit bin ich beim Schluß, daß Zeiten knapper Mittel nicht nur Zeiten sind, wo man sich hinsetzt und traurig ist und das beklagt, sondern daß weniger Mittel die Kreativität anregen, Möglichkeit geben, ein bißchen mit Hirn, mit Ideen etwas weiterzutreiben, daß es nur eine Ausrede ist zu sagen, wir haben zuwenig Geld, sondern bei einer entsprechenden Basisfinanzierung durchaus die notwendigen Reformen zustande bringen. Ich danke schön! (Beifall bei der SPÖ und FPÖ. – 15.34 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt zur Gruppe 5 nicht vor.

Der Herr Berichterstatter hat auf das Schlußwort verzichtet.

Wir kommen nun zur Abstimmung:

Wer dem Antrag des Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 5 des Landesvoranschlages für 1996 zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, das ist die mehrheitliche Annahme.

Wer dem Antrag des Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 5 des Landesvoranschlages für 1997 seine Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, das ist ebenfalls die mehrheitliche Annahme.

Wer dem Beschlußantrag der Abgeordneten Mag. Hartinger, Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Peinhaupt, Dr. Wabl, Dr. Brünner, Mag. Zitz und Keshmiri, betreffend medizinisches Gesamtkonzept, zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen.

Das ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Wer dem Beschlußantrag der Abgeordneten Mag. Hartinger, Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Peinhaupt, Dr. Wabl, Dr. Brünner, Mag. Zitz und Keshmiri, betreffend Kooperations- und Koordinationsmodelle in der Krankenversorgung, seine Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Handzeichen.

Das ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Wer dem Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Dr. Wabl und Mag. Zitz, betreffend die Vorlage des Gesundheitsberichtes an den Landtag, zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat ebenfalls nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Meine Damen und Herren, ich unterbreche nun die Budgetdebatte zu den Haushalten 1996 und 1997, das heißt die Spezialdebatte, um zu einer kurzen Diskussion der Wortmeldungen zu den Ergebnissen einer gemeinsamen Aussprache zwischen den Studierenden, die hier ihrem Unmut sehr deutlich Luft gemacht und Forderungen gestellt haben, und den jeweiligen Bildungssprechern zu kommen. Ich darf den Herrn Abgeordneten Brünner bitten, das Prozedere kurz zu erklären.

Abg. Dr. Brünner (15.39 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die fünf Wissenschaftssprecher und der Vorsitzende des Wissenschafts-Ausschusses haben mich da drüben im Rittersaal dazu verdonnert, den Vorsitz in dieser Rittersaalrunde zu führen.

Wir haben folgendes gemacht:

Erstens: Spielregeln für die weitere Vorgangsweise festgelegt und dann zweitens über die drei Punkte, die in der Resolution der Studentinnen und Studenten enthalten sind, diskutiert.

Ich möchte Ihnen nur die Spielregeln, die wir vereinbart haben, vortragen. Es sollen hier ein oder zwei Vertreterinnen/Vertreter der Studierenden Gelegenheit haben, Stellung zu nehmen, dann zweitens die fünf Wissenschaftssprecher, jeweils drei Minuten.

Drittens: Die fünf Wissenschaftssprecher werden eine schriftliche Stellungnahme zu den drei Punkten der Resolution abgeben und diese schriftliche Stellungnahme sowohl den Studierenden als auch den Mitgliedern des Hauses vorlegen. Wir haben ja schon mündlich dort drüben zu den drei Punkten Stellung genommen, wir werden das auch schriftlich tun.

Viertens: Der Wissenschafts-Ausschuß wird sich in seiner nächsten Sitzung mit folgenden Punkten beschäftigen: Ausarbeitung eines sozial gerechten Stu-

dienfinanzierungsmodells und als Übergangslösung Bindung der Familienbeihilfe an den Median der Studiendauer, Beibehaltung der Freifahrt mit erhöhtem Selbstbehalt beziehungsweise Ausverhandlung niedrigerer Studierendentarife bei den zuständigen Verkehrsbetrieben und keine Kürzungen bei den Lehraufträgen.

Der Wissenschafts-Ausschuß wird diese Punkte und auch noch andere debattieren. Den Beratungen des Wissenschafts-Ausschusses sollen Expertinnen und Experten entsprechend den Bestimmungen der Geschäftsordnung beigezogen werden – ungefähr im gleichen Ausmaß wie die Parteienvertreter.

Das sind die Spielregeln, die wir festgelegt haben. Der letzte Teil der Spielregeln lautet, daß nach diesem Ablauf die Studierenden den Plenarsitzungssaal verlassen und daß auch auf der Zuschauertribüne nicht Aktionen entfaltet werden, die den weiteren Fortgang des Landtages unterbrechen oder stören. (15.42 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke! Dann erteile ich der Frau Claudia Moser das Wort.

Claudia Moser (15.42 Uhr): Wir wollen kurz aus unserer Perspektive, aus unserer Sicht das Ergebnis dieser Diskussion jetzt auch unseren Kollegen und Kolleginnen hinten noch einmal klar sozusagen hinüberbringen.

Es war erstmals heute eine ziemlich konkrete Stellungnahme über unsere Anliegen, die weitgehend ohne Diffamierungen unserer wirklich ernst zu nehmenden Probleme verlief. Das heißt, dieses Gespräch gibt und gab uns recht, mit diesen Protestmaßnahmen doch einiges zu erreichen. Was haben wir erreicht?

Es wurde uns zugesagt, daß eine schriftliche Stellungnahme aller bei der Diskussion anwesenden Bildungssprecher und Bildungssprecherinnen zu unserer mitgebrachten Resolution erfolgt, die a) an die Landtagsabgeordneten hier im Landtag geht, das heißt also, daß diese Resolution mit dem heutigen Tag nicht aus dem Landtag verschwindet, sondern daß sie weiter präsent bleibt, und b) uns Studierenden, sprich vor allem auch der Gruppierung des Hörsaals A, zugesandt wird.

Zweitens gibt es eine weitgehende Übereinstimmung mit den Parteien der Opposition. Eine Unterstützungserklärung dieser Resolution liegt bereits von einer Partei aus der Opposition vor.

Drittens wurde uns gesagt, daß ein Wissenschafts-Ausschuß am 7. Mai unter Einbeziehung von Studierenden, der sich als Basis, bitte, und wirklich noch einmal, als Basis mit den Inhalten der Resolution, die wir heute mitgebracht haben, zusammenfinden wird und sich wirklich nicht reduktionistisch mit den Stellungnahmen der Bildungssprecher auseinandersetzen wird, sondern wirklich konkret mit den Inhalten.

Und noch einmal: Es gab und gibt uns recht, mit diesen, nicht immer verständlich für alle hier Anwesenden, adäquaten Druckmitteln das zu erreichen, was uns wichtig ist, nämlich ein Gespräch, ein wirklich ernst zu nehmendes Gespräch. Und wir hoffen, daß diese Zugeständnisse von heute nicht leere Versprechungen bleiben, sondern daß das kurzfristig und auch längerfristig weitergeht und daß dies heute erst-

mals eine Symbol-, eine Zeichensetzung auch war, daß sich der Landtag bereiterklärt, uns Studierende anzuhören. (Beifall der Studenten. – 15.45 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Es gibt noch eine zweite Wortmeldung aus dem Bereich der Studierenden – Frau Ines Aftenberger.

Ines Aftenberger (15.45 Uhr): Was erreicht worden ist, das ist bereits gesagt worden. Ich denke, es war ein Hoffnungsschimmer. Es war ein wirklich angenehmes Erlebnis, erstmals angehört zu werden, reden zu dürfen, nicht Monologen lauschen zu müssen. Das können wir als Fortschritt, als kleinen Erfolg bezeichnen.

Aber ich möchte schon sagen, bevor hier allgemeine Harmonie einkehrt, soweit gibt es noch keinen Grund dazu, daß es bedauerlich ist, daß wir auf diesem Weg in den Landtag mußten. Es ist bedauerlich, daß wir uns hier vorbeidrängen mußten in den Plenarsaal und daß uns dies dann auch noch als undemokratisches Verhalten gewertet wurde. Es ist bedauerlich, daß wir das gegen den Widerstand eines Exekutiveinsatzes tun mußten – und das möchte ich hier auch gesagt haben –, der von einer nicht zu rechtfertigenden Grobheit und Brutalität gegenüber uns war. Es ist nicht zu rechtfertigen, daß man mit Transparentstangen auf Leute einschlägt. Ich weiß nicht, was sich die Schüler der Schule gedacht haben, die dies mit angesehen haben. Sie werden sich ihr eigenes Bild gebildet haben über die Zustände hier. Es ist bedauerlich, daß hier auch von Personen im Landhaus – ich weiß nicht, wer das war, angeblich ein Bediensteter des Landhauses, wie uns gesagt wurde – gegenüber einer Studentin gesagt wurde, „wir gehörten alle standrechtlich erschossen“, und dann noch einige Beschimpfungen erfolgten. Es ist, wie gesagt, bedauerlich, daß wir auf diesem Weg hier das erreichen mußten, was uns eigentlich als Recht zusteht, nämlich wenigstens angehört zu werden, und nicht einfach ignoriert zu werden und niedergestimmt zu werden.

Das sollten wir doch im Hinterkopf behalten. (Beifall der Studierenden.)

Wir werden gehen – ich sage das jetzt für mich, aber ich nehme an, daß die anderen einverstanden sind –, weil wir mit dem, was wir erreicht haben, heute, hier, zufrieden sind. Aber noch einmal, dabei kann es nicht bleiben. Und vielleicht überlegt sich dieser Landtag, ob es wirklich zu einer solchen Situation auf der Straße und hier kommen mußte, ob man das in Zukunft nicht anders regeln kann. (15.47 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Meine Damen und Herren Studierende, ich glaube, daß der Zugang zum Landtag, der Zugang zu den Abgeordneten in einer viel einfacheren und viel demokratischeren Weise möglich gewesen wäre, weil es die Aufgabe und Pflicht jedes einzelnen Abgeordneten, egal welcher Fraktion er angehört, ist, mit den Bürgern dieses Landes über ihre Anliegen und über ihre Sorgen und über ihre Probleme zu diskutieren.

Wir haben heute die Geschäftsordnung und Usancen dieses Hauses für Sie gebogen. Wir haben das einmal getan, weil wir uns darüber im klaren waren, daß wir nicht einen permanenten Demonstra-

tionsstreit zwischen dem Haus und den Jugendlichen haben wollten. Machen Sie bitte von Ihren demokratischen Rechten in der Weise Gebrauch, wie es in einem Land wie der Steiermark üblich ist, dann werden Sie Ihre Ziele sicherlich auch erreichen können.

Ich hoffe und ich wünsche, daß wir uns in Zukunft auf einer sehr demokratischen Ebene begegnen und in einem anderen Ton und Klima die Probleme lösen, die Sie betreffen. Diese Probleme sind auch unsere, weil Sie ja die Zukunft und die Jugend dieses Landes sind, für die wir alle hier herinnen sitzen, um die Arbeit zu leisten, die Ihnen die Möglichkeiten geben soll, in einem friedlichen und ruhigen Österreich und in einer friedlichen Steiermark Ihrem Studium, Ihrem späteren Berufsweg und vielleicht auch dem Ihrer Kinder und Kindeskindern nachgehen zu können. Und das ist die Intention, die wir haben.

Wir haben heute, wie gesagt, einmal einen Schritt getan, der aus der Reihe getanzt ist. Wir sehen auch Ihren Schritt als einen, der einmal aus der Reihe getanzt ist. Eine Wiederholung würden wir uns gerne alle miteinander ersparen im Interesse der Demokratie und im Interesse der demokratischen Spielregeln. (Beifall der Studierenden. – Studentin: „Eine Wiederholung hängt ab von einem entsprechenden Verhalten Ihrerseits, bitte!“) Wir haben uns immer bemüht, Ihre Interessen zu vertreten, und ich glaube, jeder einzelne von uns hat das getan.

Ich darf nun die Bildungssprecher der einzelnen Fraktionen noch kurz zu Wort kommen lassen. Als erste zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Zitz. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Zitz (15.50 Uhr): Ja, nachdem wir ausgemacht haben, daß jeder und jede von uns nur drei Minuten Redezeit hat, habe ich mir gedacht, ich verwende einfach das für mich authentische Dokument in diesem Zusammenhang und möchte die Resolution des Hörsaals A der Karl-Franzens-Uni, SOS-Bildung, SOS-Demokratie, sehr schnell vorlesen und dann noch einen Fünf-Parteien-Antrag vorlesen, auf den wir uns geeinigt haben.

„SOS-Bildung! SOS-Demokratie!

Das Uni-Sparpaket gefährdet die Lehre an der Universität und bedeutet einen sozialen Numerus clausus. Es wird gegen den Willen der Betroffenen und unter Mißachtung demokratiepolitischer Mindeststandards durchgesetzt.

In dieser Situation fordern wir den Steiermärkischen Landtag auf, eine klare politische Aussage zu treffen und wir fordern die steirischen Abgeordneten auf, unsere Anliegen zu unterstützen!

Die Resolution:

Als Landtagsabgeordnete oder Landtagsabgeordneter werde ich mich persönlich im Landtag, in meiner Partei und bei den zuständigen Ministern der Bundesregierung dafür einsetzen, daß folgende Maßnahmen mit den Studierendenvertreter/innen verhandelt und entsprechend novelliert beziehungsweise bis dahin nicht umgesetzt werden:

Bindung der Familienbeihilfe an die Mindeststudiendauer plus zwei Semester (beschlossen), Abschaffung der Freifahrt (beschlossen), Kürzung der Lehraufträge um 15 Prozent (beschlossen).“

Den zweiten Teil der Resolution, den haben wir fünf, also Zitz, Lopatka, Getzinger, Brünner und Dietrich, als einen Teil des Antrages aufgenommen. Ich möchte jetzt den Antrag, betreffend allgemeine Sparmaßnahmen im Universitätsbereich, vorlesen.

Auf Grund der laufenden kontroversiellen Diskussionen bezüglich der drohenden Sparmaßnahmen im Universitätsbereich ist der Landtag zu einer Stellungnahme aufgefordert.

Der Hohe Landtag wolle folgenden Antrag beschließen:

Der Wissenschafts-Ausschuß des Steiermärkischen Landtages wird beauftragt, sich in seiner nächsten Sitzung mit folgenden Forderungen auseinanderzusetzen – ich übernehme jetzt die Forderungen und Vorstellungen aus der vorher zitierten Resolution.

Ausarbeitung eines sozial gerechten Studienfinanzierungsmodells und als Übergangsregelung Bindung der Familienbeihilfe an den Median, also an den Durchschnitt, der Studiendauer, Beibehaltung der Freifahrt mit erhöhtem Selbstbehalt beziehungsweise Ausverhandlung niedriger Studierendentarife bei den zuständigen Verkehrsbetrieben, keine Kürzung bei den Lehraufträgen. Das ist dieser Antrag, den ich somit entsprechend der Geschäftsordnung in den Landtag einbringen möchte.

Einen weiteren Punkt noch, als Teil des Antrages, möchte ich formulieren:

Die im Landtag vertretenen Fraktionen werden in der Präsidiale der Klubobleute des Landtages vereinbaren, zu diesen Themen kompetente Experten und Expertinnen in einem zu vereinbarenden Verhältnis beizuziehen.

Danke, daß es jetzt einmal die Möglichkeit gegeben hat, zu diesem Thema ausführlicher zu reden, wenn auch in einer sehr unkonventionellen Art und Weise. (Beifall bei den Studierenden. – 15.53 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Lopatka. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Lopatka (15.53 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Studierende hier vorne und hinten auf den Zuschauerrängen!

Es ist schade, daß die Vorgangsweise des Wissenschaftsministers zur jetzigen unbefriedigenden Situation geführt hat. Daher hat auch bereits unser Generalredner am Beginn der dreitägigen Budgetdebatte diese mangelnde Gesprächsfähigkeit des Wissenschaftsministers kritisiert.

Zu den drei in der Resolution angeführten Punkten darf ich daher in aller Kürze von unserer Seite Stellung nehmen.

Wir halten die Bindung der Familienbeihilfe an die Mindeststudiendauer plus zwei Semester dort für äußerst bedenklich, wo berücksichtigungswürdige Gründe, wie fehlende Praxis oder Laborplätze, den Studierenden ein rasches Fortkommen im Studium erst gar nicht möglich machen.

Zum zweiten Punkt. Wir hoffen, daß mit dem Härtefonds im Bereich der gestrichenen Freifahrten soziale Härten vermieden werden können. Vor allem sollen

Studierende des ländlichen Raumes keinesfalls benachteiligt werden.

Zum dritten Punkt. Wie schon bei Punkt 1 muß ich auch hier den Vorwurf machen, den Vorwurf an den Wissenschaftsminister, daß er äußerst phantasielos und undifferenziert vorgegangen ist, denn eine lineare Kürzung der Lehraufträge um 15 Prozent kann man nicht auf alle Universitäten, auf alle Institute und Fakultäten gleich umlegen. (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Das geht schon auch an den Familienminister?“) Ich weiß nicht, was der Familienminister mit den linearen Kürzungen bei den Lehraufträgen zu tun hat. (Abg. Schrittwieser: „Da wird schon wieder Parteipolitik gemacht!“) Du bist ohnehin auch zu Wort gemeldet.

Und wir haben eine Ressortverantwortlichkeit, auch hier, die man gerade in schwierigen Zeiten wahrnehmen muß. Es sind aber auch die Fakultäten und die Institute gefordert, ihre Beiträge zu leisten, denn zweifelsohne gibt es auch auf den Universitäten Einsparungspotentiale. Der vormalige Rektor der Grazer Universität, Prof. Brünner, der ja noch das Wort ergreifen wird, hat es uns in dieser Besprechung sehr deutlich gezeigt, und er hat einzelne Beispiele angeführt, wo man auch innerhalb der Universität sparen könnte.

Abschließend darf ich daher an die Studierenden appellieren, zur Kenntnis zu nehmen, daß wir ohne jede Zuständigkeit des Landtages hier Stellung nehmen. Ich bitte Sie, das zu akzeptieren, und überfordern Sie uns bitte nicht mit einer Verantwortung, die wir nicht haben und daher auch nicht wahrnehmen können.

Und zuletzt, ceterum censeo. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg beim Studium, denn das, glaube ich, ist Ihre Hauptbeschäftigung! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 15.56 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile es ihr.

Abg. Dietrich (15.56 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Viele Studenten schaffen das Studium nicht in Mindestzeit. Sie sind weder faul, noch dumm, und sie schaffen es trotzdem nicht. Vielleicht müßten wir manche Strukturen neu überdenken, etwa eine Reform des Studienplanes.

Durch die geplanten Sparmaßnahmen im Bildungsbereich fühlen sie sich benachteiligt.

Die hier anwesenden Studenten haben eine Resolution verfaßt und drei Vorschläge gemacht.

Zu Vorschlag Nummer eins: Bindung der Familienbeihilfe an die durchschnittliche Studiendauer. Vorschlag Nummer zwei: Beibehaltung der Freifahrt mit erhöhtem Selbstbehalt. Hinter diesen Vorstellungen können wir voll und ganz stehen.

Fraglich ist für mich der Punkt Kürzung bei Lehraufträgen. Da weiß ich, ehrlich gesagt, viel zuwenig über ein mögliches Einsparungspotential an Universitäten, und es wäre unseriös, hiezu eine Stellungnahme abzugeben.

Ich habe selbst vier Kinder und mache mir natürlich Sorgen um die Zukunft, wie es mit der Bildung in unserem Land weitergehen wird.

Ich bin aber davon überzeugt, daß gerade im Hinblick darauf, daß wir uns in einem Hochlohnland befinden, es von enormer Bedeutung ist, daß wir qualitativ gut ausgebildete Menschen haben. Und hier darf nicht gespart werden, denn Investitionen in die Bildung sind Investitionen in die Zukunft! (Beifall bei der FPÖ und den Studenten. – 15.59 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Getzinger. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (15.59 Uhr): Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Diejenigen Universitätsangehörigen, die meine öffentlichen Äußerungen zum Sparpaket und den Universitäten verfolgt haben, werden wissen, daß ich mich in Teilen durchaus solidarisch fühle mit den Forderungen der Studierenden, aber eben doch nur in Teilen.

Und, meine Damen und Herren, wir dürfen nie vergessen, daß es gerade eben die Studenten sind, die in der Lage sind, Probleme, die es im Zusammenhang mit dem Sparpaket gibt, lautstark, deutlich, aktionistisch zu artikulieren, daß es aber auch selbstverständlich auch viele andere Bevölkerungsgruppen gibt, die mit dem Sparpaket Schwierigkeiten haben – ich will es einmal so ausdrücken. (Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den Studenten.)

Und ich denke doch auch, daß es die Studierenden verstehen werden, daß sie Solidarität aufbringen werden für diese anderen Gruppen, die nicht so in der Lage sind, sich in dieser Weise zu artikulieren.

Unsere Aufgabe, meine Damen und Herren, wird es sein, hier zu einem sozial verträglichen Ausgleich zu kommen. Mit dem Beschluß der Budgets ist die Debatte, ist die Politik ja nicht zu Ende. Es geht darum, sozial verträgliche Modelle, sozial verträgliche Konkretisierungen – wir haben gerade gestern im Bereich des Behindertenwesens davon gesprochen – zu finden.

Um aber jetzt konkret auf die Anliegen der Studierenden einzugehen. Wie gesagt, ich habe mich dazu bereits mehrmals öffentlich geäußert, und insofern trifft mich der Vorwurf, daß die Studierenden glauben, von der Politik ignoriert zu werden, doch etwas. Ich glaube, daß das nicht der Fall ist. Ich glaube, daß sich alle Wissenschaftssprecher im Steiermärkischen Landtag mit dieser Problematik doch sehr intensiv auseinandergesetzt haben und in ihrem Wirkungsbereich tätig geworden sind. Vielleicht wird es da und dort nicht wahrgenommen oder nicht in dem Ausmaß zur Kenntnis genommen.

Erstens, selbstverständlich ist meine Partei – die Sozialdemokratische Partei – diejenige, die dafür kämpfen wird, daß es ein sozial gerechtes Studienfinanzierungsmodell gibt. Ich glaube, daß das derzeitige Stipendienwesen nicht mehr hinreichend ist, daß es darum geht, hier Modelle zu entwickeln, Reformvorschläge zu entwickeln, die zu einer Besserstellung sozial benachteiligter Kinder, die studieren möchten, führen sollen.

Ich glaube aber, daß es nicht mehr möglich sein wird – und hier muß man ehrlich bleiben –, daß sich die Familienbeihilfe am Median orientiert. Einen derartigen Vorschlag hat es nämlich bereits in den Verhandlungen gegeben. Wissenschaftsminister Scholten hat diesen Vorschlag vorgebracht, Minister Bartenstein hat ihn abgelehnt. Aus dem Grund bin ich der Ansicht, daß man sich hier eher darauf verlegen sollte, für jene Studienrichtung, wo ein Studieren innerhalb der Mindeststudiendauer plus zwei Toleranzsemester nicht möglich ist, weitere Toleranzsemester zu verlangen, zu fordern. Ich glaube, daß hier auch noch Verhandlungsspielraum besteht.

Hinsichtlich der Freifahrt für Studierende glaube ich, daß wir uns alle – und wir werden das im Wissenschafts-Ausschuß auch durchdiskutieren – überlegen müssen, wie es möglich sein wird, daß gerade diejenigen, die weiter entfernt vom Studienort wohnen, wohnen müssen, weil der Wohnraum gerade in Universitätsstädten sehr teuer ist, wie es diesen Studierenden künftig möglich sein wird, Zugang zum Studium zu haben. Gerade das ist für uns ein zentraler Wert, daß alle Bevölkerungsgruppen, auch Studierende, wie gesagt, aus ärmeren Schichten, Zugang zum Studium haben.

Hinsichtlich der Kürzung der Lehraufträge bin ich allerdings anderer Ansicht als die Studierenden. Ich bin der Ansicht, daß es durchaus Studienrichtungen gibt, sowohl an der TU Graz als auch an der Universität Graz, in denen es möglich ist, die Remuneration zu reduzieren (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Darf ich bitten, sich an die Redezeit zu halten!“), wo es hingegen andere Studienrichtungen gibt, wo Kürzungen tatsächlich existentielle Gefährdungen herbeiführen.

Meine Damen und Herren, wie gesagt, wir haben uns darauf geeinigt, daß wir im Wissenschafts-Ausschuß nochmals sehr ausführlich und unter Zuhilfenahme von Experten, auch der Studierenden, über diese Problematik diskutieren werden. Ich glaube, daß wir einen fruchtbaren gemeinsamen Weg finden werden. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 16.04 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als letzter zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Prof. Brünner. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Brünner (16.04 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Eine Vorbemerkung, bevor ich zu diesen drei Punkten komme. Der Studentenzuwachs betrug in den letzten 20, 25 Jahren um die 145 Prozent, der Zuwachs an Personal und sonstigen Ressourcen zirka 60 Prozent. Es liegt auf der Hand, daß das eine Schere ist, die groß und auseinandergegangen ist. Es liegt auf der Hand, daß in der Vergangenheit Versäumnisse passiert sind. Ich stelle mich aber jetzt nicht hin und mache irgendwelche Schuldzuweisungen. Diese Versäumnisse müssen aufgeholt werden, und jeder weiß, daß das nicht von heute auf morgen geht. Hier ist eine längerfristige Politik gefragt.

Und eine zweite Vorbemerkung. Ich halte nichts davon, wenn wir von den Universitäten uns hinstellen und sagen, wir brauchen immer mehr Geld, das müssen steuerzahlende Bürgerinnen und Bürger aufbrin-

gen, sondern wir haben auch die Verpflichtung, alle Rationalisierungspotentiale, die es an der Universität gibt, auszuschöpfen. Und da gibt es Rationalisierungspotentiale, ohne daß irgendeine Studentin, ein Student, irgendein Hochschullehrer, eine Hochschullehrerin darunter leidet, sondern hier sind eben auch gewisse Gesichtspunkte einer besseren Organisation an der Universität zu berücksichtigen. Außerdem hat die Universität die Verpflichtung umzuschichten. Wir können nicht alles an allen Orten haben. Wir müssen uns fragen, ob es sinnvoll ist, an der Universität Graz zwei Kirchenrechtsordinariate zu haben. Und wenn ich das sage, dann sage ich nichts gegen das Kirchenrecht. Wir müssen uns fragen, ob nicht ein Ordinariat genügen würde, um die Bedürfnisse, die wir auf dem Gebiet haben, zu befriedigen. Wir müssen uns fragen, ob wir nicht zu viele Öffentlich-Rechtler sind, damit ich nicht über die anderen rede. Ob man nicht hier vielleicht ein Ordinariat einsparen kann und für das Privatrecht verwenden kann und so weiter.

Zur sozial gerechten Studienfinanzierung wissen wir alle, daß das Studienförderungsgesetz ergänzungsbedürftig ist, verbesserungsbedürftig ist. Hier ist insbesondere die Wohnsituation für die Studierenden ein großes Problem angesichts der hohen Wohnungspreise. Wir müssen zwei Schienen fahren auf dem Gebiet, einerseits weiterer Ausbau der Studentenheime, aber nicht nur das; die Studierenden haben ihr Verhalten verändert, und sie möchten gerne in Wohngemeinschaften oder in Wohnungen wohnen. Vielleicht finden wir ein flexibles Modell, nicht nur für Studentenheime Finanzierung aufzubringen, sondern auch für solche flexiblen Wohnformen.

Die Bindung der Familienbeihilfe an die Studiendauer, so wie ursprünglich diskutiert, ist tatsächlich inakzeptabel. Unsere gesetzlichen Studiendauern sind unrealistisch, die sind nicht erreichbar. Nur 4 Prozent der Juristen erreichen das in acht Semestern – das ist die gesetzliche Studiendauer. Hier gehört etwas getan, weil es ist unfair, wenn wir dann Sozialleistungen an eine ein bißchen verlängerte Studiendauer knüpfen.

Der Landtag hat in seinem Geschäftsbereich in den letzten Tagen einstimmig etwas beschlossen, nämlich diese Zeit, diese Nachweiszeit zu verlängern, dann, wenn zum Beispiel die Universität schuld daran ist, daß Studierende nicht ihr Studium rechtzeitig abschließen können, weil die Ressourcen fehlen, oder wenn Auslandsaufenthalte absolviert werden.

Ein Zweites, zur Freifahrt mit erhöhtem Selbstbehalt oder Freifahrt überhaupt. Ich bin dafür, daß man diese Frage eben in die Stipendien einbezieht, daß die Stipendien so ausreichend sind, daß Studierende sich auch das Fahren zum Studienort leisten können. Ich bin nicht für das gegenwärtige Modell, weil das gegenwärtige Modell bedeutet, daß wir die Verkehrsbetriebe finanzieren über solche Sozialleistungen. In Wien soll die Netzkarte für Studenten 5000 Schilling kosten und für Pensionisten 2500 Schilling. Daß die Verkehrsbetriebe Probleme haben, okay, aber ich sehe nicht ein, daß diese Finanzierung der Verkehrsbetriebe über die Studentenschiene erfolgen soll.

Und drittens, Kürzung bei den Lehraufträgen. Hier ist wirklich die Universität, nicht generell, aber an vielen Orten am Lebensnerv getroffen, nämlich was eine qualitativ hochstehende Ausbildung angeht.

Es ist hoch an der Zeit, daß wir die sogenannten Existenzlektoren, das sind Personen, die nur von Lehraufträgen leben, von der Hand in den Mund, von einem Semester zum anderen, ohne gewisse soziale Absicherung, daß wir Dienstposten schaffen, um diese Existenzlektoren auf ordentliche Dienstposten zu bekommen. Wir brauchen ein Dienst- und Besoldungsrecht, wo eine Lehrverpflichtung für Professoren enthalten ist, aber auch eine Lehrverpflichtung für Assistenten – freilich nicht mehr als vier Stunden für die Assistenten, weil die müssen auch und in hervorragendem Maße forschen, und wir sollen sie nicht nur so quasi in der Lehre einsetzen. Lange ist das schon diskutiert worden – das gehört her. Und (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Darf ich an die Zeit erinnern!“) dann soll es Lehraufträge nur noch für Externe geben, für diejenigen, die wir zukaufen müssen, weil wir es intern nicht mit der entsprechenden Qualifikation schaffen. Aber bis zu dem Zeitpunkt ist die Kürzung von Lehraufträgen in manchen Gebieten tatsächlich ein Wahnsinn, und zwar nicht nur unter einkommenspolitischen Gesichtspunkten, sondern unter Versorgungsgesichtspunkten mit hochstehenden Lehrleistungen. Soweit meine Stellungnahme als Wissenschaftssprecher.

Gestatten Sie mir noch, zur Vorgangsweise ganz kurz etwas zu sagen. Wir sind uns alle bewußt darüber, daß wir heute über einen Grat marschieren, daß wir auf einem Grat entlanggehen. Und ich möchte nur festhalten, daß auch bei den Studentinnen und Studenten dieses Bewußtsein besteht. Das ist ausdrücklich drüben in der Diskussion gesagt worden, daß viele mit Bauchweh diese Aktion gemacht haben. Und sie haben Verständnis dafür, daß wir auf einem solchen Grat dahinwandern. Und das ist auch von Hochschullehrern und -lehrerinnen drüben gesagt worden. Das wollte ich einfach hier noch mitteilen, daß es auch Verständnis dafür, daß wir auf einem dünnen Eis uns befunden haben, bei den Studentinnen und Studenten und bei den Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern, die hier gewesen sind, gegeben hat.

Vielleicht können wir lernen daraus – wir alle. Ich möchte überhaupt kein parteipolitisches Kapital aus dieser Aktion hier schlagen. Vielleicht können wir doch intensivere Gespräche führen, bevor politische Entscheidungen getroffen werden. Aber da ist es jetzt nicht sinnvoll, über die Vergangenheit zu reden, sondern in der Zukunft entsprechend zu handeln. (Beifall bei der ÖVP, FPÖ und den Studenten. – 16.10 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Zum Abschluß dieser kurzen Debatte gestatten Sie mir noch, daß ich allen Beteiligten an dieser Diskussion meinen Dank dafür ausspreche, daß sie in sehr moderater Form abgegangen ist. Ich darf auch die jungen Studierenden bitten, daran zu denken, daß die Hand, die Ihnen der Landtag entgegengestreckt hat, einen Sinn hat, und ich ersuche Sie, es uns in Zukunft – und zwar uns allen – nicht schwerer zu machen, als es schon ist.

Ich wünsche Ihnen einen guten Weg nach Hause. (Abzug der Studierenden um 16.11 Uhr.)

Meine Damen und Herren, ich nehme nun die unterbrochene Budgetdebatte wieder auf. Wir kommen zur Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (16.12 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau und Verkehr, beinhaltet folgende Gruppen: Straßenbau, Bundesstraßen, Landesstraßen, Bauleitungs- und Projektierungskosten, Ausbau und Neubau von Straßen und Brücken, Bundes- und Landesstraßen gemeinsame Kosten, Förderung der Abwasserbeseitigung, Umwelt-, Wasserwirtschaftsfonds, Siedlungswasserwirtschaft, Schutzwasserbau, Bundesflüsse, Konkurrenzgewässer, Maßnahmen außerhalb des Wasserbautenförderungsgesetzes, Wildbachverbauung, Lawinenschutzbauten, Bauhöfe, Straßenverkehr, Schienenverkehr, Eisenbahnen.

Insgesamt, meine Damen und Herren, sind in der Gruppe 6 Ausgaben in der Höhe von 1.309.122.000 Schilling, dem stehen Einnahmen von 53.923.000 Schilling gegenüber.

Meine Damen und Herren, ich ersuche um Annahme dieser Gruppe. (16.13 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Zu Wort gemeldet hat sich, nachdem wir im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz eine Teilung haben, erster Teil Wasserbau, zweiter Teil Straßenbau und Verkehr, zum Teil 1 Herr Abgeordneter Alfred Prutsch.

Ich höre gerade über Boten, daß der Herr Kollege Prutsch seine Wortmeldung zurückzieht. Ich erteile das Wort dann dem Herrn Abgeordneten Heibl.

Abg. Heibl (16.15 Uhr): Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Heute waren sechs Betriebsräte von der Wildbach- und Lawinverbauung aus der Obersteiermark da, hier im Saal, sie wurden auch begrüßt. Sie haben ein gleiches Anliegen gehabt wie die Studenten, bei ihnen ist es um ihre Arbeitsplätze gegangen, bei den Studenten unter Anführungszeichen auch um die Arbeitsplätze. Die Betriebsräte haben eine schriftliche Resolution dem Büro Landesrat Pörtl übermittelt. Beide haben in Wirklichkeit dasselbe Ziel, was sie unterscheidet, ist der Stil.

Herr Präsident, für den Lawinenschutzbau und die Wildbachverbauung sind in der Steiermark im Budget '96 rund 26 Millionen Schilling vorgesehen. Für 1997 gibt es eine weitere Kürzung. Ich weiß schon, daß wir heute diese Posten nicht verändern können. Der Bund stellt in Gesamtösterreich 721 Millionen für Lawinen- und Wildbachverbauung zur Verfügung. Der Aufteilungsschlüssel für die Steiermark beträgt 12,4 Prozent, das sind fast 90 Millionen Schilling für uns Steirer. Um diese Bundesmittel zu bekommen, sind Landesmittel von mindestens 29,2 Millionen notwendig. 26 Millionen stehen aber im Budget zur Verfügung. Wenn es beim Budgetansatz der Steiermark bleibt oder es keine zusätzliche Finanzierung gibt, dann lassen wir unser dringend benötigtes Geld unabgeholt in Wien.

Meine Damen und Herren, auch die Bürgermeister der betroffenen Orte, und hier sitzt einer in unseren Reihen, stehen voll hinter diesen Aktionen und sind

bereit, ihren Anteil von zirka 15 Prozent der Bau-
summe zu leisten.

Der Schaden, der durch Lawinenabgänge und durch
reißende Wildbäche an Mensch und Gut entsteht, ist
derart groß, daß eine Absicherung im Interesse aller
sein müßte.

Andere Bundesländer, zum Beispiel Salzburg, nur
halb so groß wie die Steiermark, ebenso gebirgig wie
die Steiermark, ist bereit, im Landesbudget 48 Mil-
lionen bereitzustellen. Kärnten, halb so groß, ähnlich
gebirgig, stellt 35 Millionen zur Verfügung. Auch in
der Steiermark würden wir Landesgeld in dieser
Größenordnung benötigen, um das ganze Jahr für die
Absicherung gegen diese Naturgewalten tätig zu sein.

Die Schutzbedarfserhebung für die Steiermark hat
ergeben, daß 4,6 Milliarden für den unbedingt not-
wendigen Schutz vor Lawinen und Wildbächen not-
wendig sind. Und für 884 Millionen Schilling sind aus-
verhandelte, genehmigte und daher baureife Projekte
vorhanden, liegen sozusagen in der Schublade. Es soll
daher niemand hier im Saal glauben - auch nicht
draußen in der Kantine -, es bestehe kein Bedarf an
solchen Schutzbauten.

Und sollte es, meine Damen und Herren, zu keinen
zusätzlichen Landesmitteln für 1996 kommen, wenn
es bei den zirka 26 Millionen Schilling bleibt, dann
werden und müssen die zirka 190 Beschäftigten zum
20. Oktober gekündigt werden. Wenn die Vorgriffe,
und die gibt es leider auch aus dem Jahr 1995, und ich
habe mit Herrn Landesrat Pörtl schon darüber geredet,
in der Höhe von 2,5 Millionen aus dem Budgetansatz
zu leisten sind, dann bedeutet das Mitte September
das Aus für 190 Lawinen- und Wildbachverbauer. Die
verantwortliche Chefetage steht vor der Entscheidung,
wenn sie jetzt ihre Leute von der Arbeitslose wieder
zurückholt, zumindest den Vorarbeitern, die jetzt
Mitte März angestellt wurden, die in einem Angestell-
tenverhältnis beschäftigt sind, bei der Aufnahme auch
gleich die Kündigung zu überreichen. Und das ist auch
passiert, weil es nach dem Angestelltengesetz für
langdienende Arbeitnehmer Kündigungszeiten bis
fünf und sechs Monate gibt. Und wenn diese Leute,
die die Verantwortung tragen, nicht zusätzliche Pro-
bleme bekommen wollen, dann bleibt ihnen in Wirk-
lichkeit gar nichts anders übrig, als diesen Weg, diese
Vorgangsweise, zu wählen.

Meine Damen und Herren, Herr Landesrat, benötigt
werden, und das wissen Sie, mindestens 32 Millionen
Schilling Landesmittel, dann ist eine Beschäftigung
bis Ende - Sie hören richtig - bis Ende November
1996 möglich. Und mit diesem Termin haben sich
ohnehin die Beteiligten, die Betriebsräte waren heute
da, bereits abgefunden, obwohl gerade in den Winter-
monaten durch Niedrigwasserführung ideale Arbeits-
bedingungen bestehen. In Wirklichkeit ist im Winter
für diese Leute die Hochsaison. Und es handelt sich
bei diesen 190 Beschäftigten um ausgesprochene
Spezialisten. Natürlich, wenn der Zustand so bleibt
und zum Dauerzustand wird, werden sie versuchen, in
andere Branchen abzuwandern, soweit es ihnen ge-
lingt. Mir hat vor kurzem einer dieser 200 Leute anläß-
lich einer Versammlung gesagt, wir müssen direkt
hoffen, daß Hochwasser kommt, um zusätzliche Mittel
aus dem Katastrophenfonds zu erhalten und damit die
Beschäftigung zu sichern. Das kann es wohl auch nicht

sein. Oder wir geben der Lawinenverbauung und dem
Lawinenschutz und der Wildbachverbauung, die ja
zum Schutz der Bevölkerung dient, keine Chance
mehr und beschäftigen nur mehr einige wenige Leute
für die Pflege und für die unbedingt notwendigen Aus-
besserungen dieser Anlagen.

Ich hoffe daher, Herr Landesrat, daß es heuer mög-
lich sein müßte, die benötigten 32 Millionen Schilling
Landesmittel für diese Schutzbauten aufzubringen,
ohne daß die gesamte Belegschaft, wie im Vorjahr
- und Sie waren ja anwesend bei dieser Protest-
versammlung -, wieder nach Graz kommt, um ihre
berechtigten Forderungen durchzusetzen.

Ich danke Ihnen fürs Zuhören. (Beifall bei der SPÖ.
- 16.21 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung stammt von
der Frau Abgeordneten Mag. Zitz.

Abg. Mag. Zitz (16.21 Uhr): In diesem Budget-
kapitel „Wasserbau und Straßenbau“ sind aus grüner
Sicht sehr starke Parallelen feststellbar. In beiden
Bereichen liegen klare Überbudgetierungen vor. In
beiden Bereichen liegt auch, aus meiner Sicht, eine in
den letzten Budgets immer wieder sichtbare Konkur-
renzierung vor, zwischen alternativen Varianten und
Varianten, die im Sinne des bestehenden Systems
große Strukturen fördern.

Was den Wasserbau betrifft, möchten wir auch
einen Beschlußantrag einbringen, den ich leider noch
nicht da habe. Der Herr Chibidziura hat offenbar zum
Wasserbereich heute schon so viel gesprochen, daß
ihm jetzt beim Thema die Luft oder das Wasser ausge-
gangen ist.

Das heißt, was diesen Bereich betrifft, möchte ich
ein paar grundsätzliche Sachen sagen. Der Wasserbau
in der Steiermark ist dadurch geprägt, daß es nach wie
vor Großprojekte gibt. Diese Großprojekte werden in
den meisten Fällen kofinanziert vom Land, von der
jeweiligen Gemeinde und auch von Bundesstellen,
von der ÖKS - der Österreichischen Kommission für
Siedlungswasserwirtschaft. Gerade im Bereich der
ÖKS sind in den letzten 20 Jahren, kann man sagen,
immer wieder Projekte durchgegangen, die fernab
jeglicher ökologischer Realität sind.

Wir werden uns jetzt von grüner Seite bemühen,
dieses Thema „Abwasserwirtschaft“ sozusagen in
einem vernetzten System aufzuziehen. Wir werden
dazu sowohl auf Bundesebene in den vorhandenen
Strukturen als auch im Landtag arbeiten, mit einer
klaren Schwerpunktsetzung in Richtung dezentrale
kleine Pflanzenkläranlagen, und natürlich auch in den
betroffenen Gemeinden.

Ein zweiter Bereich ist die Budgetentwicklung. Es
schaut so aus, daß zwar laut Stellungnahme vom
Büro Pörtl in diesem Bereich der Abwasserbeseitigung
10 Millionen Schilling bereitstehen für Alternativen
nach dem neuesten Stand der Technik. Diese 10 Mil-
lionen Schilling sind aber so budgetiert, daß sie nicht
wirklich nachvollziehbar für Pflanzenkläranlagen
zweckgebunden sind. Das ist eine große Schwierig-
keit, weil wir natürlich auf das Entgegenkommen und
das Engagement von Landesrat Pörtl und auch auf die
Bemühungen der betroffenen Fachabteilung hoffen

können, aber im Budget selbst ist bei diesen Ansätzen und bei dieser Post diese Budgetierung nicht klar nachvollziehbar.

Gut, das war dieses Thema. Nachdem der Antrag bis jetzt nicht vorliegt und ich meine Redezeit nicht überstrapazieren möchte, verabschiede ich mich jetzt, aber zu diesem Thema werden wir uns immer wieder in diesen Landtag einbringen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Mag. Zitz: „Das ist Demokratie!“ – 16.25 Uhr.)

Präsident: Ich bedanke mich.

Wir kommen, wenn da hier keine weitere Wortmeldung im Teil 1 vorliegt, zum Herrn Landesrat Pörtl.

Landesrat Pörtl (16.25 Uhr): Meine Damen und Herren, geschätzter Herr Präsident!

Nur einige Sätze. Die Kollegen und Mitarbeiter der Wildbachverbauung wissen bereits, daß wir im vergangenen Jahr versucht haben, alles, was nur irgendwie möglich ist, aufzubieten, um diese Situation abzulindern. Wir haben auch diese Anträge über die ausreichende Dotierung der zuständigen Finanzabteilung übermittelt. Wir alle leiden – einschließlich der Studenten. Auch in anderen Abteilungen, die mir sozusagen unterstellt sind, mußten wir diese Reduzierung zur Kenntnis nehmen. Ich bitte also sehr um Verständnis. Wenn nicht Finanzzuflüsse zusätzlich zu den budgetierten Mitteln kommen, bin ich leider nicht in der Lage, zusätzliche Mittel aufzubringen.

Ich möchte aber trotzdem sagen, daß selbstverständlich strukturell in dieser Situation wir deshalb sehr darunter leiden, weil wir wissen, daß das qualifizierte Mitarbeiter sind. Wir haben aber in anderen Fachgebieten, zum Beispiel im Flußwasserbau, bereits über eine andere Mitarbeiterstrukturierung Beweglichkeiten geschaffen. Das ist derzeit in der Lawinerverbauung nicht gegeben. Uns tut das sehr leid, daß wir mit solchen Konsequenzen im Rahmen der Mitarbeiterschaft agieren müssen.

Zur Frau Kollegin Zitz, ich überreiche Ihnen nachher eine Broschüre und einen Gutschein für kostenlose Beratung durch die Wasserwirtschaftsabteilung – ich glaube, Sie sind wirklich noch vor dem Kindergarten mit dem, was Sie da sagen –, damit Sie einmal ein Grundwissen vermittelt bekommen. Das meine ich nicht böseartig. Ich habe Sie noch nie gesehen bei Aktivitäten, die wir konkret gemacht haben. Sie lassen sich sehr gut beraten, daß der Pörtl für zentral ist und alle Gescheiten für dezentral. Ich kann Ihnen genau das Gegenteil beweisen. Sie wissen auch ganz genau, daß wir in der Stadt Graz, in den Märkten, in den Städten, Sie können es ruhig einmal dezentral probieren, ich werde es wahrscheinlich nicht mehr erleben, aber ich bin schon gespannt, wenn unsere Pflanzenkläranlagen im Wurzelkörperbereich nach 30jährigem Betrieb nachher entweder als Last dort zugedeckt werden oder ein neuer Wurzelkörper geschaffen wird. Über diese Frage ist in den ganzen Konzepten finanzierungsmäßig überhaupt nichts inkludiert.

Ich bitte um Verständnis, daß wir es mit der Natur zu tun haben, auch mit den Gesetzmäßigkeiten der Finanzierung, und wir sind selbstverständlich bereit, die dezentrale Schiene nach allen Möglichkeiten zu

unterstützen. Wir sagen aber selbstverständlich, daß im Rahmen der Förderung gemeinschaftliche Anlagen nicht benachteiligt werden sollen gegenüber solchen Einzel- und Gruppenanlagen.

In diesem Sinne hoffe ich, daß dieses Thema korrekt und vor allem so abgewickelt wird, daß sich die Abwasser- beziehungsweise Wasserqualitätssituation in der Steiermark verbessert.

Und ich sage Ihnen eiskalt, Sie haben ja ein großes Interesse, daß Bewegung in die Hütte kommt, überall dort, wo es kanalmäßig ein bißchen knistert. Ich habe diesen Punktecatalog von Pischelsdorf, wo mit Aktionismus ein Hinrichtungsvorgang vorgesehen war, wo die Fragen geschrieben waren und für jede Frage eine Minute Zeit war. Da ist ja das Gericht ein Lärcher! dagegen, was Sie da vorgehabt haben. Das heißt, wir haben jetzt sachlich das Thema abgehandelt. Wir kommen auch zu Ergebnissen, und wir werden auch Modelle finden, damit wir inhaltlich weiterkommen. Zum Aktionismus sind wir auch bereit, wenn wir verfügbare Zeit haben. So indirekt muß ich das so direkt aussprechen.

Wir haben in der Steiermark durch viele, viele Schritte die billigste Abwasserentsorgung, die dezentralste Abwasserentsorgung, die größten Fortschritte in der Forschung. Wir unterstützen alle Initiativgruppen, wer uns überholen will, ist gerne eingeladen. Da sind wir gerne bereit. (Beifall bei der ÖVP. – 16.30 Uhr.)

Präsident: Ich bitte den Herrn Landesrat Pörtl, noch etwas hierzubleiben, weil der Herr Abgeordnete Dr. Martin Wabl zu diesem Teil völlig ungewohnterweise noch etwas sehr Kurzes sagen möchte.

Abg. Dr. Wabl (16.30 Uhr): Ja, meine Damen und Herren, ich bin etwas irritiert und vor allem, wenn die Kollegin Zitz in diesen Fragen übt. Wir haben ja viele Erlebnisse, und wir anerkennen ja, daß in der Steiermark manches mehr weitergegangen ist als in anderen Bundesländern, aber die Reaktionen und viele Diskussionen im ländlichen Raum – und ich war bei einigen –, vielleicht war ich bei einer anderen Veranstaltung, aber dort hat es massive Proteste gegeben, daß in Fragen dezentraler oder zentraler Abwasserbeseitigung nicht ausreichend die Wünsche der Bevölkerung beziehungsweise der Landwirtschaft erfüllt werden. So bin ich irritiert, daß der Kollegin Zitz so quasi zugestanden wird beziehungsweise sie so abgestempelt wird, sie ist im Kindergarten. Ich finde, das ist keine Ebene auf der man diskutieren kann über dieses so wichtige Thema. (Landesrat Pörtl: „Warst du dabei in der Brücke, wie wir beide diskutiert haben? Auf das habe ich das bezogen, in Graz in der Brücke!“) Also ich war nicht dabei, aber ich weiß, daß die Edith Zitz gerade auf dem Gebiet mit dem Kollegen Kremshofer – da gibt es bei uns Leute, die sich sehr gut auskennen, du kennst also auch die Frau Schirmeister –, entweder leben die auf einem anderen Planeten oder reden wir an der Sache vorbei. Aber ich würde wirklich bitten, daß man sich nicht so gegenseitig tituliert, „das ist Kindergarten“. Wir sagen ja auch nicht, lieber Erich Pörtl, in vielen Dingen, daß du keine Kompetenz hast oder daß du dort versagst.

Ich glaube es geht hier darum, Lösungen zu finden. Da sind ja viele aus dem ländlichen Raum, die die Probleme irgendwo bereinigt haben, und dann zu sagen „das ist Kindergarten und nur wir sind die Gescheiten“ ist nicht richtig. Ich behaupte, daß wir auf dem Gebiet dezentraler Versorgung, die kostengünstiger ist, die auch den Idealismus der Menschen – und weil ich gerade sehe, daß der Hofrat Grancy da ist – ich muß sagen, ich treffe sehr viele Betroffene, die sagen mir, daß diese Fragen oft sehr willkürlich erklärt werden. Das weißt du oft nicht, Herr Landesrat, daß Beamte hinausfahren und dort ein jahrelanger Kampf herrscht. In Pischelsdorf sind sie bis heute noch nicht weitergekommen. Die Leute rufen mich an und sagen bitte schön, versuchts etwas. Und es ist zugestanden, daß du da auch bemüht bist, aber es gibt halt in der Verwaltung oft Bereiche oder auch Bremsen. Herr Hofrat Grancy, Sie brauchen gar nicht so abwertend da hier mit einer Handbewegung meine Wortmeldung kommentieren. Ich habe das Recht als Abgeordneter, daß ich mich da hier zu Wort melde. Fest steht, daß wir auf dem Gebiet dezentraler Abwasserentsorgung noch viel zu tun haben, daß wir auch verstärkt Geldmittel einzusetzen haben. Der Chibi ist da auch ein alter Kämpfer, muß ich auch zugestehen. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Da hast du noch nichts geredet darüber!“)

Da habe ich mich noch nicht ausgekannt, muß ich dir zugestehen. Aber das hier abzutun, alle anderen sind Kindergartenbesucher, und nur auf einer Seite sind Experten, das wäre wirklich zu weit herbeigeholt.

Ich möchte nur einen Beschlußantrag von uns noch einbringen zu diesem Thema, ich lese ihn kurz vor.

Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Betrag im Budget 1996 von 10 Millionen Schilling unter Landwirtschaftlicher Wasserbau ist auf den Ansatz AOH 5, Ansatz 621905 Post 7280 unter Förderung der Abwasserbeseitigung umzuschichten.

Ich sage auch noch dazu, daß bei den bisherigen Großkläranlagen, daß dort einiges einzusparen wäre und bei den dezentralen einiges zu verbessern wäre. Aber wenn du sagst, das ist geplant, dann sind wir auf dem richtigen Weg, und dann soll es uns recht sein.

Der Betrag im Sonderbauprogramm für die Förderung von Kleinanlagen 1996 und 1997 soll von 10 Millionen auf 30 Millionen erhöht werden.

Und gleichzeitig sind in den Landesvoranschlägen 1996/97 bei der Förderung der zentralen Abwasserbeseitigung 20 Millionen einzusparen, das, was ich jetzt gerade gesagt habe. Es handelt sich dabei um je 10 Millionen bei den Beiträgen an Gemeinden AOH 5, Ansatz 621025 Post 7355, und um 10 Millionen bei den Beiträgen an Wasserverbände und Wassergenossenschaft AOH 5, Ansatz 621025 Post 7770.

Du siehst, wir haben uns auch Arbeit gemacht, wir beschäftigen uns wirklich intensiv mit den Themen. Und ich glaube, gerade der neben mir stehende Kollege ist auch seit Jahren, man kann schon sagen Jahrzehnten, bemüht, eine Lösung zu finden.

Ich darf den Beschlußantrag zur Beschlußfassung überreichen. (16.35 Uhr.)

Präsident: Da der Herr Kollege Präsident Vesko jetzt nach einer kurzen Pause, die er sich gegönnt hat, wieder eingetroffen ist, möchte ich die Gelegenheit benützen, ihm für seine Monstervorsitzführung von 12.30 Uhr bis nach 16 Uhr herzlich zu danken.

Ich habe ihm aber angeboten, daß ich zur gegebenen Zeit, die mir zugedacht war, wieder den Vorsitz übernehme. Er hat aber gesagt, er möchte die Sache, die er mit den Studentinnen und Studenten vereinbart hat, zu Ende führen.

Ich bedanke mich sehr herzlich! (Allgemeiner Beifall.)

Jetzt muß Herr Landesrat Pörtl nach der Wabl'schen Wortmeldung noch einmal das Wort erteilt bekommen.

Landesrat Pörtl (16.36 Uhr): Ich möchte wirklich nicht verlängern. Wir sind umfassend für sachliche Zusammenarbeit jederzeit bereit. Nur, wenn das Bemühen einer sachlichen Zusammenarbeit ein Disziplinarverfahren gegen den Hofrat Saurer von Frau Schirmeister und Co. und allen Exponenten, auch einschließlich der Pischelsdorfer, das Ergebnis ist, dann sucht euch bitte Partner. Weil unsere Mitarbeiter und Schöpfer arbeiten konsequent, ohne Vorurteile! (Abg. Dr. Wabl: „Das hat mit der Sache nichts zu tun!“) Aber bitte, im Alten Testament steht drinnen: „Rechts eine hineinkriegen, links eine nachkassieren.“ In der Politik 1996 ist Toleranz gefragt. Aber daß wir nur für das Schöpfen auch noch aufgefordert werden, wir sollen tolerant sein, kollegial sein und nicht so zwider sein. (Abg. Dr. Wabl: „Habe ich eine Anzeige gemacht?“) Nein, aber ich sage nur, das ist das Ergebnis. Du hast die Kollegin Schirmeister als Expertin genannt. Und daher hat es mich noch einmal gekitzelt, daß ich das hier im Hause auch sage, wie unter der Decke auf zwei Ebenen agiert wird.

Ich respektiere das Bemühen dieser dezentralen Abwasserentsorgung, aber politische Agitation mit Klagen bezüglich Amtsmissbrauch, noch dazu beim Hofrat Saurer, der ein österreichweiter Schrittmacher im naturnahen Wasserbau und in der Verbindlichkeit einer sachlichen Lösung dasteht mit Grancy, da, bitte schön, geht mir der Hut hoch, und daher ist mir auch noch einmal der Hals aufgegangen! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 16.38 Uhr.)

Präsident: Es liegt zum Teil 1 keine weitere Wortmeldung mehr vor. Wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 6, Straßenbau und Verkehr. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Straßberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Straßberger (16.38 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Meine heutige Wortmeldung erfüllt mich mit großer Freude, und zwar betreffend Verkehrsinfrastruktur in der Steiermark.

Ich sage das ganz bewußt, denn seit 1993 bin ich auch dabei, zuerst im Parlament in Wien und jetzt einhalb Jahre hier im Hause, und kämpfe für die noch ausstehenden Verkehrsprojekte in der Steiermark. Wenn ich da drüben meinen Freund, so darf ich das sagen, aus der Obersteiermark, Siegfried Schrit-

wieser, sehe, dann wird er mir sicherlich diesbezüglich auch recht geben, daß es hier immer einen Schulterschuß gegeben hat. Und daß die Erfolge sich jetzt langsam einstellen, das zeigt, daß man da richtig gehandelt hat.

Wir wissen, daß wir in der Steiermark noch einen Nachholbedarf auf der Schiene und der Straße haben. Und ich glaube auch, daß die neue Bundesregierung es möglich gemacht hat, daß wir ein Infrastrukturbeschleunigungsprogramm bekommen haben. Es sind dies fast 60 Milliarden Schilling auf der Schiene und 33 Milliarden auf der Straße, und in die Steiermark kommen 15 Milliarden, verehrte Damen und Herren, die auch wieder aufgeteilt sind in 8 Milliarden auf der Straße und 7 Milliarden auf der Schiene.

Das Bauprogramm 1996 sieht folgende Projekte vor, und ich darf Ihnen einen Auszug aus diesem Bauprogramm mit den wichtigsten Bauvorhaben in der Steiermark zitieren.

Es ist dies die A 2 – Packübergang, zweite Richtungsfahrbahn – 1,6 Milliarden Schilling, die A 9 – Selzthal, zweite Richtungsfahrbahn – 600 Millionen Schilling, die A 9 – Plabutschunnel, die zweite Röhre – eine Milliarde Schilling, was mich ganz besonders freut, die S 6 – Semmering und Umfahrung Spital am Semmering mit 3,7 Milliarden Schilling, auch ein weiteres Projekt im Bezirk Mürzzuschlag, das unbedingt notwendig ist auf der S 6 – Ganzsteintunnel, zweite Röhre, mit 500 Millionen Schilling, und das Nadelöhr von Bruck nach Pernegg mit 1,2 Milliarden Schilling.

Aber auch andere wichtige Bauvorhaben sind im Bauprogramm 1996, Wegscheid-Gollrad ist schon begonnen – bekommen heuer wieder 26,2 Millionen Schilling, Abfahrt Stanzertal, Ortsdurchfahrt in Neuberg, Tunnel Totes Weib, Ortsumfahrung Obdach, und viele andere mehr.

Verehrte Damen und Herren, wenn wir diese Lückenschlüsse, so darf ich das sagen, vollendet haben, dann haben wir ein geschlossenes Verkehrsnetz bis auf zwei Bauvorhaben in unserer Steiermark (Ennstrasse – Judenburg – Scheifling).

Ich möchte hier die Gelegenheit wahrnehmen, mich bei einigen Politikern, die ja jahrelang und man könnte fast sagen jahrzehntelang um diese Vorhaben gekämpft haben, zu bedanken. Ich fange auf Bundesebene an und ich stehe nicht an, dem jetzigen Finanzminister und seinerzeitigen Ressortzuständigen, Minister Klima, für sein Engagement, auch für die Steiermark, herzlichen Dank zu sagen, aber auch dem neuen Wirtschaftsminister Dr. Ditz. Von seiten der Steiermärkischen Landesregierung war es und ist es nach wie vor unsere Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, die unermüdlich diese Projekte immer wieder betrieben hat. Und auch Landesrat Paiarl in seiner kurzen Zeit hat sich hier große Verdienste gemacht, und ich glaube, ich habe das schon angeführt, alle, die nur irgendwo helfen haben können, haben sich eingesetzt. Was mich etwas nachdenklich stimmt, wenn man aus einer Regionalzeitung lesen muß, „ein Bürgermeister hat Wirtschaftsminister Ditz 1,3 Milliarden Schilling abgerungen“ oder „diese Erfolge sind nur durch einen SPÖ-Abgeordneten des Bezirkes Mürzzuschlag und einen Bürgermeister zustande gekommen“. Verehrte Damen und Herren, das kann es doch wirklich nicht sein.

Und an Sie, sehr verehrter Herr Landesrat Ressel, jetzt meine Bitte (Landesrat Ing. Ressel: „Habe ich gar nicht vor, Ihre Vorstellungen, Herr Kollege – in Ihrer grenzenlosen Güte!“): Sie sind erst seit 23. Jänner mit diesem Ressort betraut, und es ist sicherlich keine leichte Aufgabe, aber ich ersuche Sie, daß auch Sie Ihr Bestes geben. Das heißt, von unserer Seite haben Sie sicherlich die Unterstützung.

Auch das Radwegenetz in unserer Steiermark ist schon weit fortgeschritten, 1000 Kilometer sind bereits gemacht. Das Soll soll mit 1800 Kilometer sein, und im vergangenen Jahr sind 50 Millionen Schilling verbaut worden, und wir kennen hier die Drittelparität.

Zur Schiene: Das Hauptthema in den letzten Jahren war natürlich immer der Semmeringbasistunnel, und es versteht sich von selbst, als obersteirischer Abgeordneter aus dem Mürztal, verehrte Damen und Herren, daß wir immer mit allen erlaubten Mitteln für dieses Projekt gekämpft haben. Es sind 6,7 beziehungsweise 6,5 Milliarden Schilling für dieses Bauvorhaben vorgesehen. Der Sondierstollen ist bereits 1,5 Kilometer in den Berg geschlagen.

Wir wissen, daß der Güterverkehr bei der ÖBB positiv ist, und wir haben vor kurzem in Wien bei einer Verkehrsenquete erfahren dürfen, daß wir auf der Westbahn zurzeit 8 Millionen Tonnen Güter befördern und im Jahr 2010 sollen es 14 Millionen Tonnen werden. Aber auch auf der Südbahn sind es zurzeit 6 Millionen Tonnen, und auch im Jahr 2010 sollen es 12 bis 16 Millionen Tonnen werden.

Verehrte Damen und Herren, zur Süd-Ost-Spange. Wir mußten dort eine vielleicht nicht sehr erfreuliche, Tatsache ist vielleicht zu viel, aber Mitteilung in Empfang nehmen. Man trägt sich mit dem Gedanken, ob man nicht unter Umständen die Verbindung von Ost nach West-Süd, so darf ich das vorweg einmal sagen, eventuell außerhalb von Österreich überhaupt vorbeiführt, Ungarn und Slowenien wurden dort angesprochen. Verehrte Damen und Herren, wir wissen, daß diese Süd-Ost-Spange spätestens im Jahr 2030 zu realisieren wäre und 4000 Grundeigentümer zu befriedigen sind, was auch keine leichte Aufgabe ist. Ich möchte daher feststellen, daß natürlich der Semmeringbasistunnel immer mehr Bedeutung bekommt und daß eben die logische Verbindung vom Osten in den norditalienischen Raum und dergleichen über Wien-Semmering-Graz-Klagenfurt führen wird.

Wir haben hier vor einigen Tagen in diesem Haus, einen Stock tiefer, einen interessanten Vortrag und eine erstmalige Vorstellung über die Planungsarbeiten betreffend Koralmtunnel gehört. Das ist für uns Steirer auch eine ganz große Freude. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Hier haben wir auch den beiden Landeshauptleuten – Frau Landeshauptmann Klasnic und Herrn Landeshauptmann Dr. Zernatto – herzlich für ihre Bemühungen zu danken.

Diese gesamten Projekte bedeuten natürlich auch große wirtschaftliche Impulse für unsere Steiermark und darüber hinaus. Verehrte Damen und Herren, und daß eine solche Verkehrsinfrastruktur ganz wichtig für Wirtschaftsstandorte ist, das beweist ja auch die Vergangenheit.

Ich möchte hier, nachdem die Loge der Presse fast leer ist, die Presse und die Journalisten bitten, uns im Mürztal und im Murtal zu helfen, eine neue Sprachregelung einzuführen. Hier heißt es immer die Furche, die Mürzfurche und die Murfurche. Verehrte Damen und Herren, lassen Sie mich doch ein wenig philosophieren. Eine Furche ist für mich ein schwarzer Strich in einer grünen Wiese, unproduktiv und sonst nichts. Ich glaube doch, daß diese zwei wunderschönen Täler mehr als ein schwarzer Strich in der Steiermark sind, wo wir noch dazu bemüht sind, auch in der Zukunft hier den Tourismus voranzutreiben. (Abg. Heibl: „Dabei sind sie ganz rot!“) Wollte ich gerade sagen.

Welcher Investor oder welcher Gast im Tourismus, verehrte Damen und Herren, fährt in eine Furche? Hier ein Beispiel: Ich glaube, viele Leute fahren in das Zillertal, aber nicht in die Zillerfurche.

Zurück zum Verkehr: Verehrte Damen und Herren, wenn diese Bauvorhaben realisiert sind, dann müssen wir aber auch unseren öffentlichen Verkehr wirklich attraktiver machen. Das sind zwar immer so Worthülsen und Schlagworte, aber ich glaube, erstens das Wichtigste ist, daß wir die Verkehrsspitzen abbauen, zum zweiten, den unnötigen Verkehr meiden, und zum dritten, den verbleibenden Verkehr gleichmäßig aufteilen. Für die Aufteilung des Verkehrs sind natürlich die Verkehrsverbände notwendig, und mich wundert schon etwas ein wenig, ich kann mich noch gut erinnern, im Vorjahr im Herbst sind Aktionskomitees ausgezogen, um Unterschriftenaktionen, Plakatierungen und dergleichen zu organisieren, verehrte Damen und Herren, und der Verkehrsverbund Obersteiermark müßte schon mit 1. Jänner passieren. Verehrter Herr Landesrat Ing. Ressel, Sie haben jetzt das Sagen seit 13. Jänner, ich bitte Sie, vielleicht doch diese Forderungen, die von Ihrer Seite seinerzeit gekommen sind, sobald als möglich umzusetzen. (Beifall bei der ÖVP.)

Liebe Damen und Herren, vorige Woche und auch diese Woche sind in Wien die Strukturanpassungsgesetze über die Bühne gegangen. Und ich darf Ihnen sagen, hier gibt es Bestrebungen, daß die Autobahnen und die Schnellstraßen letztlich an Privatgesellschaften ausgegliedert werden. Es bleiben uns dann in der Steiermark nur mehr 3400 Landesstraßenkilometer übrig. Wir müßten dann bitte ein eigenes und neues System aufbauen, und was letztendlich mit unserem Personal passieren wird, das brauche ich nicht zu erläutern.

Verehrte Damen und Herren, lassen Sie mich noch ganz kurz zur Straßenerhaltung kommen. Es wird auch immer wieder angesprochen und geredet und geschrieben, daß man versucht, auch diese Institutionen zu privatisieren. Wir wissen, daß hier eine Wettbewerbsfähigkeit absolut gegeben ist, wenn man die Vergleiche von anderen Bundesländern hernimmt. Wir haben in der Steiermark sieben Straßenmeistereien, und diese Studie, die hier angefertigt wurde, hat gezeigt und ergeben, daß die Landesverwaltung in der Kostenrechnung ausgezeichnet gegenüber den Privatgesellschaften liegt, ich weiß schon, ohne Tunnelbetreuung, aber privat pro Fahrstreckenkilometer 145.000 oder 129.000 Schilling, wobei unsere Straßenmeistereien - die sieben - in einem Intervall von

89.000 bis 70.600 Schilling pro Fahrstreifenkilometer liegen.

Verehrte Damen und Herren, summa summarum darf ich hier feststellen, daß wir für die nächsten Jahre sehr zuversichtlich sein können, was die Verkehrsinfrastruktur in der Steiermark anbelangt.

Lassen Sie mich noch einige Worte des Dankes für die Beschäftigten im Straßenerhaltungsdienst aussprechen. Ich danke einmal wirklich allen Damen und Herren, vor allem den Straßenarbeitern, die bei jeder Witterung und bei jeder Tages- und Nachtzeit und an jedem Tag, ob das der Heilige Abend ist oder der Neujahrstag oder sonst ein Tag, stets bemüht und bereit sind, die Straßenverhältnisse in unserem Lande so zu gestalten, daß man ungeniert fahren kann. Einen herzlichen Dank diesen Leuten. Zum zweiten einen herzlichen Dank allen Straßenmeistern und allen Vorständen der Baubezirksleitungen, die für diese Abteilungen zuständig sind. Und auch noch einen herzlichen Dank an den zuständigen Hofrat für die Straßenerhaltung, Herrn Hofrat Dirnböck. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Ich weiß, daß es nicht immer leicht ist, die Straßen so herzustellen, daß sie befahrbar sind, auf der zweiten Seite die Probleme mit den Anrainern, ich zitiere nur das Alpl. Hier gibt es große Schwierigkeiten, und Sie sind hier immer konsensbereit und ich darf Ihnen im Namen der Bevölkerung des Mürztales, aber ich glaube, im Namen der ganzen Steiermark, herzlich danken! Und ein außerordentlicher Dank gilt auch dem Gesamtverkehrskordinator, Herrn Hofrat Gobiet. Ich sage das nicht deshalb, weil er ein Mürzzuschlager ist, aber gerade der Tunnelbau liegt ihm auch am Herzen, und es war eine Freude, mit dem Herrn Hofrat den Tunnel in Mürzzuschlag, sprich den Sondierstollen, zu besichtigen.

Einen herzlichen Dank an Sie alle, ich bitte Sie auch, diese Dankesworte weiterzugeben, und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. - 16.52 Uhr.)

Präsident: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (16.52 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Man sieht an der Rede des Kollegen Straßberger, daß die Interessen der Steiermark, was den Verkehr betrifft, sehr ähnlich gelagert sind, und ich glaube, gerade in der Verkehrspolitik stehen wir insgesamt vor großen Entscheidungen. Es ist, glaube ich, unbestritten, daß wir leistungsfähige Verkehrsstrukturen für eine moderne Gesellschaft und moderne Volkswirtschaften brauchen, um in der Zukunft überhaupt die Konkurrenzfähigkeit zu behalten.

Wenn wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Verkehrsgewohnheiten, sei es im privaten Bereich, aber auch in der Wirtschaft, nicht verändern, dann werden wir in der Zukunft im Verkehrsstau ersticken, und wir werden künftighin ein Verkehrschaos erleben, was wir uns alle nicht wünschen. Ich glaube daher grundsätzlich, daß auch die Raumordnung oder die Betriebsansiedelung im Zusammenhang mit der Verkehrsentwicklung zu sehen ist. Wenn

wir weiter den Weg gehen, daß wir alle oder viele Betriebe oder Investitionen in die Zentralräume der Städte konzentrieren, dann werden wir den dadurch verursachten Verkehr durch größeres Pendleraufkommen, aber auch durch den Transit- und Güterverkehr nicht in den Griff bekommen, und darum, glaube ich, kann man nicht die Verkehrspolitik von dieser Wirtschafts- und Raumordnungspolitik trennen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, alle erleben den Verkehr unterschiedlich. Der eine als Autofahrer, der andere als Fußgeher, ein anderer fährt mit der Bahn oder mit dem Bus, aber eines, meine Damen und Herren, erleben wir gemeinsam. Wir erleben den Verkehr als Steuerzahler, und wir haben auch bei diesen Investitionen besonders dafür zu sorgen, daß die Mittel besonders gut eingesetzt werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Dadurch, daß diese Mittel künftighin begrenzt sind, was wir durch das Sparpaket des Bundes und auch des Landes erkennen müssen, ist es zu dieser Maut gekommen, mit der wir zwar alle keine Freude haben in Österreich, aber die Maut, meine Damen und Herren, ist für die Finanzierung unserer Anliegen unumgänglich geworden. Die Frage ist nicht, heben wir eine Maut ein, sondern wir müssen die Frage stellen, wollen wir in der Verkehrspolitik, in der Infrastruktur, im öffentlichen Verkehr weitere Investitionen tätigen, ja oder nein? Die österreichische Bundesregierung hat sich dafür entschieden, diese notwendigen Investitionen zu tätigen und die Mittel mit dieser Maut aufzubringen.

Aber eines, meine Damen und Herren, muß ich auch von dieser Stelle aus deutlich hier sagen. Wir lehnen es nach wie vor ab, wenn es auch zu Erleichterungen gekommen ist, daß es in der Steiermark nach wie vor, aber auch in anderen Bundesländern, zu einem Teil von Doppelbemaftung kommt. Ich werde in dieser Frage am Ende meines Statements einen Beschlußantrag einbringen, daß wir uns gegen diese Doppelbemaftung nach wie vor wehren müssen (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.), weil wir glauben, daß es eine Benachteiligung der Steiererinnen und Steierer ist. Und wir werden auch hier, wenn es derzeit so aussieht, daß wir nicht erfolgreich sind, in dieser Frage nicht locker lassen, weil ich glaube, wir sollten gemeinsam diese Last tragen, und nicht jene Gebiete und jene Orte oder Regionen, die es an und für sich schon wirtschaftlich durch den Strukturwandel schwieriger haben, auch mit dieser zusätzlichen Bemaftung noch bestrafen. Meine Damen und Herren, da werden wir künftig keinerlei Zustimmung finden.

Zum Straßenbau begrüße ich, ebenfalls wie der Kollege Straßberger, daß sich die Bundesminister Klima und Ditz dazu verstanden haben, diese wichtigen Lückenschlüsse in unserem hochrangigen Straßennetz voranzutreiben, daß es hier nicht nur zu Investitionen, sondern daß es auch der Bauwirtschaft, Otto, den Beschäftigten in der Bauwirtschaft besser geht und daß wir auch endlich diese Lückenschlüsse voranziehen und daß das Straßennetz besser und lückenloser ausgebaut wird.

Ich möchte aber nur zu einem Thema eine kurze Bemerkung machen. Wir müssen auch, meine Damen und Herren, auf dem Boden der Rechtsstaatlichkeit versuchen – und hier sind ja derzeit Landesrat Hirsch-

mann und Minister Molterer bei den naturschutzrechtlichen und wasserrechtlichen Bescheiden aufgerufen, Entscheidungen zu treffen –, daß wir auch, weil es nach wie vor diese Verkehrslawine im Ennstal gibt, in der Ennstalfrage zu Lösungen kommen und daß wir dieses leidige Kapitel im Ennstal endlich abschließen können. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, ein Wort zum Verkehrsverbund. Es wäre ja wirklich völlig unerwartet gewesen, wenn der Kollege Straßberger nicht das Thema des Verkehrsverbundes angeschnitten hätte. Und ich bekenne und freue mich, daß du das anerkannt, daß unsere Fraktion sich sehr vehement mit Aktionskomitees für diesen Verkehrsverbund eingesetzt hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir haben ja dies deshalb gemacht, weil wir glauben, daß es in der Verkehrspolitik, wie ich vorher erwähnt habe, dieses Umdenken geben muß. Wir müssen die Leute mehr auf den öffentlichen Verkehr bringen. Aber wir haben einen Nachteil dabei, und das bitte nicht als Ausrede zu werten. Das eine ist, daß die vorverlegten Landtagswahlen uns um mindestens ein halbes Jahr in den Bemühungen zurückgeworfen haben, weil die Verhandlungen, der Wahlkampf, die Politik an und für sich stillgestanden ist. Das ist das eine.

Das Zweite ist, und da bedanke ich mich beim Landesrat Ressel, der sofort diese wichtigen Fahr-scheinautomaten bestellt hat, weil wir wissen, daß es hier eine lange Lieferzeit gibt, was das Problem aber derzeit ist, das höre ich, daß der Bund wegen der Finanzierung hier noch nicht die Zustimmung gegeben hat. Hier hoffe ich, daß der Bund seiner Verantwortung der Steiermark gegenüber gerecht wird, die Finanzierung mitsichert, daß wir diesen Verkehrsverbund mindestens in diesem Jahr durch diese Verzögerungen in Österreich, in der Obersteiermark, im Bezirk Hartberg, flächendeckend für den ganzen Bezirk einführen können, weil wir ihn brauchen. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber noch eines zum Verkehrsverbund. Es war immer unsere Auffassung, und das sehen wir jetzt, daß die Herabtarifierung, die vielen Millionen, die wir für die Herabtarifierung des Verkehrsverbundes einsetzen, nicht das Heil ist. Uns bleiben dadurch für die Infrastruktur, die wir dringend brauchen, um das Angebot zu verbessern, zuwenig Millionen übrig, um dort zu investieren und die Attraktivität zu erhöhen. Und wir wissen, daß in Graz die Attraktivität ausreicht, aber wir wissen auch, daß vor allem im ländlichen Raum der Verkehrsverbund noch immer als Tarifverbund gewertet wird. Und solange wir hier nicht die Intervalle des Angebotes, die Wartezeiten verkürzen können, durch Investitionen in die Infrastruktur, gibt es noch immer Hemmnisse, in den Verkehrsverbund so einzusteigen, wie wir uns das wünschen. Ich meine und hoffe, daß wir in dieser Frage uns in der Diskussion annähern, daß die Infrastruktur künftig eine besondere Bedeutung haben soll.

Meine Damen und Herren, zu den Regionalbahnen. Die Regionalbahnen sind ein Anliegen vieler Regionen, und es gibt dort sehr viele Finanzierungsprobleme, weil die ÖBB sagt, wenn die Regionen nicht mitfinanzieren und die Länder nicht mitfinanzieren,

dann werden diese Bahnen eingestellt. Ich glaube, hier müssen wir – das Land, die Gemeinden, die Regionen – mit dem Bund, mit der ÖBB raschest die Verhandlungen führen, daß wir zu Entscheidungen kommen. (Beifall bei der SPÖ.)

Es gibt viele dieser Regionalbahnen, aber ich möchte nur einige nennen, Vordernberg–Eisenerz, Hieflau–Eisenerz, wo es große Bemühungen gibt, diese zu erhalten. (Beifall bei der SPÖ.)

Es gibt aber auch viele andere Regionalbahnen, wo es ebenfalls Sorge in der Region gibt. In diesen Fragen muß es eben weitere Gespräche geben, weil es natürlich, das ist zugegebenerweise richtig, Auslastungen gibt, die wirtschaftlich sehr stark nachhinken. Daher muß überlegt werden, wie können diese Regionalbahnen tatsächlich finanziert werden. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Jetzt!“) Ich bekenne mich aber auch dazu, um das auch zu sagen, wenn man feststellen muß, und das ist eine Frage, der soll man auch nicht ausweichen, daß die Finanzierbarkeit absolut nicht gegeben ist, da muß man versuchen, Alternativen aufzuzeigen und in gemeinsamer Arbeit nach Alternativen zu suchen.

Wichtig ist es, meine Damen und Herren, daß wir ungefähr in eineinhalb Jahrzehnten, das muß als Fernziel für uns gelten, ein hochrangiges Schienennetz insgesamt in der Steiermark bekommen, und zwar in einem Format, wie wir das derzeit bei den Straßen haben. Das muß als oberstes Ziel der steirischen Politik von dieser Stelle aus heute verlangt und auch versucht werden, dies durchzusetzen. (Beifall bei der SPÖ.)

Zum Terminal, meine Damen und Herren, und ich weiß, ich bin schon zu lange, Kurt, nur ein Wort. (Abg. Mag. Erlitz: „Es geht, du bist in der Zeit!“) Wir wissen, daß der Terminal eine Frage der ÖBB ist, aber auch eine Frage der Steiermark. Wir haben vor eineinhalb Jahren in der Wirtschaftskammer, da war die Frau Landeshauptfrau dabei und das Komitee für die Neue Bahn, ein Gespräch geführt, wo der Herr Generaldirektor eindeutig erklärt hat, wenn die steirische Wirtschaft nicht einen Teil dieses Terminals bestellt, wenn die steirische Wirtschaft nicht hier mittut, weil er stellt keinen Terminal in die grüne Wiese – der Kollege Löcker war auch dabei –, wenn diese Wirtschaft nicht bestellt und auch mitfinanziert, dann wird es diesen Terminal nicht geben.

Ich ersuche, Herr Landesrat Paierl, daß Sie in der Wirtschaftskammer hier oder auch mit Wien die Gespräche mit der Wirtschaft führen, weil ich glaube, daß die Tendenz eindeutig vom Herrn Generaldirektor war, zuerst in die Westbahn oder auch in die Ostbahn zu investieren – (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Der Klima hat gesagt, er hat seinen Spaten schon im Auto!“) Richtig, er hätte auch den Spatenstich gemacht (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Jetzt hat er ihn verloren!“), wenn die Bestellung und vor allem der Wunsch der steirischen Wirtschaft deutlich sichtbar gewesen wäre. Und sichtbar meint er, daß die steirische Wirtschaft hier miteinsteigt. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Man sollte nicht um den Brei herumreden!“) Da, glaube ich, brauchen wir nicht auf den Terminal zu warten, wenn wir hier nicht Verhandlungen führen, und daß es zu dieser Bestellung kommt.

Meine Damen und Herren, abschließend – (Abg. Purr: „Wobei es nicht schlecht wäre, wenn die Stadt

Graz in diesem Zusammenhang auch eine massive Aktivität entfalten würde. Ich glaube, da sind wir uns einig!“) Richtig, Kollege Purr. Es geht ja auch im öffentlichen Verkehr um den Ausbau des Schienennetzes in Graz und, und. Alle Aktivitäten sind uns hier wichtig. (Abg. Dr. Flecker: „Aber auch Groß St. Florian darf man nicht unterschätzen!“)

Abschließend, meine Damen und Herren, darf ich den Kollegen Ressel bitten, und da bin ich zuversichtlich, daß wir mit ihm in bester Kooperation in Verkehrsfragen an die Arbeit gehen werden, daß wir gemeinsam versuchen werden, unsere Probleme zu lösen, natürlich nach Maßgabe unserer finanziellen Möglichkeiten.

Abschließend darf ich, meine Damen und Herren, folgenden Beschlusantrag einbringen. „Beschlusantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Dr. Flecker, Tasch, Schrittwieser und Posch, betreffend die Ablehnung einer Parallelität einer generellen Autobahnbeimattung („Autobahnvignette“) und der in der Steiermark bestehenden Autobahnbeimattungen. Durch die Einführung einer generellen Autobahnbeimattung in Österreich soll es – gerade auch in der wirtschaftlich ohnehin benachteiligten Steiermark – nicht dazu kommen, daß für die Benützung von schon bisher beimatteten Autobahnstücken doppelt zu bezahlen ist, was wiederum eine gravierende Benachteiligung, besonders der obersteirischen Bevölkerung, darstellen würde. Eine derartige Doppelbeimattung würde nicht nur für die einzelnen Autobahnbenützer und -benützerinnen, die diese Straßen aus beruflichen Gründen befahren müssen, sondern auch für die gesamte steirische Wirtschaft von großem finanziellem Nachteil sein. Es wird daher der Antrag gestellt: Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Österreichische Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, dafür zu sorgen, daß es ausgeschlossen wird, daß man für das Befahren einer Autobahn neben der generellen Maut auch noch eine weitere besondere Maut bezahlen muß.“

Ich bitte um Annahme dieses Beschlusantrages und bedanke mich für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 17.08 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Chibidziura das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (17.08 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es wurde schon viel über den Verkehr gesagt. Ich kann mich hier auf einige Dinge beschränken.

Nummer eins, Koralmbahn: Prof. Kluger, der das erste Projekt gezeichnet und durchdacht hat für die Koralmbahn, war mein Professor, und als er im Jahr 1978 gehört hat, daß ich hier Abgeordneter geworden bin, hat er mir ein Projekt geschenkt und hat gesagt: „Versuche, daß das durchgesetzt wird.“ Ich habe wohl das Projekt propagiert, und nun kann ich mit Freude feststellen, daß es soweit ist, daß heute 180 Millionen Schilling für die Planung vergeben sind. Das zeigt, daß

hier das Interesse der Bundesregierung doch so groß ist, daß es Wirklichkeit werden könnte. Direktor Hammerschmid ist unterwegs bei den Gemeinden, wurde schon gesagt, und es scheint wirklich hier etwas weiterzugehen.

Zum Terminal in Werndorf, lieber Sigi Schrittwieser: Meine Befürchtung ist nur, daß das hier indirekte Erpressung ist. In Niederösterreich, in Oberösterreich, an der Westbahn, da hat man die Dinge wohl alle hingestellt. Wir Steirer werden hier erpreßt, und das ist keine schöne Sache, ich habe keine Freude damit. (Abg. Schrittwieser: „Das mag schon richtig sein, aber was ich meine ist, daß man mit der Wirtschaft und der ÖBB abklären muß, ob sie das aufrechterhalten oder nicht, wenn sie sagen, es ist dieser Wunsch nicht gekommen. Dann können wir lange warten!“) Naja, ich weiß schon, aber ich sage dir ehrlich, ich habe ein ungutes Gefühl, ohnmächtig ausgeliefert zu sein, wo man sagt, die können gar nicht aus, die müssen zahlen. Hier habe ich das Gefühl, daß das kommen muß, und es ist richtig, daß man auch etwas dafür unternehmen und tun muß.

Aber die Mauteinführung wird ja voraussichtlich in der Steiermark gigantische Auswirkungen haben, auch auf die steirische Landesverwaltung. Wenn ich richtig unterrichtet bin, werden das ja Gelder in Milliardenhöhe sein, die zur Ankurbelung der Bauindustrie zur Verfügung gestellt werden, um hier auch die Arbeitslosenrate zu senken und das ganze Wirtschaftsrad anzuwerfen.

Die Steiermark hat fertige Projekte liegen, wie die zweite Spur für die Pack, die zweite Röhre für den Plabutschunnel, die S 6, die Semmeringschnellstraße, die S 35, die Brucker Schnellstraße, die S 36, die Muralschnellstraße. Die Projekte liegen faktisch fertig und ausschreibungsreif hier vor, und es wäre, glaube ich, ungerecht, wenn man hier sagt, daß das Geld nicht in die Steiermark könnte, weil keine Projekte da sind. Sie sind da. Und jetzt, sollte wirklich das Geld in die Steiermark kommen, ist natürlich auch noch eine Frage zu lösen. Das Land hat geplant, hat natürlich Beamte eingesetzt für die Planung, und erst, wenn es realisiert wird, dann kommen hier Planungskosten an das Land zurück. Also das Land muß hier um diese Gelder raufen. Zurzeit sind natürlich die Beamten auch in jenem Bereich auf Grund der schlechten Konjunkturlage schlecht ausgelastet, hier wäre es wirklich wichtig, Verhandlungen zu führen. Und da geht meine Bitte an dich, Herr Landesrat, Verhandlungen zu führen, daß die Arbeiten auch wirklich im Land bleiben. Ich weiß, es gibt Bestrebungen, daß die ÖSAG, die ausgegliederte Gesellschaft, sich alles einverleiben will. Und der Herr Direktor Schragl ist der erste, der hier alles an sich reißen will. Er wäre ja dann der Supermanager, so wie es früher halt einmal Talirz war. Ich glaube, es ist für das Land nicht gut, es ist für die Bediensteten nicht gut, und es ist auch für die steirische Wirtschaft nicht gut.

Die zweite Frage, die sich erhebt, ist, was geschieht, wenn das wirklich an ÖSAG kommt, wie steht es mit den Bediensteten in den Autobahnmeistereien? Die Landesregierung sollte sich bemühen, auch die Erhaltung im Lande zu behalten. Es gibt die Vergütung durch den Bund, die wir natürlich auch einvernehmen, und wenn nicht, dann wird ein paralleles System auf-

gebaut, und das Land verliert hier viele Gelder und zumal deswegen, weil es ja sehr viele gemischte Autobahnmeistereien gibt und die natürlich, wenn die Autobahnbearbeitung abgezogen und aufgelöst wird, so wie es nach dem Gesetz vorgesehen ist, das sind 320 Personen, nicht wissen, was mit ihnen geschehen soll. Sie können nur sich vorstellen gehen, bitte, gehen, daß sie vielleicht von der ÖSAG übernommen werden. Und da sollte halt die Politik hier schauen, daß die Leute auch weiterhin ihre Beschäftigung behalten können.

Wir müssen eines sehen, es gibt die A 9, also die Pyhrnautobahn, die A 2, die Südautobahn, die Semmeringschnellstraße, die Brucker Schnellstraße, die Muralschnellstraße, und wenn das alles bemaute ist, dann wird die Steiermark hier wirklich Probleme haben und vor allem der Steiermärker, der unter Umständen doppelt bemaute wird.

Richtig erscheint uns, daß hier Verhandlungen geführt werden, die sicherstellen, daß die Arbeit in der Steiermark bleibt.

Ich möchte mich noch bei allen Bediensteten der Straßenverwaltung bedanken und habe hier zwei Beschlusanträge, die ich noch einbringen will. Zum einen betreffend die Autobahnbemauteung, hier hat auch die Sozialdemokratische einen eingebracht. Hier wäre es schön, wenn wir uns gegenseitig unterstützen könnten.

Im Zuge des beschlossenen Sparpakets der Bundesregierung wurden nun auch die Autofahrer kräftig zur Kasse gebeten. Dabei muß aber insbesondere vor der Gefahr einer nicht gerechtfertigten finanziellen Überforderung derjenigen Personen gemahnt werden, die tagtäglich auf die Benützung ihres Autos angewiesen sind, und dies ist die weitaus überwiegende Zahl der Fahrer.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Österreichische Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, im Falle der Einführung der generellen Autobahnbenützungsvignette in Österreich dafür zu sorgen, daß es ausgeschlossen ist, daß man für das Befahren einer Autobahn sowohl die generelle Abgabe als auch eine besondere Maut bezahlen muß.

Der zweite Beschlusantrag, den ich einbringe, ist:

Unzähligen Ankündigungen zufolge müßte der obersteirische Verkehrsverbund schon längst fertiggestellt beziehungsweise kurz vor der Realisierung stehen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Realisierung des obersteirischen Verkehrsverbundes zügig voranzutreiben. (Beifall bei der FPÖ. - 17.17 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Wabl das Wort.

Abg. Dr. Wabl (17.17 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gestern hat zu mir, ich glaube einer von der ÖVP, gesagt, er wettet immer, wie viele Minuten vergehen, bis ich von der Ennsnahen Trasse rede. Ich verspreche, daß ich dieses Thema nicht speziell ansprechen werde, weil ich schon so oft darüber geredet habe, und Sie kennen unsere Positionen, Sigi Schrittwieser, der Herr Landesrat Ressel ist jetzt nicht da. (Landesrat Ing. Ressel: „Ich bin da. Ich möchte Sie von vorne sehen. Ich höre!“)

Ach so, ja danke. Von der Seite bin ich leicht zu übersehen, das ist mir bewußt. Und ich hoffe, daß wir zu diesem Thema möglichst bald eine Gesprächsrunde haben werden mit allen Betroffenen, wo wir einfach einmal diese leidige Jahrzehntgeschichte anpacken und vielleicht einer Lösung zuführen, wobei ich dazu sage – du hast es gesagt, Sigi Schrittwieser – auf dem Boden des Rechtsstaates. Da muß ich sagen, daß in dem Fall das EU-Naturschutzrecht doch eine Bedeutung hat. Daß hier diese Roßwiese besonders schutzwürdig ist und daß auch im Wasserrecht sehr große Differenzen beziehungsweise große Hindernisse bestehen. Aber ich will mich jetzt nicht verbreitern, und ich halte das Versprechen ein.

Aber insgesamt, und ich möchte mich kurz halten, möchte ich dem ganzen voranstellen, daß natürlich das Thema Verkehr für uns Grüne eine zentrale Bedeutung hat. Und wenn nach dem Krieg die Meinung vorgeherrscht hat und auch überall postuliert worden ist, der Wohlstand kommt in jeden Graben.

Ich erinnere mich noch an viele Reden des ehemaligen Bundeskanzlers Kreisky, wie viele Kilometer schon wieder gebaut worden sind. Das hat sich auch widergespiegelt in Debatten hier im Landtag, wo man einfach geglaubt hat, Wohlstand, Lebensqualität, Zukunftsgestaltung ist gleichzusetzen mit dem Individualverkehr, ist gleichzusetzen mit dem Bau von Straßen, Autobahnen und so weiter.

Du hast es erwähnt, der öffentliche Verkehr, das muß man einfach in Österreich zugeben, auch in der Steiermark, wobei die Kompetenz gerade für das Eisenbahnnetz nicht bei uns im Landtag liegt oder auch nicht auf Landesebene, ist soweit abzuschätzen, daß zwar immer davon gesprochen worden ist, wie wichtig der öffentliche Verkehr ist, der Individualverkehr, wie wichtig es ist, hier Schritte weiterzugehen. Aber eines möchte ich feststellen, und das ist uns auch schmerzlich bewußt, und ich glaube, da gilt es, die Verantwortlichen in Wien einmal zu erinnern oder den Eisenbahndirektor Draxler, wenn von der Einstellung der Nebeneisenbahnen gesprochen wird, dann gilt es, mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß wir diese Nebeneisenbahnen brauchen. Daß wir die Nebeneisenbahnen in den Regionen brauchen. Aber eines muß uns auch bewußt sein, wir müssen schauen, daß wir sie auch mit Leben erfüllen. Und da muß ich halt eines auch sagen, wir haben immer nur verbal davon gesprochen, wie wichtig die Eisenbahn ist, wie wichtig die Nebeneisenbahnen sind, aber wir haben zum Beispiel zugeschaut beim Schulbusverkehr: Da ist die Eisenbahn gefahren, daneben ist der private Busunternehmer gefahren. Unsere Kinder und Kinderkinder haben es verlernt, mit dem Zug zu fahren, und daher benützen sie auch den Zug kaum. Dazu kommt noch, daß die Verbindungen, gerade im ländlichen Bereich, ausgesprochen schlecht sind. Ich glaube, ich

verraute kein Geheimnis, wer die Schweiz kennt, ich weiß nicht, ob viele von euch schon die Schweiz besucht haben, dort ist tatsächlich festzustellen, daß der Zug- und Taktverkehr, die Versorgung mit dem öffentlichen Verkehr viel besser funktioniert als bei uns. Also die Schweiz hat es nicht nur bei Lippenbekenntnissen belassen, daß sie immer nur gesagt haben, die Eisenbahn ist wichtig. Die Sozialisten haben auch gesagt, die Eisenbahn ist wichtig, sie haben immer mehr an die Eisenbahner gedacht, weil diese zu 80 und 90 Prozent rot gewählt haben, aber für die Eisenbahn selber, Günther, sei doch ehrlich, du bist ja auch ein Kämpfer da unten für die Bahnen der Grenze, wurde lange Zeit nichts getan. Das, glaube ich, muß man hier sagen. Es wurde die Eisenbahn vernachlässigt. Es ist in der Steiermark kein Kilometer an neuer Eisenbahnlinie errichtet worden. Ich wüßte nicht, wo. (Abg. Heibl: „Abgetragen haben wir!“) Im Gegenteil, es ist abgetragen worden.

Und ein Zweites: Weil man immer der Meinung ist, daß Verkehr oder der Bau von Straßen Probleme löst. Gerade gestern war in der Zeitung, daß der Bau von Straßen oder von Autobahnen im Bereich der Stadt völlig sinnlos ist, daß er dort nur bewirkt, daß der Verkehr zunimmt, daß die Leute im Stau stehen und daß wir einfach aufgefordert sind, einen gegenteiligen Weg einzuschlagen. (Beifall bei den Grünen.)

Ich möchte nur an ein paar konkrete Dinge erinnern: Umfahrung Hausmannstätten. Kollege Löcker, ich weiß nicht, ob er da ist, ich akzeptiere diese Abstimmung, aber eines muß man sich fragen, ob es nicht gescheitert wäre, wenn man überlegt, ob man die Straßenbahn nach Hausmannstätten verlängert. Ob man die Idee der Stadtreionalbahn – also in dem Fall – so weit ausdehnt, daß man keine Straßen mehr baut oder dort wieder einen Tunnel, eine Tunnelröhre, sondern daß man diese Idee zumindest ventiliert. Ich weiß schon, daß das nicht einfach ist. Es gibt sicher wieder Bereiche, wo ein Protest entsteht. Aber letzten Endes haben wir nur eines gemacht, wir haben bei der Südbahn ein Geleise abgetragen. Woanders haben wir auch reduziert. Wir haben in der Stadt Graz auch die Straßenbahn reduziert, und nicht ausgeweitet. Also, wir sind wirklich aufgerufen, hier Akzente zu setzen.

Die Nordspange zum Beispiel in Graz, steht im Konzept drinnen, die soll jetzt unbedingt gebaut werden. Da gibt es Befürworter der Nordspange, und dann gibt es massive Gegner. Das kostet geschätzte 200 oder 300 Millionen Schilling. Ich will nicht sagen, daß ich den Stein der Weisen entdeckt habe, aber es gibt sehr viele Leute, die sagen, diese Nordspange bewirkt wieder nur eine Zunahme des Verkehrs, und löst die Probleme nicht.

Die zweite Plabutschröhre kostet ein Heidengeld, und was bringt sie eigentlich? Daß die Autos dort schneller durchfahren können, ohne daß sie Angst haben müssen, daß ein Gegenverkehr ist.

Insgesamt kann man sagen, daß unsere Denkweise viel zu lange darauf ausgerichtet war, was dem Autofahrer nützt, und wir haben geglaubt, Autofahren ist die Befreiung, Autofahren trägt dazu bei, daß die Kommunikation zu den Menschen besser wird. Na, was ist denn heute oft? (Abg. Ing. Löcker: „Aus der Fernsehwerbung!“)

Ja, aus der Fernsehwerbung. Was ist heute, bitte? Das Auto ist ein Fluch geworden in vielen Bereichen, obwohl natürlich die Autoindustrie da unten in Thondorf einen Boom erlebt, der uns Arbeitsplätze schafft, aber wobei wir uns auch die Frage stellen müssen, in welche Richtung geht das? Aber insgesamt, wir haben heute eine Gesundheitsdebatte gehabt, wenn man nachdenkt, abgesehen vom menschlichen Leid, das der Verkehr verursacht, welche Umweltbelastung dieser Individualverkehr mit sich bringt, wieviel die Folgekosten sind, wie viele Menschen in Krankenhäusern behandelt werden müssen, da muß man doch sagen, wir müssen alles daransetzen, daß wir dem öffentlichen Verkehr die Priorität einräumen und daß wir den Individualverkehr zurückdrängen.

Ich glaube, daß ein Umdenken stattfindet – und weil der Kollege Tasch da ist, wir haben halt die Transitroute, ich selber bin auch an einer Transitroute aufgewachsen, und das ist eine riesige Belastung – und der Mensch Vorrang hat. Aber wenn der Mensch Vorrang hat, dann sollte dieser Vorrang nicht durch Straßenbau dokumentiert werden, weil das der falsche Weg ist, sondern durch die Ausdehnung des öffentlichen Verkehrs, weil er umweltfreundlicher und weil er menschenfreundlicher ist.

Ich möchte einen Resolutionsantrag – und ich glaube, ich bin damit noch nicht maßgeblich über der Zeit von zehn Minuten – einbringen über die Koralmbahn und darf nur den Schluß verlesen, damit ich zeitlich etwas abkürze: „Der Landtag wolle beschließen: Die Vorfinanzierung der Planung und Realisierung der im Antrag genannten Projekte der Koralmbahn ist auf Grund landesspezifischer Interessen budgetmäßig in den Landesvoranschlägen 1996 und 1997 in der Höhe von je 1 Million Schilling zu unterstützen. Damit keine Mehrkosten entstehen, ist das Landesstraßenbauprogramm um diesen Betrag zu kürzen.“ Ich bitte um die Behandlung dieses Antrages. (Beifall bei den Grünen. – 17.28 Uhr.)

Präsident: Ich bedanke mich und erteile dem Herrn Abgeordneten Prutsch Günther als nächstem Redner das Wort.

Abg. Günther Prutsch (17.28 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist schon sehr viel Richtiges und auch weniger Richtiges über den Verkehr heute gesagt worden. Ich möchte mich daher auf einige wenige Dinge beschränken.

Der wesentlichste Grund für meine Wortmeldung ist, daß ich eigentlich die Problematik der Pendler in der Steiermark darstellen möchte. Tausende sind davon betroffen, ich glaube, sehr schwer betroffen, und es gibt eine unbefriedigende Situation, vor allem in den peripheren Bezirken draußen in der Süd- und Oststeiermark. Aber das gilt wahrscheinlich auch für viele Teile der Obersteiermark.

Es gibt in den letzten Wochen und Monaten einen großen Unmut in weiten Bevölkerungskreisen, der sich darin äußert, daß man sagt, es gibt keinen Unterschied in der Steuerbelastung in den kleinen Bezirken draußen, aber sehr wohl große Unterschiede in den Serviceleistungen der öffentlichen Hand – des Staates

und des Landes. Und zu Recht macht sich eigentlich das Gefühl breit, daß die Randbezirke benachteiligt werden, und das in vielen Lebensbereichen. Zurzeit wird zum Beispiel in meinem Bezirk wieder darüber gesprochen, ein Gericht zuzusperren. Das ist nicht nur die Frage der regionalen Identität, sondern für viele Menschen auch eine Tagesreise, ein derartiges Gericht zu erreichen. Manchmal ist es gar nicht möglich, mit einem öffentlichen Verkehrsmittel an einem Tag hin und zurück zu fahren. Ich denke auch an das Kulturangebot, das sehr zentralraumlastig ist.

Auch im medizinischen Bereich, wenn ich mir nur die Notdienste an den Wochenenden im Bezirk draußen anschau. Erwachsenenbildung, wenn ich heute mit 30, 40 eine zusätzliche Ausbildung machen möchte, muß ich sehr weite Anfahrtswege nach Graz in Kauf nehmen. Oder das Lohnniveau, das Märchen von den billigen Lebenskosten in unserer Region. Man braucht sich nur die Wohnkosten anschauen, wo sind die günstiger gegenüber Graz? Oder zuletzt geführt die Benzinpreisdiskussion. Ich war in den letzten Wochen sehr viel unterwegs zwischen Graz und Mureck, in Mureck war der Dieselpreis ständig um 40 bis 50 Groschen höher als hier in Graz, und das bei Markentankstellen. Es ist also höchste Zeit, in der Benzinfrage eine günstige Lösung zu finden. Und ich bin nicht deiner Meinung, Martin Wabl, wie du gesagt hast, das Auto ist zum großen Fluch geworden. Ich gehe davon aus, leider, muß ich dazusagen, daß sehr viele Menschen bei uns in der Region vom Auto einfach abhängig sind, weil das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln nicht ausreichend gegeben ist. (Abg. Dr. Wabl: „Auch zu Fuß!“) Zu Recht wird immer stärker die Verantwortlichkeit von Bund und Land eingefordert, auch in der Frage dieser regional ungelösten Verkehrsprobleme. Und ich habe weitere Bedenken in dieser Frage. Es taucht immer mehr die Forderung nach Mitfinanzierungsmodellen aus der Region heraus auf. Wir haben sehr vieles in den letzten Tagen über die Finanzsituation der Gemeinden diskutiert. Ich frage mich von den Gemeinden her, womit wir dies bezahlen sollen. Seit Jahren bemühe ich mich in diesen Fragen hier im Hohen Hause, aber auch regional, daß diese Dinge thematisiert werden. Ich muß sagen mit wenig Erfolg.

Meine Damen und Herren, wenn man bedenkt, daß rund 22 Prozent der österreichischen Bevölkerung unter 18 Jahre ist und daher keinen Pkw führen kann und 10 Prozent über 70 Jahre alt sind und 30 Prozent aller Personen über 18 gar keinen Führerschein besitzen, muß man ein Resümee daraus ziehen. Auch bei einem sehr hohen Motorisierungsgrad, Frau Kollegin Zitz, sind noch immer rund zwei Drittel der Bevölkerung von der Nutzung von Pkws ausgeschlossen, das heißt abhängig von öffentlichen Verkehrsmitteln. Und da stimmt sehr vieles nicht. Und ich bin sogar geneigt zu sagen, es stimmt immer weniger in diesen Dingen. In Zeiten des Sparens werden, ohne mit der Wimper zu zucken, Pendlerzüge eingestellt, ohne Rücksicht auf die Betroffenheit der Region und vor allem ohne Rücksicht auf die Pendler. (Beifall bei den Grünen.)

Ich bin Dr. Heidinger von den ÖBB sehr dankbar. Er hat bei einem derartigen Problem in unserer Region sehr rasch reagiert.

Kurt Flecker zeigt mir schon die Zeit.

Aber das möchte ich noch dazusagen. Er hat Bereitschaft gezeigt, für die Pendler eine Lösung zu treffen, und zwar durch das Einsetzen von Bussen. Ich möchte aber dazusagen, daß ich mit diesen Ersatzbussen nicht unbedingt glücklich bin, weil sie zu einer weiteren Schwächung der Schiene führen. Und das kann, meine Damen und Herren, nicht unser Ziel sein. (Beifall bei den Grünen.)

Zur Untermauerung der Problematik: Ein Pendler hat mir in diesem Zusammenhang vorgerechnet, daß er jährlich auf der Strecke zwischen seinem Heimatort im Bezirk Radkersburg und Graz rund 30 Tage in öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs ist. Meine Damen und Herren, das sind unzumutbare Zustände, die gelöst gehören. (Beifall bei den Grünen.)

Und seit Jahren reden wir hier vom zweigleisigen Ausbau der Strecke Spielfeld Graz ohne Erfolg. 150 Jahre Bahnlinie gibt es zwischen Celje und Graz, am 2. Juni wird dieses Jubiläum gefeiert. Es ist heute hier schon gesagt worden, in 100 Jahren hat sich bei der Eisenbahninfrastruktur nichts geändert, vor allem kaum Positives. Im Gegenteil, Generaldirektor Draxler spricht von Ausdünnung des Netzes, und man kann sich ausrechnen, wo ausgedünnt wird, draußen in der Provinz, in den Randbezirken. Gerade dort, wo die Menschen zum Pendeln gezwungen sind, wo eine besondere Mobilität erforderlich ist.

Meine Damen und Herren, in meinem Bezirk sind 69,4 Prozent der Beschäftigten Auspendler. 1200 Menschen pendeln täglich nach Graz unter größten Beeinträchtigungen, wie ich es vorher versucht habe zu erklären. Und heute hat man auch im Bereich Gesundheit gehört, daß die Menschen zum Krankenhaus nach Feldbach pendeln sollen. 823 Menschen pendeln täglich zur Arbeit dorthin, und es ist nahezu unmöglich, mit einem öffentlichen Verkehrsmittel einen Krankenbesuch im Landeskrankenhaus Feldbach zu machen. Der Verkehrsverbund Großraum Graz, das ist hier auch schon angesprochen worden, muß über seinen Tarifstützungsansatz hinaus echte Angebotsverbesserungen bringen. Ich stelle fest, daß die Koordination aller Verkehrsträger endlich erfolgen muß, daß die Schulbusproblematik nach wie vor ungelöst ist, trotz anderer Meldungen hier im Hohen Haus, und daß noch schnellere Verbindungen für die Pendler geschaffen werden müssen.

Die Entwicklung regionaler Verkehrskonzepte zur Stärkung des öffentlichen Verkehrs ist unumgänglich erforderlich, aus wirtschaftspolitischen, aus regionalpolitischen Gründen, aber auch, wie vorhin gesagt, aus Gründen der Lebensqualität der Betroffenen.

Eine kurze Erinnerung noch an die gestrige Diskussion, ich glaube, die Kollegin vom Liberalen Forum hat die Teilzeitarbeit im besonderen angesprochen. Die Teilzeitarbeit als Problemlöser, und wie sieht es da in der Realität in einer peripheren Region aus? Wenn ich davon ausgehe, daß in unserem Bezirk Teilzeitbeschäftigte rund 6000 Schilling verdienen, wenn ich ein tägliches Pendeln annehme, nachdem keine öffentlichen Verkehrsmittel zur Verfügung stehen, mit dem Pkw komme ich auf errechnete Kosten von 500 Schilling pro Woche. Rechnet man sich das aus, geht rund ein Drittel des Gesamteinkommens bereits nur für den Verkehr auf. Mobilität ja, meine Damen und Herren, aber zu Bedingungen, die die Lebensqualität der

Pendler sichern, die letztlich aber auch einen wirtschaftlichen, vernünftigen Sinn ergeben. Bedingungen, die wir gemeinsam zu schaffen haben, und ich glaube, mit Joachim Ressel haben wir einen Garant dafür. Ich bin nicht der Meinung, so wie es hier der Kollege Straßberger gemeint hat, daß hier bereits Versäumnisse seinerseits vorliegen. Er ist letztlich jetzt gezwungen, Altlasten noch zu beseitigen. Aber wir werden es mit Ihrer Hilfe gemeinsam schaffen. Danke! (Beifall bei der SPÖ und den Grünen. – 17.38 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kröpfel das Wort. Herr Abgeordneter Kröpfel, Sie sind am Wort.

Abg. Kröpfel (17.38 Uhr): Danke, Herr Präsident, Hohes Haus!

Wir haben schon sehr viel darüber gehört, wie wichtig es ist, daß man an Verkehrsverbindungen angeschlossen ist. Dies gilt nicht nur für den obersteirischen und Grazer Raum, dies gilt auch, so wie der Kollege Prutsch das gesagt hat, für die Randbezirke und auch für unseren Bezirk in Deutschlandsberg. Denn die wirtschaftliche Situation in unserem Bezirk hat sich in den letzten Jahren gewaltig verändert. So pendeln nach der letzten Volkszählung 1991 zirka 3200 Menschen im Bezirk Deutschlandsberg. Dies nicht zuletzt deshalb, weil unsere Wirtschaft aufstrebend ist, weil wir sehr gute Betriebe haben und auch sehr gute Industriebetriebe in diesen Bezirken haben. Dazu kommen noch 1500 Schülerinnen und Schüler, und ganz besonders zu erwähnen sind natürlich auch die Besucherinnen und Besucher des LKH Deutschlandsberg und der Behörden.

Hervorzuheben ist außerdem, daß die Stadt Deutschlandsberg entlang der Landesstraße 601 über 200.000 Quadratmeter als Industriegebiet ausgewiesen hat, davon sind 120.000 Quadratmeter bereits im Eigentum der Stadtgemeinde. Hier soll ein Wirtschaftspark mit einem Technologiezentrum errichtet werden. All diese Faktoren sprechen also für die dringliche Notwendigkeit der Verbesserung der Verkehrsverbindungen, sowohl im Individualverkehr als auch im öffentlichen Verkehr.

Im besonderen zu erwähnen sind hier vor allem die Verbesserungen an der Radelpaßbundesstraße. Dazu würde eine Entschärfung des Johngrabens beitragen durch den Ausbau einer Kriechspur, aber auch das Ausbauen von Abbiegespuren in diesem Bereich, das Umbauen von Kreuzungen zu Kreisverkehren, wie in Deutschlandsberg, Frauental oder Hollenegg, und andere Maßnahmen, vor allem Maßnahmen, die zu einer sicheren Überquerung dieser Bundes- und Landesstraßen führen für Fußgänger und für ältere Menschen. Zu diesem ganzen Ausbau im Kreuzungsbereich wäre es auch notwendig, im Bereich der Kreuzung Preding einen Kreisverkehr, ebenso in Eibiswald und in Lannach einen solchen zu errichten. Nicht vergessen zu erwähnen möchte ich auch in diesem Raum die Umfahrung Wies, die ja schon seit Jahren geplant ist, und daß die auch endlich zur Ausführung kommen kann.

Von größter Wichtigkeit für den Schwerverkehr wäre aber auch die Schaffung einer steigungsfreien Straßenverbindung durch das Laßnitztal als Anbin-

dung zur Pyhrnautobahn. Das wäre die attraktivste Verbindung aus dem Raum Deutschlandsberg zum Raum Graz und Leibnitz. Im wesentlichen müßte die bestehende Landesstraße 601 von Deutschlandsberg nach Groß St. Florian, Preding und nach Schönberg adaptiert werden. Hierbei wäre im Rahmen der anstehenden Planung der Koralmbahn insbesondere die Möglichkeit abzuklären, Bahn und neue Straße zumindest teilweise in einem Zug zu planen beziehungsweise erforderlichenfalls auch nebeneinander zu führen. Eine derartige Verbesserung der Straßenverbindungen würde für die Gemeinden entlang des Laßnitztales, besonders für Groß St. Florian, Wettmannstätten und Preding, beträchtliche Vorteile bringen.

Aber neben diesen Verbesserungen im Individualverkehr muß auch das öffentliche Verkehrsnetz verbessert werden. Die Fahrtzeiten, die man benötigt, wenn man mit einem öffentlichen Verkehrsmittel aus dem Raum Deutschlandsberg in den Großraum Graz oder in die Nachbarbezirke Leibnitz und Voitsberg fährt, sind unwahrscheinlich lang. Der Ausbau und die Verbesserung dieser öffentlichen Verkehrsmittel ist daher dringend notwendig. Es genügt nicht die Einführung eines Tarifverbundes, denn nichts anderes ist der Verkehrsverbund in der jetzigen Form, es müssen die Verbindungen zu den Nachbarbezirken verbessert werden.

Was hilft es denn schon, wenn wir eine attraktive HTL in Kaindorf haben, wenn die Schülerinnen und Schüler aus unserem Bezirk aber kein öffentliches Verkehrsmittel dorthin benützen können?

Wir alle wissen, und damit komme ich schon zum Ende, daß die SPÖ jetzt das schwierige Verkehrsressort übernommen hat. Es ist mir auch klar, daß Landesrat Ressel nicht all das in kurzer Zeit wird nachholen können, was in den letzten Jahren, gerade in unserem Bezirk, versäumt wurde.

Ich ersuche dich aber trotzdem, verehrter Herr Landesrat, dein Möglichstes zu tun, damit im Bezirk Deutschlandsberg einerseits die Bundes- und Landesstraßen ausgebaut, andererseits aber auch die öffentlichen Verkehrsverbindungen verbessert werden. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 17.41 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt zur Gruppe 6 nicht vor.

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Wir kommen zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 6 des Landesvoranschlags für 1996 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Wer dem Antrag des Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 6 des Landesvoranschlags für 1997 seine Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Wer dem Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Richtlinien für die Förderung von Maßnahmen der Abwasserbehandlung, zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Wer dem Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend die Sicherstellung der Finanzierung des Verkehrsverbundes Steiermark, seine Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Jene Damen und Herren, die dem ordnungsgemäß eingebrachten Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Wabl, Mag. Zitz, Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend Abwasserbeseitigung, zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist nicht die Mehrheit.

Wir kommen zum Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Flecker, Tasch, Schrittwieser und Posch, betreffend Ablehnung einer Parallelität einer generellen Autobahnbeamtung („Autobahnvignette“) und der in der Steiermark bestehenden Autobahnbeamtungen. Wenn Sie diesem Antrag Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Handzeichen.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Wir stimmen über den Beschlußantrag der Abgeordneten Ing. Schreiner, Dipl.-Ing. Vesko, Dipl.-Ing. Chibidziura und Wiedner, betreffend die Autobahnbeamtung, ab. Wenn Sie diesem Antrag zustimmen, geben Sie bitte ein Handzeichen. Das ist die Minderheit.

Wir stimmen nun über den Beschlußantrag der Abgeordneten Ing. Schreiner, Dipl.-Ing. Vesko, Dipl.-Ing. Chibidziura und Wiedner, betreffend obersteirischer Verkehrsverbund, ab. Wenn Sie diesem Antrag Ihre Zustimmung erteilen, geben Sie bitte ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

Wir kommen zum Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Wabl, Mag. Zitz, Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend Koralmbahn. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

Meine Damen und Herren, damit ist die Gruppe 6 erledigt. Wir machen eine Pause bis 18.15 Uhr. Ich danke Ihnen. (Unterbrechung der Sitzung von 17.46 bis 18.15 Uhr.)

Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf und kommen zur Gruppe 7 „Wirtschaftsförderung“. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Riebenbauer (18.17 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 7 „Wirtschaftsförderung“ besteht aus folgenden Abschnitten und Unterabschnitten:

Grundlagenverbesserung in der Land- und Forstwirtschaft: Land- und forstwirtschaftlicher Wegebau, Landwirtschaftlicher Wasserbau, Strukturverbesserung, Elektrifizierung und Mechanisierung, Besitzfestigung, Sonstige Maßnahmen; Sonstige Förderung der Land- und Forstwirtschaft: Land- und forstwirtschaftliche Interessenvertretungen, Bildung und Beratung, Produktionsförderung, Jagd und Fischerei; Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft; Förderung der Energiewirtschaft: Sonstige Energieträger; Förderung des Fremdenverkehrs: Einrichtungen zur Förderung des

Fremdenverkehrs, Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs; Förderung von Handel, Gewerbe und Industrie; Einrichtungen zur Förderung von Handel, Gewerbe und Industrie, Bildung und Beratung, Wirtschaftspolitische Maßnahmen.

In der Gruppe 7 ergeben sich für den Landesvoranschlag 1996 folgende Gesamtsummen: Ausgaben 1.241.840.000 Schilling, Einnahmen 99.781.000 Schilling.

Ich stelle daher den Antrag auf Annahme der Ansätze der Gruppe 7 für das Haushaltsjahr 1996.

In der Gruppe 7 ergeben sich für den Landesvoranschlag 1997 folgende Gesamtsummen: Ausgaben 1.206.889.000 Schilling, Einnahmen 99.781.000 Schilling.

Ich stelle daher den Antrag auf Annahme der Ansätze der Gruppe 7 für das Haushaltsjahr 1997.

Weiters stelle ich namens des Finanz-Ausschusses den Antrag auf Aufnahme folgender Beschlußanträge:

Beschlußantrag der Abgeordneten Gennaro, Prutsch Günther, Schützenhöfer, Purr, betreffend eine aktive Arbeitsmarktpolitik.

Beschlußantrag der Abgeordneten Gennaro, Dr. Flecker, Purr, Schützenhöfer, betreffend die Durchführung der „Bauinitiative Steiermark“.

Beschlußantrag der Abgeordneten Gennaro, Prutsch Günther, Purr, Straßberger, betreffend die Novellierung der Förderungsprogramme beziehungsweise Richtlinien gemäß Paragraph 8 Wirtschaftsförderungsgesetz.

Beschlußantrag der Abgeordneten Kaufmann, Gross, Mag. Hochegger, Straßberger, betreffend die Schaffung eines eigenen Strukturförderungsgebietes für alpine Regionen.

Beschlußantrag der Abgeordneten Kaufmann, Gross, Riebenbauer, Ing. Kinsky, betreffend die Beseitigung der Direktvermarktungshemmnisse in der Landwirtschaft.

Ich ersuche um Annahme. (18.19 Uhr.)

Präsident: Danke, Herr Berichterstatter.

Ich darf einvernehmlich vorschlagen, daß wir die Gruppe 7 dreiteilen, und zwar Landwirtschaft, Fremdenverkehr und Wirtschaftsförderung.

Wird dagegen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zum Teil 1 der Gruppe 7 „Landwirtschaft“.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Franz Riebenbauer. Ich erteile es ihm.

Abg. Riebenbauer (18.19 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kollegen!

Ich war heute nachmittag tief betroffen, denn sehr viele Menschen in der Steiermark haben Sorgen, und alle könnten eigentlich da hereinmarschieren und auf diese Art ihren Mißmut kundtun.

Ich bin aber trotzdem dankbar, daß ich als oststeirischer Bauer zum Bereich der Gruppe 7 des Landeshaushaltes Stellung nehmen kann und vielleicht auch ein paar persönliche Gedanken einbringen darf.

Wir leben und erleben seit 16 Monaten die Europäische Union mit all ihren Problemen, Risiken und auch Chancen. Und vor kurzem wurde die Schneider-Studie präsentiert, in der die Auswirkungen des ersten EU-Jahres für die Bauern aufgezeigt wurden. Und die Kommentare in den einzelnen Tageszeitungen dazu zeigen klar und deutlich, wie unterschiedlich die Situation der Bauernschaft beurteilt wird. Die Presse: „Landwirtschaft – Bauern verlieren eine Milliarde, düstere Aussichten nach einem schlechten Jahr, Österreichs Landwirtschaft bleibt auch mittelfristig in der Krise“. Die Wirtschaft: „Gutes erstes EU-Jahr für Österreichs Bauern – Einkommen stiegen 5 Prozent“. (Abg. Schinnerl: „Wem sollen wir glauben?“)

Meine geschätzten Damen und Herren, diese unterschiedliche Berichterstattung ist für mich eigentlich der sicherste Beweis für die schwierige Situation der Bauernschaft. Es wurden im Jahr 1995 in der Steiermark 1,012 Milliarden Schilling an verschiedensten Prämien, Ausgleichszahlungen und Verlustabgeltungen ausbezahlt. Und die Befürchtung von Herrn Kollegen Ing. Peinhaupt, die Mittel im Landesbudget würden nicht ausreichen, ist nicht eingetreten. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Woher weißt du das?“ – Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Wir haben ja noch keine Zahlen!“) Das werden wir schon sehen! Verunsichern und Angst machen hilft niemandem. (Abg. Schinnerl: „Zum Leben zuviel und zum Sterben zuwenig!“)

Meine Damen und Herren, es ist jeder Schilling bis jetzt ausbezahlt worden zur Beruhigung: 4,12 Milliarden Schilling wurden bis 20. März den steirischen Bauern ausbezahlt. An und für sich eine schöne Summe: 2,1 Milliarden EU-Mittel, 1,2 Milliarden Bundesmittel und 900 Millionen Schilling Landesmittel, und trotzdem gibt es eine hohe Abwanderung aus der Landwirtschaft, und trotzdem gibt es ein Einkommensminus, das uns allen, glaube ich, sehr weh tut, und insbesondere sind kleine Betriebe davon besonders betroffen.

Und trotzdem – und das ärgert mich – gibt es noch so manche blöde Witze, die die Sorgen der Bauern als lächerlich hinstellen.

Eines möchte ich an dieser Stelle klarstellen. Jeder Schilling für uns Bauern ist Arbeitsplatzsicherung, und nicht Almosen oder Geschenk des Himmels. Und die Frage, wie viele Bauern wollen wir, wird von uns allen sehr bald zu beantworten sein. Auch das Budget unseres Herrn Landesrates Erich Pörtl ist von den Einsparungen betroffen. Aber nicht nur wegen der Maastricht-Kriterien haben wir unsere Neuverschuldung zu senken, denn eine weitere Neuverschuldung würde den Handlungsspielraum für zukünftige notwendige Förderausgaben auf null senken. Sicher gestellt ist, daß alle EU-Kofinanzierungen 1996 und 1997 erfolgen können. Auch die Bund-Land-Finanzierungen sind abgedeckt. Dies ist für unsere Fraktion das Entscheidende, denn damit sind die wesentlichen Rahmenbedingungen sichergestellt. Natürlich hätten wir alle gerne mehr, aber aus der Verantwortung für unsere Zukunft und für unsere Nachkommen haben wir dieses Sparbudget zu akzeptieren.

Drei Schwerpunkte erscheinen mir in Hinkunft besonders wichtig. Die Einführung eines Sockelbetrages für kleinere Betriebe, der nach Erschwernissen und sozialen Gegebenheiten gestaffelt wird. (Abg. Ing.

Peinhaupt: „Jetzt auf einmal Sockelbetrag?“ Ja, wissen wir aber schon immer. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Ja, jetzt zwei Jahre hinten nach!“) Du weißt immer alles, du hast es auch bei der Wahl bestens gemußt, du bist der beste Werber gewesen, daß der Bauernbund gewonnen hat. Ich danke dir heute noch dafür. (Beifall bei der ÖVP.) Eine Änderung der Abgrenzungsmethode von Berggebieten und benachteiligten Gebieten, eine betriebsbezogene Feststellung der natürlichen Nachteile des einzelnen Betriebes soll als Grundlage für eine differenziertere Förderung dienen.

Meine geschätzten Damen und Herren, eine Bewirtschaftung der Gebirgsregionen ist nur dann sichergestellt, wenn Voll- und Nebenerwerbsbetriebe aufrechterhalten bleiben, denn in den Berggebieten ist eine Strukturänderung nicht möglich. Wir verlangen daher eine Gleichstellung der Nebenerwerbsbetriebe bei Förderungsmaßnahmen beziehungsweise Unterstützungen im Investitionsbereich. Der Einstiegstop ins ÖPUL-Programm macht uns allen keine Freude. Wir verlangen von der Europäischen Union, daß die Kofinanzierung des ÖPUL-Programmes zu 50 Prozent erfolgt und die Mittel aus dem EAGL-Fonds, die von anderen Ländern nicht abgeholt werden, nicht umgeschichtet, sondern jenen Ländern zur Verfügung gestellt werden, die ökosoziale Landwirtschaft ernst nehmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn die 50-Prozent-Kofinanzierung von der EU geleistet würde und wieder wird, wäre auch ein Einstieg ins ÖPUL-Programm für die österreichischen Bauern wieder möglich. Davon würden natürlich auch Natur- und Umweltschutz profitieren und das Bundes- und Landesbudget nicht zusätzlich belastet.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich hoffe, daß niemand von uns eine Agrarindustrie wünscht. Wohin die Agrarindustrie führt, zeigt uns allen die bittere Tragödie des Rinderwahns. Nur ein kurzer Bestandsvergleich. In Österreich gibt es pro Betrieb 18,7 Rinder, in England 83,3. Das zeigt eigentlich, wie gearbeitet wird. Und unsere steirischen Rinderbauern bekommen die Folgen dieser Krankheit enorm zu verspüren und können nicht verstehen, daß sie dafür büßen müssen, daß in England mit so wenig Sorgfalt und soviel abnormalem Futter gearbeitet wurde. Auch wir fordern selbstverständlich eine Entschädigung von der EU sowie eine Unterstützung aus dem Hartwährungsausgleich. (Beifall bei der ÖVP.)

Bei uns in Österreich wurde bereits 1990 geschaltet, und ich könnte diese Maßnahmen jetzt da hier alle aufzählen. Aber ich glaube und hoffe, daß Sie sie wissen. Wir können aus Überzeugung sagen, unser Rindfleisch ist gesund, und ich ersuche Sie alle als Konsumenten, Vertrauen in unser heimisches Fleisch zu haben. Jedes Kilogramm Fleisch, das Sie kaufen, sichert die Grünlandbewirtschaftung und damit auch den Tourismus. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Einheimisches Fleisch, bravo!“) Selbstverständlich.

Die Veterinärabteilung unseres Landes – dafür bin ich dankbar – und wir steirischen Bauern tun alles, damit den Konsumenten die Freude am Rindfleischgenuß nicht vergeht, sondern daß sie wieder kommt, daß es ihnen wieder mundet. Erste Voraussetzung ist eine klare Produktdeklaration und ein einheitliches öster-

reichisches Frischfleischgütesiegel. A wie Austria muß im Lebensmittelbereich die Garantie für 100 Prozent einheimische Ware sein. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Konsument als unser wichtigster Partner muß wissen, was er kauft, und er muß sich auch auskennen. Meine geschätzten Damen und Herren, ich persönlich und alle steirischen Rinderbauern sehen überhaupt nicht ein, daß die Rinderbauern die Zeche für die Konsumpleite zahlen müssen. Eine faire Partnerschaft ist Voraussetzung für das Überleben der Bauern, aber auch des Handels und der kleinen Gewerbetreibenden. (Abg. Gennaro: „Jetzt hörst du aber auf!“) Vielleicht habt ihr mich falsch verstanden, ich weiß, was ich meine. Ich bin überzeugt, daß wir mit dem Beschluß dieses Budgets für 1996 und 1997 unseren Beitrag zur möglichst hohen Absicherung und Aufrechterhaltung des Arbeitsplatzes Bauernhof in der Steiermark leisten. Nehmen wir die Sorgen unserer steirischen Bäuerinnen, die sehr viel Arbeit leisten, und unserer Bauern ernst, damit unsere Bauern Zukunft haben. Denn eine Zukunft ohne Bauern gibt es nicht. Hoffentlich kommen wir nicht zu spät darauf. Und ich bin auch froh, daß die steirischen Bäuerinnen und Bauern bei der Landwirtschaftskammerwahl 1996 erkannt haben, daß nicht Anzahl der eigenen Hektar, die der Bauernvertreter besitzt, maßgebend für das Wählervertrauen sind, sondern der Einsatz und die Leistung für die steirische Bauernschaft. Deshalb meine Gratulation dir, Herr Landesrat Pörtl, und unserem Präsidenten Wlodkowsky für die klare Zustimmung der steirischen Bäuerinnen und Bauern! (Beifall bei der ÖVP.)

Eines hat diese Wahl auch bestätigt, es ist zuwenig, regelmäßig vor einer Wahl einen kritischen Bauern auszusenden und vieles schlecht zu machen. Bei den Bauern zählt Arbeit, und nicht Zeilen am Papier. Ich bedanke mich bei allen, die geholfen haben im Vorjahr, die Anfrageflut zu bewältigen, ob Kammerangestellte oder Funktionäre, alle haben ihren Teil dazu beigetragen. 42.700 Mehrfachanträge wurden gestellt, eine enorme Leistung.

Wir brauchen Bauern mit Bildung, deshalb brauchen wir landwirtschaftliche Schulen. Wir wollen kein Zusperrn von landwirtschaftlichen Schulen, sondern eine Ausbildung für die Zukunft. Wer Bildung verhindert, fördert die Diktatur! Und das, glaube ich, wollen wir alle nicht. (Beifall bei der ÖVP.)

„Investitionen für die Bildung sind Investitionen für die Zukunft!“ Nur muß das auch für die Bauern gelten.

Und wenn die Grünen nun, geschätzter Herr Kollege Wabl, die stürmische Liebe zur Biolandwirtschaft entdeckt haben, möchte ich folgendes sagen. Hören wir auf mit der Bauernspaltung, bio und normale, brave und schlimme. Ein Zwang zur Biolandwirtschaft ist nicht einfach. Es müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Das heißt, Preis und Absatz müssen sichergestellt sein. Denn mehr arbeiten, weniger erzeugen, weniger verdienen, heißt auf Dauer tot. Denn von der Romantik kann niemand leben. Über die Landwirtschaft reden ist sehr, sehr leicht, von der Landwirtschaft leben ist schwer. Probiert's es einmal! (Beifall bei der ÖVP.)

Noch eine persönliche Sorge habe ich. Ich habe Angst vor der Vermenschlichung der Tiere und vor der Verrohung der Menschen. Sie wissen, was ich meine.

Man kann ein Schoßhündchen nicht mit Nutztieren vergleichen. Wir bekennen uns zur artgerechten Tierhaltung, meine geschätzten Damen und Herren, aber mit Maß und Ziel.

Wir wissen auch, daß es in der Direktvermarktung Chancen gibt, aber auch Hindernisse gibt, die zu beseitigen sind, und daß nicht alle direkt vermarkten können.

Ich danke Herrn Landesrat Erich Pötl für seinen Einsatz, ebenso seinen Mitarbeitern und der gesamten Rechtsabteilung 8. Und Ihnen allen danke ich, daß Sie mir zugehört haben. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. - 18.31 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kaufmann. Ich erteile es ihr.

Abg. Kaufmann (18.31 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus!

Die Landwirtschaft hat viele Handikaps und viele Nachteile. Ein Nachteil ist, daß die Landwirtschaft immer in der Gruppe 7 behandelt wird, das heißt, daß wir immer unter Zeitdruck stehen in dieser Gruppe. Ein Vorschlag wäre, einmal die Gruppen umzudrehen und vielleicht einmal bei 9 anzufangen und in die entgegengesetzte Richtung zu arbeiten, damit wir für die Landwirtschaft einmal wirklich Zeit haben, und nicht immer nur schnell und rasch unsere Anliegen drüberbringen sollen und können. (Beifall bei der SPÖ und den Grünen. - Abg. Schützenhöfer: „Das haben wir schon einmal gehabt!“) Ja, muß aber schon länger her sein, denn in den letzten fünf Jahren ist es nicht gemacht worden. Der Vorschlag kann ja nichts Schlechtes sein, Herr Klubobmann, kann man ja darüber sprechen.

Kurz zum Herrn Kollegen Riebenbauer. Er hat sicher recht, die Wahl ist eine demokratische Entscheidung. Aber ich gebe dir eines zu bedenken, mehr als 50.000 Bauern sind nicht zur Wahl gegangen, und das ist auch eine Zahl, die nachdenklich macht. Diese 50.000 Bauern wollen damit etwas ausdrücken und drücken damit auch etwas aus. Daher, glaube ich, ist der Wahlerfolg doch auch von eurer Seite ein wenig nachdenklich zu sehen, warum die nicht zur Wahl gegangen sind. Vielleicht sehen sie in der Kammer nicht diese Vertretung, die sie sich wünschen. Also, es ist eine Anregung, auch zum Nachdenken.

Ich darf vielleicht ganz kurz, auch wenn wir in Eile sind, sagen - (Abg. Tasch: „Glaubst du nicht, daß die keine Wünsche haben?“) Aber 50.000 Bauern sagen etwas aus, Kurt, man kann es sicher runtermachen, ist eine Möglichkeit. Sagt man halt, diese 50.000 sind mir Wurscht. (Abg. Tasch: „Ich will sie gar nicht runtermachen!“) Mir sind die 50.000 Bauern nicht Wurscht, und ich werde mich bemühen, daß ich auch die vertrete, die eben in der Kammer diese Vertretung nicht sehen, die sie wollen. (Abg. Tasch: „Mir sind die 50.000 nicht Wurscht, denn ich bin selbst beim Bauernbund!“)

Ein gewisses Unbehagen habe ich in der Situation - ich möchte es auch ganz kurz erklären. Unbehagen empfinde ich darüber, daß es bereits viele Faktoren gibt, die auf die Folgen unserer Entscheidungen zu großen Einfluß nehmen, ohne daß wir als politisch

Verantwortliche korrigierend eingreifen können. Als Stichwort: Erfüllung der Konvergenzkriterien für die Europäische Währungsunion. Da stellt sich für mich die Frage, warum und wieso dies bis zu einem von einer Handvoll Leuten bestimmten Zeitpunkt geschehen muß. Daß sich dieser Frage immer mehr einflußreiche Politiker auch in Europa stellen, trägt hier sicher nichts zu meinem Wohlbefinden bei. Aber egal, man soll sich nicht hinter Begriffen wie Konvergenzkriterien verstecken, sondern das Kind schlicht und einfach beim Namen nennen, wir müssen sparen - egal, ob es uns recht ist oder nicht.

Hier werden wir im Agrarbereich, wenn man sich die Zahlen sowohl des Bundes als auch des Landes ansieht, besonders gefordert sein: Ich erspare mir jetzt das Aufzählen von Zahlen, ich nehme nur zwei Zahlen her. Im Jahr 1995 haben die EU-Mittel für die Landwirtschaft noch 14,5 Milliarden Schilling betragen, im Agrarbudget 1997 werden es nur mehr 9,6 Milliarden Gelder aus der EU sein. Und der Kollege Riebenbauer hat schon erwähnt, daß es eine Schneider-Studie gibt, also einen Bericht des Herrn Prof. Schneider, wo er sagt, daß die Landwirtschaft 5 Prozent Einkommensplus hat. Man muß aber dazusagen, daß zugleich 15.000 Arbeitsplätze im Jahr 1995 in der Landwirtschaft weniger geworden sind. Das heißt, diese 5 Prozent plus sind nur auf das zurückzuführen, daß immer weniger Bauern sind. Ich glaube, das ist auch etwas, was uns nachdenklich machen sollte. Ich glaube, je weniger Geld, das zur Verfügung steht, und die Budgets zeigen uns, daß es immer weniger sein wird, umso mehr wird es darauf ankommen, wie wird dieses Geld verteilt. Die Klein- und Mittelbetriebe sind immer stärker betroffen von den Sparmaßnahmen. Und das zeigt auch eine Studie, die vom Bundesministerium für Bergbauernfragen ausgearbeitet wurde. Nur, die Studie wird streng unter Verschuß gehalten, die wird nicht veröffentlicht, im Landwirtschaftsministerium unter Verschuß gehalten, weil sie nämlich genau das aussagt, was wir schon immer aussagen, daß nämlich gerade die Klein- und Mittelbetriebe am stärksten betroffen sind von der ungerechten Verteilung der Förderungsmittel. (Beifall bei der SPÖ und den Grünen.)

Gerade Grünland- und Bergbauernbetriebe sind in diesem Förderungsprogramm extrem benachteiligt. Unsere wohlüberlegte Forderung, die wir im vorigen Jahr gestellt haben, nach Sockelbeträgen, nach einer Staffelung der Förderung, nach Einziehen einer Obergrenze ist zuerst von der ÖVP völlig abgelehnt worden. Umso mehr erstaunt es mich, daß der Herr Kollege Riebenbauer jetzt plötzlich sagt, Sockelbeträge muß man einführen. Gut, es ist ja nichts Schlechtes, wenn man gescheitert wird, es ist sicherlich kein Nachteil. Denn diese - unsere - Forderungen finden sich jetzt auch im Koalitionspapier. (Beifall bei der SPÖ.)

Das heißt, auch der Bauernbund hat eingesehen, daß es Ungerechtigkeiten gibt im Förderungssystem und daß die zu beseitigen sind.

Gerade in den benachteiligten Gebieten - ich habe es ja schon gesagt - wird die Situation der Bauern immer schwieriger. In den benachteiligten Gebieten im Grünland gibt es meistens drei Standbeine, auf denen ein landwirtschaftlicher Betrieb steht - das ist Holz, das ist Fleisch, das ist Milch! Und alle drei Stand-

beine sind, wenn ich das jetzt so locker formulieren will, eingeknickt. Beim Fleisch ist, Bezug nehmend auf den Rinderwahn, sicher der mitschuld, daß wir Absatzprobleme haben und daß der Preis total verfallen ist. Beim Holz ist es der Schneebruch, Naturkatastrophe in bestimmten Gebieten, der den Holzpreis total verfallen hat lassen. Und bei der Milch ist sicher auch ein Nachteil der Wegfall des Transportkostenzuschusses, welcher von dir, Herr Landesrat, versprochen wurde und nun doch gestrichen wird. Und hier, lieber Erich, kann ich dir den Vorwurf nicht ersparen (Abg. Purr: „Erich, paß auf!“), daß du den Bauern mehr versprochen hast als du jetzt einzuhalten in der Lage bist. Im Hinblick auf die Staffelung der Förderungen – wir sind ja deswegen geschimpft worden, und es ist als unmöglich hingestellt worden, und es hat auch eine große Bauerndemonstration in Wien gegeben –, wir haben die Staffelung der Förderungen verlangt. Es gibt da ein Papier an alle Landwirtschaftskammern, die Preko-Verbindungsstellen und an die AMA, wo der Bauernbund, das Landwirtschaftsministerium, das ist eh das gleiche, einen Vorschlag macht, wie man staffeln soll. Prämienobergrenze in Abhängigkeit der Betriebsgröße: Bis 100 Hektar Ackerfläche maximal 8500 Schilling, die nächsten 200 Hektar Ackerfläche maximal 8000 Schilling, das geht so weiter bis über 500 Hektar maximal 7000 Schilling.

Dazusagen darf ich, daß rund 80 Prozent der Betriebe unter 30 Hektar sind. Der Vorschlag ist ein Hohn, der Vorschlag ist gegenüber den Bergbauern, gegenüber den benachteiligten Gebieten, gegenüber den kleinen Betrieben ein Hohn. Das bedeutet nämlich – ich habe mir einen Betrieb mit rund 600 Hektar ausgerechnet –, daß er statt 5,1 Millionen nur mehr 4,6 Millionen Schilling Förderung bekommt. Eine solche Staffelung haben wir uns nicht vorgestellt, und eine solche Staffelung kann auch nicht in eurem Sinne sein. Wenn ich immer wieder die Beteuerungen höre, die Klein- und Mittelbetriebe sind uns wichtig, und unsere Landwirtschaft ist klein strukturiert, und auf die müssen wir schauen. Wenn weniger Geld da ist, dann muß man es anders verteilen. Es wird nie mehr mehr Geld werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Sogar Herr Klubobmann Schützenhöfer hat in der Generalrede betont, wie wichtig die Klein- und Mittelbetriebe für die Steiermark sind. Angesichts der Zahlen und angesichts dieses Vorschlages muß ich sagen: „Die Worte höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“ So kann es nicht gehen, entweder wir sind uns wirklich einig, und ich biete ja Gemeinsamkeit an. Entweder wir sind uns wirklich einig, daß man die Klein- und Mittelbetriebe erhalten will, dann muß man was tun, aber dann muß man gemeinsam etwas tun, auch in Wien draußen gemeinsam etwas tun. Es kann nicht so sein, daß man da herinnen redet „ja, wir müssen die steirischen Bauern erhalten“ und das sind halt fast nur Klein- und Mittelbetriebe, und dann gehen wir hinaus nach Wien, so wie es der Bauernbund tut, und macht Vorschläge in solchen Dimensionen. Das finde ich unehrlich. (Abg. Purr: „Das glaube ich nicht!“) Du kannst das Papier gerne haben, es ist sogar die Unterschrift drauf. (Abg. Purr: „Die Wiener sagen genau das Verkehrte!“) Also, ich weiß schon, es mag für dich viel-

leicht ein bißchen witzig sein, ein bißchen komisch sein, aber für die vielen Bauern draußen ist es nicht witzig.

Ich glaube, daß es uns als steirische Politiker ganz wichtig sein muß, daß es eine Verpflichtung für uns sein muß, daß man die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Existenz unserer Landwirtschaft einfach schaffen und gewährleisten muß. (Beifall bei der SPÖ.)

Und eine dieser Rahmenbedingungen ist ein klares Bekenntnis von diesem Haus, von allen, daß man gegen die Versuche ankämpft, daß die wirtschaftliche Grundlage unserer Bauern, nämlich die naturnahe und natürliche Produktion, durch Genmanipulation einiger Chemiekonzerne zerstört wird. Das nutzt weder der Landwirtschaft, die hat nichts davon, wenn man so etwas zuläßt, wenn man Genmanipulationen und Freisetzen dieser Pflanzen zuläßt. Das macht die Bauern nur noch mehr abhängig vom Saatgut, abhängig von den Spritzmitteln, das beides in der Hand eines Chemiekonzernes ist. Es nützt aber auch den Menschen draußen nichts. Sie werden immer sensibler, von wo kommt die Nahrung her und wo wird unsere Nahrung produziert? Und daher halte ich es für ganz wichtig, und das kann für die Bauern eine Chance sein, so hart und tragisch das mit dem Rinderwahn ist, es könnte für die Bauern eine Chance sein, nämlich in der Direktvermarktung. Die Konsumenten wollen wissen, von wo ihr Fleisch herkommt, und die wollen wissen, wie wird ihr Fleisch produziert. Und daher eine meiner Forderungen, die Gewerbeordnung in die Richtung zu lockern, daß die Bauern die Möglichkeiten haben und daß die Bauern das verkaufen dürfen, was sie produzieren. Derzeit ist es so, daß der Verkauf und die Verarbeitung eine untergeordnete Rolle gegenüber der Produktion spielen müssen, das heißt, es gibt bereits eine Judikatur darüber, daß er nur ein Viertel seiner Produktion selbst vermarkten und verkaufen darf. Und das finde ich unsinnig. Wenn der Preis stimmt, wenn die Hygienevorschriften stimmen, wenn der Konsument das will, dann soll man ihn doch bitte lassen. Jeder Bauer, der ein anständiges Einkommen hat, ist nicht von Förderungen abhängig. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)

Das wollen wir durchsetzen. Und ich ersuche Sie um Ihre Mithilfe.

Einen letzten Punkt, ich weiß, daß die Zeit immer zu kurz ist. Eine Forderung, die wir auch alle massiv vertreten sollten und müssen, ist ein eigenes Ziel-7-Gebiet. Bis zum Jahr 1999 gibt es eine Strukturprogrammänderung, das heißt, bis zum Jahr 1999 könnten wir Vorschläge einbringen, was stellen wir uns unter einer Politik für die Bergregionen vor. Ich weiß, es gibt bereits Vorschläge. Ich ersuche, daß man sich zusammensetzt und daß man das ausarbeitet. Wir haben Verbündete in der EU, das geht über den gesamten Alpenbereich, Verbündete, die eine eigene Politik für die Bergregionen wollen. Da muß jetzt nicht die Landwirtschaft abgekoppelt sein, im Gegenteil, ich würde es sogar schlecht finden. Landwirtschaft ist ein Teil der Wirtschaft, ist integriert in die Wirtschaft und sollte gemeinsam behandelt werden. Das ist wichtig, man sollte das nicht in einem Getto behandeln, sondern gemeinsam. Denn die beste Landwirtschaftspolitik ist

noch immer eine gute Regionalpolitik. Danke schön! (Allgemeiner Beifall. – 18.45 Uhr.)

Präsident: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Wabl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Wabl (18.45 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich selbst habe mich auf diese Debatte über die Landwirtschaft gefreut, vor allem deshalb, weil ich das Gefühl habe und auch in Anspruch nehmen möchte, daß ich für die Landwirtschaft im Laufe der Zeit viel an Verständnis gewonnen habe. Und ich bin überzeugt davon, daß erfreulicherweise jene Zeiten, wo man geglaubt hat, daß die Landwirtschaft ohnedies am absteigenden Ast ist und daß wir sie nur darauf reduzieren, aber wir nicht erkannt haben – und da möchte ich beim Kollegen Riebenbauer anschließen und vor allem auch bei der Kollegin Kaufmann –, die Landwirtschaft ist sicherlich ein Teil der Wirtschaft, aber sie ist ein ganz spezifischer Teil der Wirtschaft, vor allem deshalb, weil sie nicht im kapitalistischen Sinne als Arbeitsteilung angesehen werden kann. Bei der Landwirtschaft ist es eben nicht so, daß man weltweit, obwohl das manchmal versucht wird, den Warenaustausch forciert, weil das hat große Nachteile, was die Umweltbelastung anlangt, die Transportkosten, die Probleme mit der Frischhaltung, die Kühlkette. Und jetzt habe ich gerade heute im neuen „News“ gelesen, dieser große Milchkonzern steht vor dem Konkurs. Ihr habts mitverfolgt, daß in Wien die Versorgung durch eine Woche nicht geklappt hat, das ist alles eine Folge der Auflassung der örtlichen Molkereien und der Konzentration. Und vor allem ist die Molkerei, ist die Landwirtschaft ein Bereich, wo es darum geht, kleine Kreisläufe herzustellen, wo es darum geht, daß die Bevölkerung möglichst mit jenen hochwertigen Lebensmitteln versorgt wird, die in der Bevölkerung gedeihen und mit viel Mühe und Arbeit dort auch produziert werden.

Und, Kollege Riebenbauer, wenn du gesagt hast, „naja, da reden so viele mit, auch manche, die nichts davon verstehen“. Mein Bruder hat schon lange eine Landwirtschaft, und er war einer der ersten, und das möchte ich da hier sagen, der hat damals in der Gegend von Großklein gekämpft und hat den Bauern zum Teil nahegelegt, daß diese biologische Landwirtschaft zukunftsfruchtig ist. Und ich selber bin überzeugt davon, und das ist ja der Fortschritt, daß es heute niemanden mehr gibt, in keiner Partei, daß es quer durch die Parteien geht, daß die Bedeutung der Landwirtschaft für die Versorgung der Menschen mit Lebensmitteln und für die Erhaltung der Natur unbestritten ist. Das war ja nicht immer so, es hat auch Zeiten in der FPÖ gegeben, wo man eigentlich geglaubt hat, das ist ein politisches Problem, daß natürlich die Bauern eher dorthin neigen, und wir werden zuschauen, wie es weniger wird. Und man hat erkannt, daß jeder Arbeitsplatz, der dort verlorengeht, daß der ein kostbarer ist und kaum wiederbringlich ist.

Dann kommt ja ein Zweites dazu. Arbeitsplätze, die wir in der Landwirtschaft erhalten, die brauchen wir woanders nicht zu schaffen. Wir haben tausend und Abertausende Arbeitsplätze verloren, daher haben wir auch diese Probleme. Und eines sollte noch gesagt sein, und da sollte man auch die Werbung drauflegen

– ich habe das heute schon bei meinem Gesundheitsbeitrag gesagt –, wir können und dürfen nicht die Versorgung mit Lebensmitteln dem Zufall überlassen, so nach dem Motto, was billiger ist, das wird gekauft. Wir müssen einfach darauf hinweisen, und ich glaube, daß da das Verständnis ungemein gewachsen ist. Nicht nur wegen dem Rinderwahn, sondern auch wegen vieler anderer Aspekte, wie die Gentechnik, die da hier eine Rolle spielt.

Ich bin überzeugt davon – natürlich ist das oft eine Frage des Preises, ich weiß schon, ich höre das immer wieder, daß es heißt, na ja, aber es muß halt billiger sein, aber letzten Endes muß ja nicht, was billiger ist, besser sein –, daß gesamtwirtschaftlich, ökologisch gesehen ein Lebensmittel, das bei uns wächst, im Ennstal oder wo, und das möglichst vor Ort verkauft wird, immer noch das beste ist.

Und, Kollege Riebenbauer, weil du das gesagt hast, es redet wer mit. Eines möchte ich hier auch anschneiden, viele haben, nachdem der EU-Beitritt war, erklärt, na ja, wenn das so weitergeht, daß nach dem Vorbild mancher westlicher Länder unsere bäuerliche Struktur zerschlagen wird und wir quasi nur mehr größere Betriebseinheiten haben, da haben wir eine einzige Chance neben den Förderungen, aber wir können und wollen nicht auf die Dauer in der Landwirtschaft in erster Linie mit Förderungen überleben. Wichtig ist für den Bauern auch, daß er für seine Arbeit, für das, was er produziert, und vor allem die Bäuerin mit viel Einsatz, daß das auch verkauft wird. Daß man nicht nur das Gefühl hat, sicherlich ist man auch Landschaftspfleger, aber daß man gleichzeitig auch das Gefühl hat, das, was man mit seiner Hände Arbeit erarbeitet, das wird auch angenommen. Und ich glaube, daß man alles daransetzen muß, und ich selbst habe damals, weil es immer geheißsen hat – und ich habe das hier auch im Ohr –, der Kollege Schrammel, ich schätze ihn sehr, er ist heute noch Bezirksbauernkammerchef und Obmann der Sozialversicherungsanstalt, der hat auch immer zu mir gesagt, „du, Wabl, rede nicht mit bei der Landwirtschaft, du bist kein Bauer. Das sind nur wir, wir schwarzen Bauern, wir reden über die Landwirtschaft.“ (Abg. Schinnerl: „Ganz unrecht hat er nicht!“) Du kannst ruhig sagen, daß ich vielleicht von der Landwirtschaft nichts verstehe. Mit welcher Äußerung? Ich verstehe nicht alles davon, das ist ja richtig. Aber bitte, ich bin einer, der sich mit der Frage befaßt hat. Und eines muß ich dir sagen, Schinnerl, ich habe in Fürstenfeld einen Verein gegründet mit mehr als 20 Bauern der Region, der seit einem Jahr direkt vermarktet, in einem Viertel dort, wo nicht nur einkommenstarke Menschen leben, die in der Früh frische Milch kaufen. Und jetzt sage ich euch ein Beispiel, weil du sagst, ich verstehe nicht soviel davon. Ich verstehe vielleicht mehr davon als du glaubst. (Abg. Schinnerl: „Aber nicht alles!“) Alles verstehe ich Gott sei Dank noch nicht, weil das kann nur der liebe Gott, und auch der kann sich manchmal irren.

Aber jetzt sage ich dir nur ein Beispiel, und damit bin ich schon mit dem Thema fertig. In unserem Laden, einem ehemaligen Gemischtwarenladen, den wir mit viel Mühe und Arbeit – ich war nicht dabei, weil ich zwei linke Hände habe – umgebaut haben, arbeitet eine Pensionistin umsonst. Und der Milchbauer liefert um $\frac{3}{4}$ 7 in der Früh die Milch – 20 oder

30 Liter. Diese wird dann in diesem Gerät, das aus der Obersteiermark stammt, also über Italien importiert ist, wo es kühl bleibt, also wo es die richtige Temperatur zwischen 4 und 5 Grad erhält, gelagert und die Leute kaufen diese gesunde, frische Milch von dem Bauern, der zwei Minuten weg am Berg oben wohnt. Das ist ein Musterbeispiel, wie alle davon leben. Die Konsumenten leben davon, daß sie in der Früh um 7 Uhr eine frische Milch haben, der Verein lebt nicht davon, aber der Bauer lebt davon, daß er 9 Schilling für seine Milch bekommt. Das ist kein schlechter Preis, obwohl es Biomilch ist, im Gegensatz zu dem, was er heute über die Molkerei bekommen würde. Die in Fürstenfeld ist zwar aufgelassen worden, aber das war sicher ein schwerer Fehler. Also, er verdient ungefähr 4 bis 5 Schilling bei jedem Liter. Am Tag verkaufen wir dort ungefähr 30 Liter. Das sind also 120 bis 150 Schilling pro Tag, in der Woche haben wir sechs Tage offen, sind sechsmal 150 Schilling, das sind 900 Schilling in der Woche, viermal, das sind 3600 Schilling. Ich bin zwar nicht ganz gescheit, ich habe zwar ein bißchen Mathematik gelernt, aber ich glaube, die Rechnung stimmt. Also 3600 Schilling für die Arbeit des Bauern. Ich finde, das ist ein einfacher Weg, ein einfaches Musterbeispiel, wie man einem Bauern helfen kann, wie man den Menschen helfen kann und wie man diese Nahversorgung, diese kleinen Kreisläufe in der Landwirtschaft praktizieren kann. Ich weiß schon, daß das nicht überall gehen wird. Aber mir ist lieber, die Leute kaufen bei uns die Milch von diesen Biobauern, als sie gehen woanders hin und trinken dann in Zukunft nur mehr Haltbarmilch. Das ist das eine.

Ein Zweites, was ich glaube, auch wenn ich nicht so viel davon verstehe, aber eine Anmerkung noch oder eine Anregung, gesellschaftliche Arbeit und der Wert gesellschaftlicher Arbeit hängen auch davon ab, was die Gesellschaft dafür zahlt oder was jemand bekommt. (Abg. Schleich: „Martin, du hast schon eine halbe Stunde!“) Ich bin schon fertig. Solange die bäuerliche Absicherung in der Pension so reduziert ist und es immer nur heißt, na ja, weil die Bauern später angefangen haben und angeblich weniger einzahlen, solange wird der Bauernstand auch in dieser Hinsicht problematisch werden. Ich glaube, daß auch für die Anerkennung des Bauernstandes es notwendig ist, daß man diese Vereinheitlichung des Pensionensystems einführt, weil ich nicht einsehe, daß Bäuerinnen und Bauern, die wirklich viel geleistet haben, dann in der Pension mit ein paar 1000 Schilling dahingefretten müssen, dazu kommt auch noch die Frage des Auszuges und so weiter. Also das sind alles Belastungen.

Ich bin also überzeugt, wenn wir die Arbeit der Bauern ernst nehmen und vor allem der Bäuerinnen, dann müssen wir auch dafür sorgen, daß eine entsprechende Altersabsicherung durch die Gesellschaft garantiert wird, weil das nur die entsprechende Anerkennung darstellt.

Und ein Letztes, ich danke dem Landesrat Dörflinger und der Landesregierung, daß sie diesen Beschluß gefaßt haben wegen der Freisetzung dieses Gemais in Hartmannsdorf. Es gibt dort eine Anhörung.

Ich glaube, daß wir insgesamt am richtigen Weg sind. Vor allem freut mich, daß die Frage der Landwirtschaft heute ein Thema ist, das außer Streit steht, und jeder weiß, daß ohne eine gesunde, florierende

Landwirtschaft eine Gesellschaft überhaupt nicht möglich ist. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 18.57 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dirnberger. Er hat das Wort.

Abg. Dirnberger (18.57 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrter Herr Landesrat, sehr verehrte Damen und Herren!

Nachdem ich ein Neuling bin und heute hier das erste Mal stehe, darf ich auch ganz offiziell von dieser Stelle aus ein Grüß Gott sagen. Gestatten Sie mir, ein paar Bemerkungen zu meinem Eindruck der letzten Tage zu machen. So kann ich bemerken, daß die letzten zwei Tage größtenteils sehr sachlich geführt wurden. Aber ich war ein bißchen schockiert, aber auch überrascht über die Gesprächsbasis am ersten Tag. Ich möchte hier wirklich fragen, ob das der Gesprächskultur dieses sogenannten Hohen Hauses entspricht und ob nicht wir auch hier einen Kulturbeitrag leisten könnten, indem wir uns hier etwas anpassen – einen Kulturbeitrag, weil heute die Gruppe „Kultur“ debattiert wurde, der dem Land nichts kosten würde. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Ich möchte zum Kapitel „Landwirtschaft“ Stellung nehmen, und ich möchte gleich vorweg die Frage stellen, Herr Dr. Wabl, glauben Sie allen Ernstes, bei aller Wertschätzung des Ab-Hof-Verkaufes, bei aller Wichtigkeit, daß Sie Großstädte wie Graz und Wien mit dem Ab-Hof-Verkauf mit Nahrungsmitteln versorgen könnten? Diese Frage möchte ich stellen. Und ich glaube, neben der Wichtigkeit des Ab-Hof-Verkaufes dürfen wir wohl nicht alle anderen „normal“ produzierenden Bauern vergessen. (Abg. Dr. Wabl: „Sind Lebensmittel aus der Region. Ein Teil davon ist ein Ab-Hof-Verkauf!“) Ist mir schon klar.

Ich möchte speziell zur Milchwirtschaft Stellung nehmen, da ich selbst aus der Milchwirtschaft komme. Ich darf darauf verweisen, daß wir in der Milchwirtschaft derzeit doch noch 14.000 Betriebe haben, das heißt, 14.000 bäuerliche Familien, die mehr oder minder von der Milchwirtschaft leben. Ich möchte auch ganz kurz die derzeitige Situation schildern.

1992 wurde das Marktordnungsgesetz novelliert und neu beschlossen mit folgenden gravierenden Veränderungen, daß ab 1994 die Einzugs- und Versorgungsgebietsregelungen aufgehoben wurden. Eine Regelung, die nach dem Krieg eingeführt wurde und klar regelte, wohin ein Bauer seine Milch liefern und welcher Verarbeitungsbetrieb dieses Gebiet versorgen mußte zu bestimmten Bedingungen und Voraussetzungen und natürlich mit klaren Preisvorgaben von der amtlichen Preiskommission. Dieser Beschluß von 1992 hatte weitreichende Folgen.

Es wurde notwendig, daß Strukturmaßnahmen in den Verarbeitungsbetrieben eingeleitet wurden. Die Landwirtschaft selbst blieb weiterhin geregelt in der Form, daß man weiterhin Richtmengenregelungen eingeführt ließ und diese jetzt noch nach wie vor gültig sind. Diese Strukturmaßnahmen in den Verarbeitungsbetrieben hatten zur Folge, daß – wie Sie schon erwähnt haben – mehrere Molkereibetriebe geschlossen werden mußten, weil man einfach rationeller

und billiger produzieren mußte, weil die Betriebe in Konkurrenz zueinander standen. Und natürlich um Marktanteile am freien Markt zu erreichen, muß man billiger produzieren. Das heißt größere Maschinen, Arbeitsplatzverlust, wir kennen das alles.

1995 kam der EU-Beitritt, das heißt der freie Markt und die Betriebe waren weiterhin gefordert. Inzwischen sind viele Betriebsschließungen in der Steiermark abgeschlossen, man hat den Markt glücklicherweise halten können. Es sind nur 10 Prozent Marktverlust eingetreten, aber mit dem Preis, daß der Bauernmilchpreis gesenkt wurde. Man wußte das zwar beim EU-Beitritt, man führte eine degressive Übergangsbeihilfe ein, aber heute haben wir einen Milchpreis zum Vergleich zum Jahr 1993, der heute weit über einen Schilling geringer ist, 1993 bekamen die Bauern 6,20 Schilling für einen Liter Milch und heute unter 5 Schilling.

Wenn man jetzt auch noch die degressive Beihilfe abzieht, die ja in ein paar Jahren weg ist, dann sind wir bei 4,20/4,30 Schilling, also fast auf dem Preis, wie er in Deutschland oder in anderen EU-Staaten bezahlt wird.

Ich darf hier auch darauf verweisen, daß wir auch gravierend höhere Kosten bei der Anfuhr, und nicht nur das Strukturproblem der Größe bei den Bauern haben, da unsere Bauern durch diese schon über jahrelang eingeführte Marktordnung, nach der sie nicht ihre Mengen steigern konnten, wie sie wollten, sehr eingeschränkt sind. Und wir reden ja alle von einer flächendeckenden Landwirtschaft. Hier in der Steiermark sind sie wesentlich höher als zum Beispiel in Oberösterreich oder in Deutschland oder gar in den Niederlanden.

Und so wurde sinnvollerweise voriges Jahr eine degressive Transportkostenpauschale des Landes in der Höhe von 20 Groschen eingeführt. Und es wurde heute schon angeschnitten, daß diese 13 Groschen fürs heurige Jahr noch ausstehen. So darf ich von dieser Stelle aus ganz offiziell alle anderen Landesräte, aber auch Sie, meine verehrten Damen und Herren, ersuchen, daß Sie unseren Landesrat Pörtl dabei unterstützen, daß diese 13 Groschen Transportkostenpauschale auch den Milchbauern in diesem Jahr ausbezahlt werden können. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Über die Bedeutung der Landwirtschaft für unsere Kulturlandschaft, für den Tourismus, glaube ich, brauche ich nicht allzu viel erwähnen, die ist, glaube ich, allseits bekannt, gerade speziell die Rinderwirtschaft, sei es die Milchwirtschaft, sei es die Mutterkuhhaltung. Aber ich möchte doch noch kurz aufzeigen das Problem Arbeitsplatz Bauernhof. Wenn heute noch rund 45.000 Personen beschäftigt sind, sind das zirka 8 Prozent der Beschäftigten in der Steiermark. Und wenn man die vorgelagerten Betriebe und auch die Verarbeitungs- und Bearbeitungsbetriebe dazuzählt, dann sind das runde 70.000 Beschäftigte, dann ist das auch ein Wirtschaftsfaktor. Und jeder verlorengegangene Arbeitsplatz in der Landwirtschaft drängt natürlich auf den Arbeitsmarkt, der ja nicht allzu rosig aussieht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie wissen es auch, daß die Bauern, die nicht mehr weiterkönnen und auf den Arbeitsmarkt drängen, auch Arbeit finden, weil sie einfach gezwungen sind, Arbeit anzunehmen, weil es keine soziale Absiche-

rung gibt und weil sie auch das Arbeiten gewohnt sind. Und es gibt durchaus sinnvolle Vorschläge auch von der Kammer für Land- und Forstwirtschaft, und ich darf hier ein paar allgemeine Vorschläge zur Beschäftigungspolitik vorlesen, die auch den Arbeitsplatz und auch den Bauern als Arbeitgeber durchaus fördern würden.

Erstens: neue industrielle Arbeitsplätze in den ländlichen Regionen, das heißt das Einbinden der in den Nebenerwerb weichenden Bäuerinnen und Bauern in den Arbeitsmarkt.

Zweitens: Verringerung der Lohnnebenkosten, geringere Besteuerung der Arbeitskraft, die ist, glaube ich, selbstverständlich, da decken wir uns sicher mit der Forderung der Wirtschaft. Wenn jemand letzten Sonntag die Diskussion im Fernsehen gesehen hat „Zur Sache“ und man den Ausführungen eines freihheitlichen Mandatars, eines Abgeordneten Prinzhorn, Glauben schenken darf, der dort erwähnt hat, daß in der Schweiz 60 Prozent mehr Lohn ausbezahlt wird, aber 70 Prozent weniger Lohnnebenkosten sind, dann muß uns das natürlich zu denken geben.

Drittens: Umstellung in der Energiepolitik, Wärmedämmung, erneuerbare Energie.

Viertens: Vereinfachung der Gewerbeordnung, damit der Zugang der Landwirtschaft zur Umstellung in den Gewerbebereich vereinfacht wird. Hier darf ich eines anführen – es ist der Herr Landesrat Schmid heute nicht hier –, aber aus einer persönlichen Erfahrung. Es ist zwar lobenswert, daß laut Raumordnungsgesetz, Paragraph 25, es möglich ist, wenn ein Betrieb oder ein Landwirt seinen Betrieb aufgibt, daß er in den gewerblichen Bereich einsteigen kann, er kann seine sämtlichen Gebäude nutzen. Allerdings unter der Voraussetzung auch wieder einer bürokratischen Hürde, daß ein Gutachten erstellt wird, und die Landwirtschaft muß aufrechterhalten bleiben. Das bedeutet schon einmal die Schwierigkeit, wenn sich einer voll um den Gewerbebetrieb kümmert, hat er meistens keine Zeit mehr für die Landwirtschaft. Und ich habe da ein konkretes Problem insofern, wenn der Betrieb sehr gut funktioniert und sich erweitern möchte, dann ist das nicht möglich, weil er laut diesem Paragraphen keine Zubauten tätigen darf. Ich glaube, auch hier wäre Handlungsbedarf.

Ich möchte aber auch die Bedeutung der Landwirtschaft für den ländlichen Raum ansprechen. Und nachdem wir als Redner in der Zeit und Anzahl beschränkt wurden, damit die Debatten nicht unendlich lang dauern und ich gestern eigentlich zur Dorferneuerung und Ortserneuerung gesprochen hätte, möchte ich hier ein paar Überlegungen einbringen. So, glaube ich, steht die Bedeutung der Landwirtschaft für den ländlichen Raum und gerade für die Landgemeinden wohl außer Diskussion, und ein weiteres Abwandern der Bauern würde natürlich auch zur Folge haben, daß so manche Gemeinden zu den Schwierigkeiten, die es ohnedies schon gibt, noch wesentliche zusätzliche Schwierigkeiten bekommt. Wenn ich nur daran denke, wie schwer es heute schon ist, daß man die Schule oder den Kindergarten voll bekommt und auch die Kosten abdecken kann. Daß das kein steirisches Problem alleine ist, sondern ein EU-weites, glaube ich, ist allen bekannt. Das beweist, daß es Zielgruppengebiete gibt, und die Steiermark ist in zwei Gruppen,

in 5 b-Gebiete (ländlicher Raum) und Ziel-2-Gebiete (sterbende Industriezonen), eingeteilt. Und wenn man jetzt diese Förderprogramme im 5 b-Gebiet ansieht, dann sind diese durchaus sinnvoll aufgebaut und wird die ländliche Infrastruktur, das ländliche Wegenetz, die Flurentwicklung, die Landwirtschaft, der landwirtschaftliche Wasserbau, Bewässerungsanlagen, dezentrale Abwasserentsorgung, Revitalisierung regionaler typischer Bausubstanz, Investitionsmaßnahmen in Begleitung des Kulturlandschaftsprogrammes, Dorfentwicklung, Qualitätsprodukte, Urlaub am Bauernhof, Direktvermarktung, Nutzung des regionalen Energie- und Rohstoffpotentials, gemeinschaftliche Waldwirtschaftsmaßnahmen und die Qualifizierung gefördert und auch durchaus zu einen sinnvollen Fördersatz.

Ich möchte aber auch hier ein Problem aufzeigen. Was entsteht durch diese starre Grenzeinteilung? Da ich selbst aus dem Bezirk Voitsberg komme und dies Ziel-2-Gebiet ist, haben unsere ländlichen Räume und unsere ländlichen Gebiete nicht die Chance, an diesem Förderungsprogramm teilzunehmen. Und so darf ich hier von dieser Stelle aus auch ersuchen, daß von Landesseite hier ein Ausgleich geschaffen wird, sonst würden gewisse Gebiete wirklich stark benachteiligt sein.

Ich darf hier auch ein Thema anschneiden, was zwar nicht unmittelbar zur Debatte Landwirtschaft paßt, aber mir ein Herzensanliegen ist, das ist die Verkehrserschließung des Raumes Voitsberg. Es gibt schon jahrelang die Diskussion über den Ausbau der B 70. Wir wissen alle, daß dementsprechend ausgebaute Straßen auch die Lebensadern einer Region sind. Die Situation ist derzeit so, daß wir von der Autobahn A 2 bis zum Ende Gaisfeld noch keinen Straßenausbau bei der B 70 besitzen, in etwa auf einem Stück von fünf Kilometern.

Dieses Stück wurde planerisch geteilt und wäre jetzt soweit, daß im Bereich Krottendorf-Gaisfeld die Umweltverträglichkeitsprüfung eingeleitet werden könnte. Die UVP müßte vom Bundesministerium freigegeben werden, die ja jetzt gesetzlich vorgeschrieben ist, und in weiterer Folge auch die Paragraph-4-Trassenverordnung. Nachdem aber hier noch keine Freigabe erfolgt ist, und wir wissen alle, daß die UVP 18 Monate dauert und in weiterer Folge die Paragraph-4-Trassenverordnung, die zwar parallel läuft, aber auch die Grundstücksverhandlungen und so weiter doch einige Zeit dauern, so glaube ich und darf ersuchen, vor allem den Herrn Landesrat Ressel, der jetzt der zuständige Verkehrsreferent ist, daß er alles daransetzt, daß diese Freigabe erfolgt. Es ist, und ich glaube, da bin ich realistisch in der Einschätzung, frühestens mit einem Bau in drei Jahren zu rechnen. Gerade diese Maßnahme würde auch wieder Arbeitsplätze in unserer Region sichern und, damit ich zum ländlichen Raum wieder zurückkomme, auch den ländlichen Raum vor einer Entsiedelung bewahren. Gerade im 5 b-Programm gibt es ja Prioritäten, das heißt, da werden Gebiete gefördert, die von einer starken Entsiedelung bedroht sind, aber auch Gebiete, wo ein starker Zuzug ist. Und dieser Zuzug bedeutet für manche Gemeinden durchaus auch Schwierigkeiten.

Es ist von der Opposition mehrmals angeklungen, warum wir Neue eigentlich gewisse Steuermaßnah-

men mittragen. Natürlich wäre es mir auch lieber, keine Steuern, keine Kürzungen, keine Belastungen der Gemeinden zu beschließen, keine Frage. Aber heute hat es der Kollege Löcker schon angeschnitten, nach Zeiten, wo nur ausgeteilt wurde, folgen Zeiten, wo man Sparmaßnahmen einläuten und einführen muß. Und wir Neuen sind natürlich in einer Zeit hereingekommen, wo wir das mittragen müssen. Ich weiß, daß es nicht leicht den Bauern zu erklären ist, wenn der Bauer für seinen eigenen Brunnen oder für seine eigene Quelle auch 2,50 Schilling pro Quadratmeter bezahlen muß, wo er eh alle anderen Nachteile in den Randgebieten auch noch hat. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man das Gesamte sieht und wenn man die Budgetsituation kennt, und Sie kennen sie alle, sind einfach Korrekturen notwendig, um nicht in wenigen Jahren völlig handlungsunfähig zu werden und dann nämlich gerade den sozial Schwächsten noch mehr wegnehmen zu müssen. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Dafür haben wir die Sozialisten!“) Dadurch, glaube ich, ist das Ressortsparmodell für die Jahre 96 und 97 eine durchaus sinnvolle Entscheidung.

Ein kurzes Wort, glaube ich, muß man zur gemeinsamen Agrarpolitik der EU sagen. Wenn auch heute mehrmals angeklungen ist, daß wir eigentlich nur die steirischen Probleme behandeln, so dürfen wir doch nicht diese gemeinsame Agrarpolitik aus den Augen verlieren. Die Reform 1992 hat eine wesentliche Änderung gebracht. Man ist von der Preisstützung zu Erzeugerbeihilfen gewechselt. Diese Förderungen sind heute hier schon angeklungen. Es ist natürlich ein Problem, daß die kleinen Strukturen nicht dementsprechende Förderungen erhalten. Und so ist es wirklich sinnvoll, einen Sockelbetrag einzuführen, und ich glaube, daß man auch diese Forderung des Ministers Molterer vollstens unterstützen kann.

Ich danke auch dem Landesrat Pörtl, daß er es doch geschafft hat, die Mittel für die EU-Ausgleichszahlungen sicherzustellen.

Und wenn da die große Gruppe der Nichtwähler bei den Landwirtschaftskammerwahlen angesprochen wurde, dann ist das natürlich ein Grund nachzudenken. Aber ich glaube, in unserer kleinstrukturierten Landwirtschaft, wo manche wirklich nur einen Hektar oder eineinhalb Hektar haben, die haben einfach keinen Bezug mehr zur Landwirtschaftskammer. Dadurch finde ich das nicht so dramatisch. Und wenn ich sehe, das soll kein Trost sein, daß der amerikanische Präsident von unter 40 Prozent der Amerikaner gewählt wird, dann ist das noch lange kein Grund, daß wir hier verzweifeln.

Ein ganz ein kurzes Wort noch, gestatten Sie mir das, nachdem ich das erste Mal hier spreche. Ich bin jederzeit bereit, über eine artgerechte Tierhaltung und über die Gentechnik zu diskutieren. Ich glaube auch, daß das eine große Problematik darstellt. Aber diese Diskussion kann nicht nur in der Steiermark geführt werden, die muß österreichweit geführt werden, die muß europaweit, ja weltweit geführt werden, weil wir sonst unweigerlich in Konkurrenzschwierigkeiten kommen.

Und wenn wir BSE anklingen haben lassen, dann, glaube ich, brauchen wir Partner. Es wurde schon angesprochen, der Handel wäre ein Partner. Es ist nur

traurig, daß der Handel vielfach auf Kosten der Bauern Gewinne schreibt und auch gewisse Fehlentscheidungen oder vielleicht Entscheidungen, die sich jetzt nicht so bewahrheiten, auf Kosten der Bauern finanziert.

Ein ganz wichtiger Partner meiner Meinung nach wären – und da hinten sitzen die Vertreter – die Medien. Die Medien, die könnten einer bäuerlichen Landwirtschaft wirklich unter die Arme greifen, indem sie nicht nur Negativberichte sehr groß plakativ schreiben, sondern auch die positive Seite der Landwirtschaft hervorheben, und das immer wieder. Es ist natürlich sehr wichtig, wenn man Inserate in die Zeitungen hineingibt, aber die Titelseite ist umso wichtiger und die Positivmeldung. Das wäre eine Bitte an die Medien, unterstützen Sie die bäuerliche Landwirtschaft, damit wir eine möglichst flächendeckende Landwirtschaft erhalten können. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 19.17 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: So, nachdem der Herr Abgeordnete Dirnberger seine Erstlingsrede sehr ordentlich über die Rampe gebracht hat, kommt der Herr Abgeordnete Ing. Kinsky.

Abg. Ing. Kinsky (19.17 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich bin mir voll bewußt, die Zeit ist fortgeschritten. Ich werde mich wirklich ganz kurz halten, aber ich möchte Sie doch auf eine Problematik aufmerksam machen, und zwar auf den Bereich der Forstwirtschaft. Ich hatte hier die Ehre, seit ich dem Hohen Haus angehöre, bei jedem Budgetlandtag ein paar Worte über die Forstwirtschaft zu sprechen. Ich glaube, wir sollten es ernst nehmen, die Frau Dr. Eva Karisch hat das heute in ihrer Rede zur Umweltproblematik, zum Naturschutz erwähnt, daß 60 Prozent unseres Landes aus Wald bestehen, wenn wir feststellen müssen, und das ist ein Faktum und ist nicht übertrieben, daß der Holzmarkt in der Steiermark zusammengebrochen ist. Ich muß Ihnen sagen, daß es erstmalig so ist, und ich bin seit 30 Jahren in diesem Land in der Interessenvertretung der Forstwirtschaft tätig, daß es nicht nur mehr ein Absinken der Preise ist, sondern daß es Regionen in unserem Land gibt, wo das Holz nicht mehr verkauft werden kann. Gleichzeitig haben wir in der Region der Ost-, Süd- und Weststeiermark eine Naturkatastrophe im Winter erlebt. Wir haben rund 700.000 Festmeter Holz am Boden liegen gehabt und noch zum Teil liegen. Ich bedanke mich hier beim Herrn Landesrat, daß er sich massiv eingesetzt hat, daß wir das Bundesheer zur Aufarbeitung dieser Katastrophenhölzer bekommen. Ich glaube, es ist hier auch ein Dank an das Heer angebracht, an unsere Soldaten, die bereit sind, in dieser waldwirtschaftlichen Naturkatastrophe der Ost-, West- und Südsteiermark zu helfen. (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren, wenn nämlich dieses Holz nicht innerhalb der nächsten 14 Tage, drei Wochen aus dem Wald entfernt und aufgearbeitet ist, dann haben wir die nächste Naturkatastrophe, indem wir uns ausrechnen können, daß wir in diesen Regionen einen massivsten Käferbefall haben werden. In dieser brenzligen Situation danke ich auch der Steiermärkischen Landesregierung und dem Herrn Landesrat, daß trotz der mir bewußten angespannten Finanz-

lage des Budgets die Ansätze für die Forstwirtschaft gleich geblieben sind.

Ich möchte noch zwei Dinge sagen.

Ich glaube, in einer solchen Situation, wo wir von seiten der Forstwirtschaft keine zusätzlichen finanziellen Forderungen an das Budget stellen, erwarten wir uns von allen Gruppierungen dieses Landes, keine Belastungen für die Forstwirtschaft neu zu kreieren. Was meine ich damit? Ich habe vollstes Verständnis für die Sorge der Freunde, die die Natur schützen wollen. Ich habe kein Verständnis, und die Forstwirtschaft hat nicht das geringste Verständnis, wenn heute Länder, die jahrzehntelangen Raubbau an ihrem Wald betrieben haben, zu Werbezwecken ÖKO-Zertifikate erfinden und einige Gruppierungen in unserem Land sich draufsetzen und jetzt behaupten, wir brauchen in unserem Wald und für unser Holz auch ein ÖKO-Zertifikat. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Meine Damen und Herren, wir haben in Österreich das mit Abstand strengste Forstgesetz der Welt. Wenn heute Finnland und Schweden die ersten europäischen Länder sind, die glauben, das ÖKO-Zertifikat einführen zu müssen, dann sage ich Ihnen, daß diese Länder eine Genehmigungspflicht haben bei einer Rodungsfläche von 20 Hektar. Wir haben eine Genehmigungspflicht bei einem halben Hektar, und ab 2 Hektar ist eine Rodung verboten. Ich sage Ihnen, Generationen in der Steiermark und in Österreich haben bewiesen, daß wir eine der bestgeführten Forstwirtschaften der Welt haben. Bei uns ist jeder Baum automatisch nach diesen Kriterien zertifiziert. Wir brauchen keine eigenen Pickerl. (Beifall bei der FPÖ.)

Und, meine Damen und Herren, ich sage noch etwas, was ich so alles höre von manchen Naturschutzgruppen. Wir sollen nicht vergessen, die größten Naturschützer und auch die kostengünstigsten sind die Bauern, denn das, was heute in unserer Landschaft zu sehen ist, und das ist anerkanntermaßen ein wunderschönes Land, auch von vielen, vielen Ausländern als solches gesehen, ist der Verdienst unserer Bauern. Wenn die das nicht täten, wäre unsere Landschaft lange nicht so schön. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Und letztlich lade ich Sie alle ein, in dieser tristen und schwierigen Situation durch gedankliche Solidarität zu helfen, daß wir aus dieser Krise herauskommen, und ich lade Sie ein, am 3. Mai begehen wir im Rahmen der Grazer Messe am Vormittag den 5. Steirischen Holzbautag, wo wir versuchen werden, in Vorträgen auch im Zusammenhang mit unserer steirischen novellierten Bauordnung vielen Zuhörern das Bauen mit Holz wieder schmackhaft zu machen. In diesem Sinne alles Gute! (Allgemeiner Beifall. – 19.24 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich mitteilen, daß der Abgeordnete Alfred Prutsch auf sein Wort verzichtet hat. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.) Nunmehr ist Herr Prof. Brünner am Wort.

Abg. Dr. Brünner (19.24 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich kann meine Wertschätzung für die Landwirtschaft nicht durch fundierte landwirtschaftspolitische Ausführungen zum Ausdruck bringen, wie meine Vordröner. Ich möchte nur als Bürger dieses Landes festhalten, daß ich sehr froh bin, hier in der Steiermark zu leben, wo es noch eine kleinräumige Landwirtschaft gibt, die mich mit Lebensmitteln versorgt, von denen ich weiß, was in diesen Lebensmitteln drinnen ist. Und wenn ich durch das Burgenland fahre, weil ich dort Freunde habe, und mir die durch Prämie stillgelegten Weingärten anschauere, wie diese verwildern, dann wird auch einem Städter klar, was die Land- und Forstwirtschaft für die Landschaftskultur in unserem Land leistet.

Dort, wo ich mich ein bißchen auskenne, ist das Gebiet und das Feld der Gentechnik, weil ich mich zwei Jahre mit diesem Thema beschäftigt habe, wenn ich auch nach wie vor ein Dilettant auf diesem Gebiet geblieben bin. Über die Gentechnik ist in diesen Wochen gerade in der Steiermark intensiv geschrieben worden, weil wir einen Versuch vor der Tür haben, nämlich die Freisetzung von gentechnisch manipuliertem Mais. Die Situation auf dem Gebiet ist die, daß gerade die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen nach wie vor ein intensives Risiko darstellt, und zwar deswegen, weil die Wissenschaft wenig bis gar keine Informationen darüber hat, wie viele Hunderttausende Mikroorganismen es im Boden gibt, und man daher nicht im Labor etwaige Reaktionen zwischen einem freigesetzten gentechnischen Organismus auf der einen Seite und diesen „natürlichen Mikroorganismen“ im Boden auf der anderen Seite produzieren kann und die ganze Geschichte daher eine Art Blindflug ist, wenn gentechnisch veränderte Organismen freigesetzt werden.

Ein besonderes Problem dieser Freisetzung ist, wenn bei Tieren und Pflanzen gentechnisch manipuliert wird.

Es gibt bereits Informationen in Amerika, die lauten ungefähr wie folgt: Vor acht Jahren ist dort eine Baumwollpflanze gentechnisch manipuliert worden, und zwar mit Hilfe eines Virus, um sie gegen gewisse Pflanzenschutzmittel resistent zu machen. Und nach acht Jahren hat sich herausgestellt, daß durch Gentransfer ein neuer Virustyp entstanden ist von dem man nicht weiß, ob er nicht gefährlicher ist, als die bis jetzt bekannten Virustypen. Oder ein anderes Beispiel ist die Turbokuh, die mit einem Hormonpräparat namens Posilac, dieses wird in Lizenz in Österreich hergestellt, erzeugt wird. Gott sei Dank ist dieses Medikament und damit auch die Turbokuh noch in der Europäischen Union verboten. Ich habe mir den Beipackzettel dieses Hormonpräparates aus Amerika kommen lassen. Wenn man sich diesen Beipackzettel durchliest, dann kommt einem das kalte Gruseln, was Kühe unter Umständen alles erleiden können, wenn sie mit diesem Hormonpräparat Posilac behandelt werden, ganz zu schweigen von der Frage, ob wir die Turbokuh, die um ein Viertel mehr Milch erzeugt als die herkömmliche, natürliche Kuh, überhaupt brauchen können, in einer Zeit, wo Milch ohnehin überproduziert wird.

Ich weiß, daß die Landesregierung bereits eine Stellungnahme abgegeben hat zu dem geplanten Freisetzungsversuch in Pöllau aus naturwissenschaftlicher

und juristischer Sicht, aber als Parlamentarier möchte ich auch, daß hier im Parlament, im Landtag, eine Möglichkeit geschaffen wird, für die Technikfolgenabschätzung, für die Abschätzung neuer Technologien im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die Gesundheit, auf die Umwelt, auf die Landwirtschaft, auf die Wirtschaft, auf die soziale Situation und so weiter. (Beifall bei den Grünen.) Wir haben eine solche Möglichkeit hier im Landtag nicht, es gibt keinen Ausschuß für Technikfolgenabschätzung. Das wäre ein Ausschuß, der ein bißchen abgehoben von tagespolitischen Anlässen diskutiert und sich einfach systematisch mit den Auswirkungen neuer Technologien auf diese verschiedenen Lebensbereiche Gesundheit, Umwelt, Landwirtschaft et cetera beschäftigt. Und ich glaube, daß es einfach im Rahmen unserer Möglichkeiten als Landtag liegen würde, eine solche Enquetekommission, die sich mit der Technikfolgenabschätzung generell beschäftigt, einzusetzen, und das wäre für mich ein bißchen effektiver als die vielen Anträge, die alle fünf Fraktionen im Landtag eingebracht haben dahin gehend, daß das in Wien zu verhandelnde Gentechnikgesetz verändert wird. Diese Anträge sind okay, es ist wichtig, daß wir in Wien vorstellig werden, aber die Gentechnik ist von der gesetzlichen Seite her leider oder Gott sei Dank, man weiß es nicht, nicht Landessache, sondern Bundessache. Und dennoch haben gentechnische Manipulationen auch Auswirkungen auf das Land, und die Geschichte in Pöllau mit dem Genmais zeigt das sehr deutlich.

Ich möchte daher namens des Liberalen Forums und der Grünen einen Beschlufantrag stellen: „Der Landtag wolle beschließen: Es wird gemäß Paragraph 15 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages eine Enquetekommission eingesetzt, die die Folgen der Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen in der Steiermark analysieren und bewerten soll und die dem Landtag beziehungsweise der Landesregierung Maßnahmen empfehlen soll, damit insbesondere gesundheits-, umwelt- und landwirtschaftspolitische Zielsetzungen im Zusammenhang mit der Freisetzung nicht beeinträchtigt werden. Die Enquetekommission soll sich aus Vertretern aller Landtagsparteien zusammensetzen und ihre Arbeit mit einem Bericht an den Steiermärkischen Landtag abschließen, wobei alle Meinungen wiederzugeben sind. Jede im Landtag vertretene Partei soll das Recht haben, Teilnehmer zu benennen. Die Beratungen der Enquetekommission sollen auch Medienvertretern zugänglich sein. Über die Verhandlungen sollen stenographische Protokolle verfaßt und gedruckt herausgegeben werden.“

Ich würde mich freuen, wenn auch die übrigen Landtagsklubs, die Anträge betreffend der Gentechnik gestellt haben, unserem Antrag folgen könnten, so daß wir in absehbarer Zeit eine solche Enquetekommission zur Bewertung und Beurteilung der Auswirkungen gentechnisch veränderter Tiere und Pflanzen in der Steiermark haben könnten. (Beifall beim LIF, der ÖVP, FPÖ und den Grünen. – 19.31 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Huber. Er hat das Wort.

Abg. Huber (19.31 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich weiß, die Zeit ist knapp, aber nachdem ich die Kriterien, die der Herr Kollege Riebenbauer vorgegeben hat, erfülle und von der Landwirtschaft im Praktischen auch etwas verstehe, will ich trotzdem ein paar Worte dazu sagen. (Beifall bei der SPÖ und den Grünen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, als großen Erfolg zu werten für die Landwirtschaft in der kleinstrukturierten Steiermark – das möchte ich einmal betonen – ist, daß jetzt auch die ÖVP sagt, wir brauchen einen Sockelbetrag für die kleinen Betriebe. In dieser Beziehung war vor den Wahlen noch nicht zu diskutieren. Danke schön, daß ihr da einsteigt. Vielleicht bekommen wir das gemeinsam drüber. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Die Einkommenseinbrüche in der Landwirtschaft in den letzten Jahren, der letzte Grund jetzt BSE und so weiter, sind zur Genüge diskutiert worden. Jetzt geht es wirklich darum, daß man in gewissen Dingen neue Rahmenbedingungen schafft. Mit den Ausgleichszahlungen allein kommen vielleicht. Großbetriebe zurecht, dort kann man den Ausgleich mit dem Geld abdecken, nicht aber bei den Kleinbauern, bei Voll-erwerbsbauern, die teilweise nicht einmal 30.000 Schilling an Ausgleichszahlungen bekommen haben. Ich glaube, dort wird das Überleben noch schwieriger. Der Verdrängungswettbewerb in der Landwirtschaft wird nicht weniger werden, sondern noch mehr. Von der Arbeitsplatzsicherung oder von den Arbeitslosen her, zurzeit, so müssen wir sagen, wissen wir, daß eine Höhe erreicht ist, die gebremst gehört, daß zumindest keine Steigerung mehr stattfindet. Und da ist es auch wert, daß man unsere Landwirtschaft, die komplette Landschaft erhält und den Bauern, den Kleinbauern, auch den Nebenerwerbsbauern das Überleben sichert. Und wenn nur eine Arbeitskraft am Betrieb das Überleben hat, ist es wert, daß wir uns für diese Gesellschaft einsetzen. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ.)

Zur Kritik an unserem Landesrat Pörtl wegen der 13 Groschen. Man muß natürlich dazusagen, daß durch die Einsparungen für ihn es auch äußerst schwierig sein wird. Nur, vielleicht läßt es sich doch machen, wenn er dort oder da noch etwas umschichten kann. Es ist problematisch, es ist sicher nicht einfach für die Regierer, 10 Prozent einzusparen, und trotzdem trifft es alle hart. (Abg. Gennaro: „Pörtl machts möglich!“) Ja, wir hoffen, daß vielleicht irgend etwas geht.

Zum Abschluß noch, weil die Wahlen angesprochen wurden, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es ist eine Zumutung, daß als einziges bei der Landwirtschaftskammerwahl Wähleranlageblätter ausgefüllt werden müssen, abgegeben werden müssen zu einem gewissen Zeitpunkt, damit man dann überhaupt wahlberechtigt ist. Ich glaube, das ist eine Zumutung, die wir ausräumen müssen. Und das muß uns bis zum nächsten Mal gelingen. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ. – 19.35 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Als vorläufig letzter vor dem Herrn Landesrat der Herr Abgeordnete Peinhaupt.

Abg. Ing. Peinhaupt (19.35 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn mein Vorredner gerade den Landwirtschaftskammerwahlkampf angesprochen hat, so steht es mir als schwächste Partei auch zu, als letzter zu reden. Ich glaube, da sind wir uns doch einig.

Ich darf vorerst mit einem herzlichen Danke an den Landesrat beginnen für diese saftige und steirische Jause. (Allgemeiner Beifall.)

Ich bitte, es nicht als normale Jause zu sehen, denn hinter diesen Produkten steht steirischer Boden, steht steirische Bäuerlichkeit, steht die Identifikation unseres Landes. (Abg. Gennaro: „Habe noch nie so gut gejausnet!“)

Meine verehrten Damen und Herren, bevor wir die Gruppe 7 diskutiert haben, ist uns vom Vertreter der Landwirtschaftskammer eine sehr interessante Broschüre in die Hand gedrückt worden mit den besten Grüßen des Umweltministers – ist auch ein Steirer, der Herr Bartenstein –, mit dem Auftrag, der Ökologie mehr Wertigkeit zuzumessen. Mit denselben freundlichen Grüßen, wie uns der Herr Bartenstein daran erinnert, darf ich von dieser Stelle aus über den Semmering nach Wien einem Steirer die Botschaft mitgeben, wir sind bereit, selbstverständlich, aber er sollte bei sich arbeiten und bei seinen drei Dienstwägen, zumindest auf zwei verzichten. Ich würde sagen, er soll nur mehr mit dem Stromwagen fahren. (Beifall bei der FPÖ.) Denn Sie wissen ja, daß er auch den zweiten Dienstwagen übernommen hat, wo im 97er Budget noch die 129.000 Schilling Betriebskosten drinnen sind, Benzinkosten. Also Gleiches mit Gleichem vergelten.

Es wird mir wirklich schwer ums Herz, wenn ich so mancher Wortmeldung hier sehr aufmerksam zugehört habe. Da gehen zum Beispiel Mitglieder des Hauses hier ans Rednerpult heraus, erklären mit einem Maß an Selbstverachtung, ich bin Vertreter des Eigentumsrechtes. Und wie es dann im Ausschuß zum Abstimmen war über die Jagdabgabe – und ich erinnere noch einmal an den Paragraphen 1 des Jagdgesetzes, daß die Jagd mit Grund und Boden untrennbar verbunden ist –, da haben die besagten Herren, die dann glauben, die Legitimation zu haben, in der Öffentlichkeit zu sagen, ich habe eh nicht mitgestimmt, dem Herrn Lopatka hinter dem Kachelofen Gesellschaft geleistet. Also, wenn Sie die Verantwortung als Bauernvertreter wahrnehmen, dann stimmen Sie mit einem Ja oder Nein, aber entziehen Sie sich nicht Ihrer Verantwortung. (Beifall bei der FPÖ.)

Die Kollegin Zitz, ich sehe sie jetzt leider nicht, ich sage jetzt absichtlich leider, aber ich erinnere sie an ein sehr bedeutsames Wort, das die Kollegin hier in diesem Haus gesagt hat, nämlich, wem gehört denn das Geld in diesem Bettelhut? Woraufhin sie gesagt hat, das ist auch ein Eingriff ins Eigentumsrecht. Im Gegenzug ist die Kollegin Zitz hergegangen und hat gesagt: „Ja, liebe Freunde, wir können ohne weiters diese Wasserabgabe verdoppeln. Das spielt überhaupt keine Rolle.“ Ich möchte nur die Kollegin und auch die Kollegen der ÖVP daran erinnern, daß es ein Wasserbuch gibt. Das Wasserbuch kommt dem Grundbuch gleich, in dem das Wasserrecht als Eigentum eingetragen wird, und deshalb wieder ein Verstoß des Eigentumsrechtes in diesem Bereich vorliegt.

Apropos Eigentumsrechte und Besteuerung der Lebensgrundlage. Ich habe in den heutigen Medien einen sehr interessanten Artikel gelesen, meine Damen und Herren, und ich möchte diesen Artikel als Anlaß dazu nehmen, daß ich Sie an Ihre Verantwortung erinnere. Da steht nämlich in bezug auf die Wasserabgabe: „Einig sei man sich, daß die schon vorhandenen und noch kommenden Ausnahmeregelungen Ansatzpunkte für die juristische Bekämpfung sein werden. Wenn Wien mit seiner Klage Erfolg habe, falle die Abgabe auch für die Steiermark.“ Zitat Ende.

Aus diesem Grund, und jetzt stehen Sie zu Ihrem Wort, erlaube ich mir den Beschlußantrag der Freiheitlichen Fraktion einzubringen.

„Auf Grund der am 23. April 1996 beschlossenen Wasserabgabe gibt es heftige Reaktionen insbesondere der von dieser Abgabe betroffenen Bevölkerung. Seitens des größten Abgabeverpflichteten Wien erfolgten vehemente Proteste, die in der Ankündigung gipfeln, daß sämtliche rechtlich zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um diese Steuer zu Fall zu bringen. Laut jüngsten Pressemeldungen wird von den beiden großen steirischen Regierungsparteien in Aussicht gestellt, daß im Falle eines Klagerfolgs durch Wien die Abgabe auch für die Steiermark fallen werde.“

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sicherzustellen, daß im Falle einer höchstinstanzlichen Rechtsentscheidung, die feststellt, daß Wien die Wasserabgabe nicht entrichten muß, auch die steirische Bevölkerung von dieser Abgabepflicht zu befreien ist. Weiters ist in einem solchen Falle seitens der Landesregierung sicherzustellen, daß bereits entrichtete Abgaben den Betroffenen refundiert werden.“ (Beifall bei der FPÖ.)

Ich glaube, das sind Sie, vor allem die Vertreter der ÖVP, sich selbst schuldig.

Aber der Landesrat Pörtl selbst hat ja nichts gegen die Wassersteuer, denn Sie wissen alle, diese Einnahmen werden ja zur Finanzierung des ÖPUL-Programmes verwendet, sofern sichergestellt ist, daß die Bauern, die ja die ÖPUL-Förderungen bekommen, um schonend mit der Umwelt umzugehen, daß sich die Bauern eigentlich einen Teil der Förderung für ihre umweltgerechte Bewirtschaftung selbst bezahlen. Es sei denn, man weist ihnen nach, daß sie ihren eigenen Kühen das Wasser wegtrinken. Die letzteren sind nämlich befreit von dieser Wasserabgabe.

Das ÖPUL-Programm hat es überhaupt in sich und der ÖVP angetan. Und jetzt werde ich dir, lieber Kollege Riebenbauer, einmal erklären, warum eure Aussagen so gewichtig sind. (Abg. Riebenbauer: „Ich erkläre dir auch was!“) Herr Wlodkowski hat im Zusammenhang mit deiner Aussage, „wir wissen nicht, wie wir mit den Einkommen liegen“, klipp und klar in Murau gesagt „bitte nicht weitersagen, wieviel Geld wir bekommen“. Ich sage dir nur eines, der Sieg des Bauernbundes bei der Kammerwahl ist die Niederlage der Bauern. Zuerst habt ihr sie nämlich verraten, und jetzt habt ihr sie verkauft, weil ihr sie hinten und vorne nicht mehr finanzieren könnt. Und wie geht ihr vor? Wie immer, ein Maß an Doppelbödigkeit, indem ihr Sachverhalte überzieht, den Bauern Angst einjagt, ich

nehme jetzt nur das ÖPUL-Programm her, wo ihr gesagt habt „Einstiegssperre, ihr müßt das alle unterschreiben, es gibt nichts mehr, es gibt von der EU keine Entscheidung dazu“. Außerdem hat ein hoher Beamter der Landwirtschaftskammer gesagt, wenn das die Bauern nicht unterschreiben, dann fallen sie aus der Förderung heraus. Ein Ministerbeamter hat das widerrufen. Das nur zur Kenntnisnahme. Ich verweise auf einen Zeitungsartikel, lieber Freund. Aber mit einer Angstmacherei einen Sachverhalt zu überziehen, um sich dann als Retter hinstellen zu können, das ist Doppelbödigkeit des höchsten Maßes. Ich erinnere dich an die 600 Millionen im fünfundneunziger Jahr, ÖPUL-Programm, wo ihr es gewesen seid, die den freiheitlichen Antrag unterstützt habt. Und eine Bauerndemonstration habt ihr in Wien machen müssen, weil zwei von euch gefehlt haben. Deshalb! Ihr müßt gegen euch selbst protestieren. (Abg. Riebenbauer: „Aber deine Leute auch!“)

Aber siehst du, Kollege Riebenbauer, genauso leichtfertig geht ihr nämlich auch mit dem Budget – und daß wenigstens überhaupt wer etwas zu dem Budget sagt – um.

Was ist mit dem Transportkostenzuschuß? Viel versprochen, hoch gelobt, es steht in der Regierungsvereinbarung, es gibt keine Nachbedeckungen. Wo ist der Transportkostenzuschuß? Was ist mit der Hagelversicherung? Ihr habt den Bauern gesagt, 50 Prozent. 17,7 Millionen habt ihr im Budget, 48 Millionen Schilling brauchen wir dazu. (Landesrat Pörtl: „Du hast übersehen, daß er 27 Millionen schon bezahlt hat!“)

Ja, das weiß ich, aus der Reserve, aus dem Provisorium vom Vorjahr heraus. Aber nächstes Jahr schaut es nicht mehr so schön aus. Was ist denn zum Beispiel bei den Personalerfordernissen der Landwirtschaftskammer? Da gehe ich her und schaue mir den Voranschlag der Landeslandwirtschaftskammer, sehe Personalerfordernisse und Zuwendungen des Landes 176 Millionen Schilling im VA 1996, dann schaue ich in das Budget hinein und sehe 163 Millionen, schaue ich 1997 hinein sehe ich 159 Millionen. Ich sage Ihnen eines, wenn das eine versteckte Erhöhung der Kammerumlage ist, so ist das eine bodenlose Frechheit, sich wieder auf Kosten der Bauern in diesem Fall zu bereichern. (Beifall bei der FPÖ.)

Schauen Sie, Sie nehmen es mit der Wahrheit ja überhaupt nicht ernst, indem Sie dann Ihre eigenen Agitationen zu rechtfertigen versuchen. Ich denke jetzt wiederum an das Beispiel Schweiz. „Schauts in die Schweiz, wie schlecht es den Schweizern geht, schauen wir uns das Einkommen in der Schweiz an, schauen wir uns den Produktpreis in der Schweiz an, schauen wir uns die Exportkontingente an, und dann wissen wir, wo wir sind und wo die Schweizer sind.“ Im Vergleich dazu: Familieneinkommen in Österreich 136.000 Schilling, in der Schweiz haben wir bitte 320.000 Schilling! (Abg. Gennaro: „Die haben ja die lila Kühe, das ist eine andere Rasse!“)

Dann muß ich eines sagen, weil der Herr Landesrat Pörtl liegt mir nämlich gerade so schön im Ohr. Alles bestens vorbereitet, alles paletti. Schauen wir uns doch einmal die Entwicklung an, Finnland und Österreich. In Österreich haben wir einen Rückgang der Produktpreise von 23,7 Prozent gehabt von 1994 auf 1995, in Finnland 25,1 Prozent, in Österreich haben wir eine

Steigerung der Betriebsmittelpreise gehabt von plus 1,4 Prozent, in Finnland minus 21,8 Prozent. Hausaufgabe! Wir haben immer appelliert! (Beifall bei der FPÖ.)

Aber ich will eure Zeit nicht mehr über Gebühr beanspruchen. Ich darf nur noch eines sagen, und das liegt mir am Herzen und euch auch. Und vor allem, glaube ich, den Damen und Herren der Sozialdemokratischen Partei, weil jetzt geht es in den sozialen Bereich der Bauernschaft. Es ist versprochen worden, versprochen – gebrochen, diesmal nicht an die rote Seite, sondern an die schwarze Seite. (Abg. Purr: „Natürlich!“) Ihr seid hergegangen und habt gesagt, es wird keine Erhöhung der sozialen Belastungen geben. In dem Augenblick habt ihr die Pensionsbeitragssteigerung von 12,5 auf 13,5 Prozent beschlossen, nicht nur für dieses Jahr, auch für das nächste Jahr. Ich erinnere dazu, daß ihr im Vorjahr nämlich bereits 258 Millionen Schilling lukriert habt, indem ihr einfach den Einheitswert heruntergesetzt habt. Jetzt sage ich dir auch warum. Weil wir in der Steiermark nämlich nur mehr ein bißchen über 16.000 zahlende Krankenkassen- und Pensionsversicherungszahler haben, aber 28.000 Pensionisten, und dieses System in sich kriecht, wenn nicht irgend etwas geschieht. Ihr schaut auch schweigend zu, meine sehr verehrten Damen und Herren der ÖVP und Bauernvertretung, daß man hergeht, Verankerungen macht, wonach auch die bäuerliche Nachbarschaftshilfe nicht mehr ausgenommen ist, daß bei Werkverträgen beim Überschreiben von 5400 Schilling bereits eine Pensions- und Krankenversicherungspflicht besteht. Das ist meines Erachtens nach sozial nicht gerechtfertigt. (Abg. Purr: „Das tun wir aber nicht da beschließen!“) Aber etwas ganz wichtiges kann ich Ihnen auch auf die Reise mitgeben, Herr Purr. Wir zahlen doch alle Krankenversicherungsbeiträge, die sehr hoch sind, und manche sogar in einem Bereich, der nicht mehr tragbar ist, zahlen 20 Prozent Selbstbehalt. (Abg. Purr: „Das ist nicht neu!“) Jetzt hat der Kollege Bacher bereits angesprochen, daß die ärztlichen Leistungen mit Punkten berechnet werden und jeder Punkt einem Geldwert entspricht.

Ich werde Ihnen jetzt nur den Vergleich vorlesen, wie die Bauern selbst die besseren Arzthonorare finanzieren müssen. Die Bergbauversicherung zahlt zum Beispiel für eine Endoskopie des Magens 720 Schilling, und wissen Sie, wieviel die Bauern zahlen? 2.369,01 Schilling! Ist das ein Vergleich? Das ist bitte das Dreifache! Und die Bauern zahlen mit diesem Selbstbehalt die Besserstellung der Ärzte und die vertragliche Absicherung der Sozialversicherungsanstalt. Also, ich glaube, daß in diesem Bereich Handlungsbedarf angesagt ist, Herr Landesrat, wo man wesentliche Bereiche einsparen kann, wo man den Bauern auch indirekt helfen kann.

Aber ich sage Ihnen jetzt auch zu Ihren Vorstellungen, wir sind uns einig, daß das bestehende System den Anforderungen nicht Rechnung trägt. Und ich bin damit schon beim Ende. Die ÖVP weiß nicht, wo es hingehit, hüpfert immer ein bißchen hinten nach, die SPÖ irrt ein bißchen orientierungslos vor der Turbokuh herum. Aber ich muß Ihnen eines sagen, bereits im Jahr 1987 wurde von den Freiheitlichen der Antrag mittels Sockelbetrag vorgeschlagen und niederge-

stimmt. Heute kommen auch Sie darauf, nur ist dieses Sockelbetragsmodell höchstwahrscheinlich nicht in diesem Maße, wie es effizient sein kann, EU-konform. Ich schlage Ihnen vor, setzen wir uns zusammen an einem Tisch, schauen wir, daß wir unsere Landwirtschaft dementsprechend absichern können. Denn ein Förderungsmodell kann es nur geben, indem der Umwelt Genüge getan wird mit einem Umweltzertifikat „gesunder Boden, gesunde Lebensgrundlage, gesunde Luft, gesundes Wasser“ und die tatsächliche Bezahlung der bäuerlichen Leistung. Anders wird auf Grund der Vorgaben der Europäischen Union ein Sicherstellen der Landwirtschaft nicht mehr gewährleistet sein. (Beifall bei der FPÖ.)

Abschließend, meine Damen und Herren, und Frau Karisch, da darf ich auf Sie zurückkommen, in Ihrer damaligen Generaldebatte, es hat mir sehr gut gefallen, wie Sie gesagt haben: „Die Landwirtschaft ist der Träger der Autarkie, ist verantwortlich für die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit unserer Nation.“ Da unterstütze ich Sie. Denken Sie, die Freiheitlichen haben im Paragraphen 2 des Steirischen Landwirtschaftsförderungsgesetzes Absatz 7 hineinreklamiert, daß eben weitgehend importunabhängig die Versorgung der Bevölkerung mit einheimischen Produkten sichergestellt werden muß. Genau auf diesem sollten wir aufbauen, sollten wir unser Konzept aufbauen. Und daher – und das hat der Riebenbauer heute angeschnitten – die Frage an die Gesellschaft, wie viele Bauern wollen wir uns leisten? Und wir müssen das unsere dazutun, ein Förderungsmittel zu finden, wonach nicht der Bauer verdient, wieviel er hat, sondern wieviel er tatsächlich tut.

Sie haben auch angeschnitten, daß nicht alles von der Europäischen Union gut ist, zum Beispiel der Rinderwahn. Ich hoffe, daß uns die Europäische Union nicht den EU-Wahn übermittelt, der nämlich gleichsam wirkt, er zersetzt den Lebensner unserer Volkskultur, er zerstört das Zentrum unserer Kultur – das ist die bäuerliche Landschaft. Ich will nicht, daß das vernichtet wird. Helfen wir zusammen. Und, lieber Freund Purr, ich sage dir nur eines, es sind nicht ausschließlich die Zahlen im Budget, die daran schuld sind, daß wir nicht zustimmen, sondern es ist die Politik, die dahintersteht, denn die ist ausweglos. Dankel (Beifall bei der FPÖ. – 19.52 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Es ist in der Zwischenzeit – das war eine nicht angemeldete Wortmeldung. Es liegt allerdings in der Zwischenzeit eine weitere Wortmeldung vor, und zwar von der Frau Abgeordneten Zitz.

Abg. Mag. Zitz (19.54 Uhr): Diese Wortmeldung möchte ich ganz speziell den Kollegen und Kolleginnen der Freiheitlichen Partei in diesem Haus widmen. Und zwar Bezug nehmend auf das, was mein Vordredner bezüglich „Eigentumsrecht an Wasser“ gesagt hat.

Sie wissen ganz genau, vor zwei Wochen war dieser Zuschauerraum da hinten voll mit Leuten aus dem Naturschutzbereich und vom Österreichischen Naturschutzbund. Und da fällt mir jetzt eine kleine Widerspruchlichkeit innerhalb der Argumentationslinie von

der Klubobfrau Magda Bleckmann und dem Herrn Landwirtschaftssprecher Peinhaupt auf.

Die Frau Bleckmann hat sich damals sehr gefreut und hat den Organisationen dazu gratuliert, daß sie hier präsent sind. Ich zitiere den ersten Satz aus dem Flugblatt, das die Organisationen vorgelegt haben. „Naturverbrauchsabgaben sind der Preis für das Konsumieren von allgemeinem Eigentum.“

Und die Freiheitlichen – so ist mir zu Ohren gekommen – haben vorher gerade gesagt, die Wasserabgabe verstößt gegen das Eigentumsrecht.

Man sieht, die F geht großartig mit bestehenden Landesgesetzen ins Gericht, wenn da hinten Leute sitzen, vor denen sie punkten kann, sie fällt aber in dem Moment von ihren Positionierungen ab, in dem diese Leute weg sind. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Geh Dirndl!“ – Abg. Gennaro: „Hübsches, muß man dazu sagen!“) Würden Sie bitte das „Dirndl“ zu Protokoll nehmen. Danke schön!

Die F praktiziert eine zweite Form eines Bündnisses in der Steiermark, das mir ziemlich neu war: Wir sehen hier eine überregionale Kooperation, weil die Freiheitlichen in der Steiermark offenbar die Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen in Wien bei ihrem Kampf um erfolgreiche Wahlen im Herbst unterstützen. Und ein Schwerpunkt, ein äußerst populistischer, von der SPÖ im Herbst in Wien ist, daß sie gegen die Wassersteuer wettern. Daß sie dabei auf die Freiheitlichen in der Steiermark als Helfer und Helferinnen angewiesen sind, das überrascht mich. Aber, Herren und Damen von den Freiheitlichen, Sie haben Ihre Position zu den Naturentnahmeabgaben jetzt für mich sehr, sehr klar deklariert, und zwar um einiges klarer als vor zwei Tagen, als Sie teilweise bei unseren Anträgen mitgegangen sind. Danke für diese Aufklärung. (19.54 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr hat der Herr Landesrat Pörtl das Schlußwort zu diesem Teil der Gruppe 7.

Landesrat Pörtl (19.54 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es wäre natürlich ein gewaltiger Fundus, die Einflüsse auf die Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark bis ins Detail auszuleuchten. Nur, was ich heute bei dieser Budgetdebatte persönlich erlebt habe, hat eine gewisse Ähnlichkeit mit der Umstellung der Landwirtschaft in Österreich von der Marktordnungsagrarpolitik mit ihren Exportchancen auf die Ausgleichszahlungspolitik in bezug auf EU- und GATT-Entwicklung. Ich hätte mir nie im Leben gedacht, daß auch bei dieser Debatte gewisse Dinge durchschlagen. Ich habe da so nebenbei gehört, die Anrede „lieber Erich“ von der Abgeordneten Monika Kaufmann sei gewissermaßen eine gefährliche Drohung, wenn man das so sagen darf. (Abg. Schützenhöfer: „Quasi ein Vorwurf!“ – Abg. Purr: „Das geht ein!“) Im positiven Sinne sind wir uns, vor allem in weiten Bereichen in der Zielsetzung zur Erhaltung der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft in der Steiermark, über alle Parteien im Grunde einig, aber im Grunde sind nur die Wege und die

Strategien wesentlich, wie wir das Ziel erreichen unter permanent geänderten Rahmenbedingungen.

Und wenn der Kollege Peinhaupt direkt anspricht, daß das Eigentum auf Grund der geplanten Abgaben in Gefahr ist, dann möchte ich gleich direkt den Zusammenhang herstellen. Ich persönlich bin mit dem Finanzreferenten bereits im vergangenen Jahr mit der Bedeckung der EU-Kofinanzierung gemäß EU-VO 2080 punkto Forstförderung in einem Gesamtrahmen von 20 Millionen Schilling konfrontiert gewesen, wo der Landesanteil 6 Millionen Schilling zusätzlich ausmacht. Und wir haben die Frage, diese Abgabe für jene Betriebe, die eine Eigenjagd besitzen, die 30 Jahre im Raum gestanden ist, erörtert, und es muß im Rahmen der allgemeinen Abgabenbelastung auf Grund der Gesamtbudgetentwicklung auch diese Frage mit in die Diskussion eingebracht werden. In der derzeitigen Situation ist es speziell für die Forstbetriebe schmerzlich, wie es der Abgeordnete Kinsky dargelegt hat. Aber trotz alledem möchte ich behaupten, daß wir sehr vehement, gerade unter den Rahmenbedingungen der Ostöffnung, der GATT-Entwicklung und der gesamteuropäischen Entwicklung, eine massive Anstrengung unternommen haben, im vergangenen Jahr und auch für die Zukunft, in dem jetzigen und in dem kommenden Budget, die Wahrung des Eigentums, die klein-, mittelbäuerliche betriebliche Struktur vor allem mit konkreten Maßnahmen zu unterstützen.

Ich weise darauf hin – weil kritisch angemerkt worden ist, die Frage des Sockelbetrages sei etwas Neues –, daß wir bereits bei den EU-Verhandlungen ganz konkret mit der Bergbauernförderung mit einem Sockelbetrag in die Verhandlungen geschritten sind und haben die Wahrungsklausel erwirkt. Wir wollen in der neuen Diskussion diesen Sockelbetrag in der Europäischen Union mit einer neuen Offensive positionieren. Wir waren vor kurzem in Südtirol – Franzosen, Italiener, vor allem die Bayern und Österreicher und auch die Schweizer sind bereits dabei –, wo wir nach der arktischen Landwirtschaft nach 6a eine 6b-Variante, eine Berglandwirtschaftskulisse, zu entwickeln haben, damit wir solche zusätzliche Abgeltungsmöglichkeiten für jene Gebiete haben, die natürlich benachteiligt sind. Wir sind vor allem in der Frage der Wettbewerbsgerechtigkeit selbstverständlich politisch gefordert, über alle Grenzen hinweg, diese Modelle und Systeme zu nützen. Das ist die konkrete Frage der Förderung der Nebenerwerbslandwirtschaft, weil 70 Prozent allgemein und auch in den Berggebieten Nebenerwerbslandwirtschaft betreiben.

Wir haben auch die Frage der Mehrwertsteuerabgeltung, eine nationale Frage, weiter in der politischen Auseinandersetzung zu positionieren, ebenso den ECU-Währungsverlust, wofür wir um einen Währungsausgleich über einen Rinderzuschuß von 900 Schilling pro Rind zu verhandeln haben, als eine Gegenmaßnahme.

Vielleicht ein paar Worte zur Frage des Milchzuschusses. Wir haben im vergangenen Jahr in einer enormen Kraftanstrengung versucht, diesen Milchzuschuß im Landtag zu beschließen. Ich will da nichts anzünden, aber genau diejenigen, die das ganz massiv weiterhin fordern, haben damals ganz massiv authentisch erklärt, sie wissen bereits von Brüssel, daß der

Zuschuß gar nicht geht, wegen dem EU-Recht. Kapitel ist abgehakt. Und ich glaube daher, daß damals diese Ansetzung degressiv – (Abg. Kaufmann: „Hat auch gestimmt!“) Ja, der Streit nützt uns überhaupt nichts. Wir haben das klugerweise geschafft. Wir hätten jetzt nicht das Problem der Genehmigung, sondern wir haben das Problem der Budgetkonsolidierung. Und in einem Gespräch mit dem Herrn Finanzlandesrat Ressel ist es auch eine Frage der Budgetentwicklung im Laufe des Jahres, ob nicht doch eine Möglichkeit besteht, in der dramatischen Situation der Rinderwirtschaft, ganz speziell bei jenen Betrieben, die mit relativ mittleren Flächeneinheiten und intensiver Bewirtschaftung im Rinderbereich die größten Einkommensverluste haben, zu helfen. Da hinten sitzt eine Gruppe von Bauern, die mit einem Berechnungsmodell pro Betrieb nachweislich darlegen können, welche indirekten Auswirkungen diese Lireabwertung und eigentlich auch der Rinderwahnsinn haben. Das heißt, wir werden nach meiner Überzeugung auch weiterhin im Landtag mit dieser Frage konfrontiert sein.

Der Abgeordnete Riebenbauer hat sehr klar die Position der Entwicklung dargestellt. Wir wissen, daß im Jahr 1995 – das ist wissenschaftlich belegt – das landwirtschaftliche Einkommen in bezug auf Rohertrag um 25 Prozent und die Erzeugerpreise um durchschnittlich 22 Prozent geringer wurden.

Wir haben also versucht, über die Direktzahlungen Ausgleichsmöglichkeiten zu finden. Nur, daß dieses ÖPUL-Programm – das größte Umweltprogramm seit Bestehen der Republik Österreich – eine derartige Attraktivität genießt, hat niemand erwartet. Durch die Deckelung vom Bund her und in der Steiermark im Rahmen der Budgetansätze zur EU-Kofinanzierung haben wir Gott sei Dank eine Finanzierungsgrundlage. Derzeit ist die Republik Österreich in Verhandlung mit der Europäischen Union. Wir wollen eine zusätzliche Finanzierungsmöglichkeit erreichen, damit vor allem die ÖPUL-Finanzierung auch in der Zukunft gesichert bleibt.

Wir haben also in diesem Hause immer wieder sehr leidenschaftliche Diskussionen gehabt, wenn es um die gesamte Entwicklung Tierschutz, Tiergesundheit mit all den Einrichtungen ging. Wir haben als konkrete Maßnahme gerade im Bereich der Rinderwirtschaft einen Tiergesundheitsdienst in der Steiermark und wir haben eine Markenentwicklung. Ich möchte da nicht als Händler auftreten, aber ich will zum Schluß im Landtag die Abgeordneten um ihre Unterstützung bitten. Wir haben vor, eine Rindfleischaktion in der Steiermark zu kreieren, wo wir in 3-, 4- und 5-Kilo-Paketen mit dem Fleischfachhandel in dieser dramatischen Situation Rindfleisch den Haushalten zustellen und sich der Fleischfachhandel verpflichtet hat, den Bauern über 37 Schilling zu bezahlen und mit vertretbaren Preisen die Konsumenten direkt kontaktiert werden. Damit wir vor allem ein symbolisches Werk setzen, wie wir die natürliche Urproduktion mit dem Wunsch der Konsumenten unmittelbar verbinden.

Wenn ich vor allem denke, daß der Kollege Wabl sehr überzeugend – und ich glaube ihm das alles, was er sagt, weil er auch so handelt, und ich möchte das doppelt unterstreichen – gesagt hat, diese Chancen sind nicht gering zu schätzen. Wir haben in der Steier-

mark 10.000 Bauern, die direkt zum Konsumenten gehen. Fast alle 5b- und Leaderprogramme haben diese direkte Beziehung über Tourismus zum Konsumenten und vor allem zu den klein- und mittelständischen Gewerbebetrieben, wo ja auch ein Überlebenskampf stattfindet. Das wissen vor allem die Vertreter der Wirtschaft und jene, die die regionale Versorgung im Grunde sichern wollen.

Es hat eine gewisse Kritik gegeben, weil der Abgeordnete Riebenbauer gesagt hat, die Konsumpleite hat einen indirekten Zusammenhang. Durch den Erwerb dieser Betriebe sind selbstverständlich finanzielle Nöte bei unseren Vertragspartnern aufgetreten, und das war sicherlich nicht förderlich für die Einkaufssituation, auch was die Preissenkung bei den Produkten im Regal betrifft. Ich bedanke mich herzlich, daß du mich da so gut unterstützt. Der Kollege Vollmann ist normal ein Landhausbienezüchter, er hat also immer die Bienen behandelt in der Agrardebatte. Das ist Gott sei Dank längst erledigt. (Abg. Vollmann: „Macht nichts, aber ich züchte was!“)

Ich werde also versuchen abzuschließen, daß wir vor allem in dieser Phase in bezug auf bäuerliche Landwirtschaft, in bezug auf Sensibilität des Konsumenten im Grunde in einer gewaltigen wirtschaftlichen Druckphase, aber in einer unheimlichen Chance leben. Ich persönlich bin überzeugt, daß nicht nur das Empfinden für gesunde Lebensmittel für die Ernährung und mit denen auch dieser landeskulturelle Teil unmittelbar verbunden ist, sondern daß vor allem die Frage Arbeitsplatz eine ganz entscheidende Rolle spielt. Wir verlieren derzeit 1700 Menschen jährlich als Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft, und bei der einkommensmäßigen Entwicklung schätzen die Kollegen in der Arbeitsmarktverwaltung und vor allem im Rahmen der Landwirtschaftskammer mit einem jährlichen Verlust an Arbeitskräften in Richtung 3000 Arbeitsplätze! Das ist in Wahrheit der Auftrag, daß wir über unsere Kontraprogramme alle Wege beschreiten über Preise, über Markenprodukte, über die Chance des Nebenwerbes in der Vitalisierung der ländlichen Lebensräume, über die Entwicklung des Tourismus. Und ich bin persönlich überzeugt, daß wir vor allem finanzielle Mittel für die Land- und Forstwirtschaft in umfassender Form aus umweltpolitischen Gründen und auch aus Gründen einer visionären Zukunftsentwicklung lukrieren müssen, wenn wir denken, daß die Ressourcenfrage im Bereich der Energie und Rohstoffe, vor allem in bezug auf Verträglichkeit, generell eine ganz entscheidende Rolle in der Gesamtentwicklung in Europa und international bedeutet.

Ich möchte mich also sehr, sehr herzlich bedanken für diesen Beitrag, aber vor allem auch für den Beitrag, daß das Wissen junger Menschen um die Landwirtschaft und daß vor allem ländlichen Schulen in den Gesamtzusammenhängen, in der zweiberuflichen Ausbildung, im Grunde eine sehr entscheidende Bedeutung darstellt, wie wir in Zukunft mit tüchtigen Unternehmern in der Land- und Forstwirtschaft eine flächendeckende Land- und Forstwirtschaft erhalten können.

Wir haben ein interessantes Projekt im Ausbildungsbereich, mit dem wir vor allem mit Holland und Italien eine gemeinsame Ausbildung für den biologischen Obstbau mit einem konkret gegründeten Unterneh-

men in der Landwirtschaftlichen Fachschule Haidegg mit dem Leonardo-Programm unterfertigt haben, wo wir vor allem diese übergreifende europäische Chance, neue Entwicklungen zu forcieren, konkret auch im unternehmerischen Sinn wahrnehmen.

Ich bedanke mich vor allem auch für jene Partnerschaft, wo es um einen ganz sensiblen Bereich geht – die gemeinsame Positionierung in der Gen-, Hormondiskussion, vor allem in bezug auf Rinderwahnsinn. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich weiß schon, daß der Applaus zweideutig ist (Abg. Gennaro: „Ich habe geglaubt, du bist schon fertig!“), ich soll aufhören.

Ich möchte wirklich sehr, sehr herzlich bitten, daß wir unsere Forderungen den Umständen entsprechend maßvoll mit Überzeugung darlegen. Bis jetzt haben wir weitreichendes Verständnis gefunden.

Wir verstehen junge Menschen als Studenten, die in diesem Raum heute agiert haben. Wir haben verantwortungsvolle Verantwortungsträger, die um das Gemeinsame bemüht sind, und wir wollen vernünftige Wege beschreiten, damit wir nicht Bauernaufstände für die Zukunft haben.

Ich sage einen letzten Satz, den hat auch einmal der Kollege Peinhaupt gesagt, sehr eindrucksvoll – und das ist der letzte Satz (Beifall bei der SPÖ): Das nützt nichts, den sage ich trotzdem.

Wir Bauern sind sicherlich nicht die Letzten von gestern, sondern längst die Ersten von morgen. Da könnte ich noch einmal eine Stunde über dieses Thema reden.

Ich danke herzlich und bitte, daß wir uns in diesem Haus vor allem bei der Landwirtschaft sympathisch bewegen, so wie wir es im praktischen Leben tun, auch durch diese Beschlußfassung, und weitere Mühe um eine funktionierende Land- und Forstwirtschaft walten lassen. (Allgemeiner Beifall. – 20.12 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 7 „Fremdenverkehr“. Es beginnt der Herr Abgeordnete Tasch.

Abg. Tasch (20.12 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Frau Landeshauptmann, werde Regierungsmitglieder, meine Damen und Herren!

Ich mache heute die vierte Budgetdebatte mit, und ich muß sagen, liebe Frau Landeshauptmann, dein Miteinander hat bereits durchgeschlagen. Eine so sachliche Budgetdebatte, wie von gestern bis zu heute, habe ich eigentlich bisher noch nicht erlebt. Ich möchte mich herzlich bei euch bedanken. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Wenn ich die Monika Kaufmann erlebt habe, so hat sie heute ziemlich viel Kreide geschluckt. Wenn ich den Herbert Peinhaupt erlebt habe, da hat er hinten ein paar schwarze Bauern gesehen, und da hat er rot gesehen, aber im großen und ganzen sehr zahm. Ich dank dir schön dafür.

Es heißt aber, ich soll zum Tourismus reden, und nicht die Wortmeldungen bewerten. Ich komme jetzt schon dazu, aber die Wortmeldungen vom Agrarbereich sind mir natürlich ganz besonders am Herzen gelegen, weil ich die Landwirtschaft und den Touris-

mus in ganz enger Verbindung sehe. Das ist eine Kette, wenn ein Glied reißt, dann ist alles hin. Ich glaube, das ist sicherlich von größter Bedeutung, daß eine flächendeckende Landwirtschaft, eine funktionierende Landwirtschaft ein ganz wichtiger Faktor für einen funktionierenden Tourismus ist. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Wenn ich die Ergebnisse der Meinungsbefragungen hernehme, warum der Gast nach Österreich und vor allem in die Steiermark kommt, da ist Priorität Nummer eins eine intakte Landschaft. Und, meine Damen und Herren, wer sichert die intakte Landschaft? Das sind in Vergangenheit, in der Gegenwart die Bauern gewesen, und dafür möchte ich euch, liebe bäuerliche Bevölkerung, von hier, von diesem Rednerpult, ein ganz ein herzliches Dankeschön sagen. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Martin Wabl, du verstehst von der Landwirtschaft sehr wenig, du hast zwar lange darüber geredet, aber ich weiß, daß du ein Herz für die Landwirtschaft hast. Das hast du schon gehabt, als du noch zu den Roten gehört hast. Jetzt bist bei den Grünen. Es ist also so, daß du zu allem geredet hast, ich meine, das ist ganz klar, man kann nicht überall tief sein und überall etwas Gescheites sagen. Aber insgesamt muß ich sagen, in freier Rede, und da halte ich viel davon.

Ich glaube, eines ist für mich von großer Bedeutung und großer Freude, daß ich heute als Hauptredner für den Tourismus reden darf. Ich werde euch beweisen, daß man auch in kurzer Zeit über den Tourismus viel sagen kann. Ich glaube, und das ist immer mein Motto gewesen, Reden, die nicht in die Tiefe gehen, ziehen sich meistens in die Länge! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Lieber Gerhard und liebe Frau Landeshauptmann, ich glaube, ihr seid am richtigen Weg. Ihr seid am richtigen Weg, um den Tourismus in Schwung zu bringen. Wenn wir auch 1994 im Tourismusbereich einen großen Einbruch erlitten haben, 3,7 österreichweit Rückgänge, in der Steiermark waren wir schon wesentlich besser, so glaube ich, hat uns das, und ich habe das das letzte Mal gesagt, von den Deviseneinkommen 23 Milliarden Schilling an Steuerentfall in Österreich gekostet. Das heißt, daß wir alles unternehmen müssen, um den Tourismus in Schwung zu halten, um den Tourismus wieder in den Vordergrund zu schieben, nicht bremsen, sondern kräftig anschieben. Ich glaube, das muß die Devise sein! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Die Steiermark ist das Land, wo man kräftig anschieben kann. (Allgemeine Heiterkeit. – Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Da gebe ich dir vollkommen recht!“) Das zeigt auch das Budget, daß man für touristische Entwicklung eine Budgetierung hat, daß man für Großveranstaltungen Mittel zur Verfügung hat, um die Steiermark in das Rampenlicht der Weltöffentlichkeit zu rücken. Da möchte ich den Zusammenschluß der Schiberge hernehmen. Da möchte ich den Bau des Ö-Ringes hernehmen. Und, Gerhard, deinen besonderen Einsatz für den Bau des Ö-Ringes, ich glaube, der ist nicht lobenswert genug hervorzuheben, weil mit solchen Veranstaltungen werden wir uns, wie bisher, auch in Zukunft ins Rampenlicht der Weltöffentlichkeit rücken. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Um also die Weltöffentlichkeit auf die Steiermark aufmerksam zu machen, so sehe ich auch die Nordische WM in der Ramsau. Ein wichtiger Faktor, um dem Tourismus auf die Beine zu helfen. Ein wichtiger Faktor, um Schübe für den Tourismus zu geben, um den Tourismus von den Zahlen her wieder in das Lot zu rücken. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Ich freue mich ganz besonders über die Thermenregion. Und, meine Damen und Herren, ich war als junger Bursch (Abg. Schleich: „Das ist schon lange her, als du ein junger Bursch warst!“) in der Südsteiermark, in der Oststeiermark und in der Weststeiermark. Das sind also Leute, die unwahrscheinlich freundlich sind, die unwahrscheinlich fleißig sind. Das sind aber Leute, die ein bißchen zurückgezogen waren. Der Tourismus in der Thermenregion hat das Selbstbewußtsein in dieser Gegend wesentlich gestärkt. Das sind heute Leute, die mit großem Selbstbewußtsein den Menschen auf der Welt entgegentreten, und ihr habt im Gesundheitstourismus Großartiges geleistet. Danke dafür! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Ich glaube, und ich habe das vorher angesprochen, die Vielfältigkeit der Steiermark ist unser besonderes Aushängeschild. Da möchte ich also, und ich darf es wirklich nicht vergessen, weil mich der Hans Bacher schon angeschaut hat, der war zwar zuerst frech zu mir, und ich habe gesagt, ich werde deshalb Murau nicht erwähnen, aber ich kann es also doch nicht vermissen, und ich möchte es auch erwähnen, weil es sich mit der Holzausstellung, mit der Landesausstellung voriges Jahr gut verkauft hat. Sie haben wirklich Großartiges geleistet. Die Murauer leisten mit ihren Schibergen, sei es die Frauenalm, sei es der Kreischberg, positive Zahlen. Für dieses Verkaufsmanagement, für dieses profihafte Verkaufen ihrer Region darf ich euch ein herzliches Danke sagen. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Hier komme ich schon zu einem der wichtigsten Teile in der Tourismusbranche. Wir müssen uns im Tourismus profimäßig verkaufen. Wir können uns nicht nur an den Traditionsmärkten Deutschland und Österreich hängen, sondern wir müssen auch Ost- und Südeuropa bewerben, und vor allem Tschechien und Belgien. Und dieser Nationenmix ist das richtige, um auch zukünftig neue Gäste in unsere Region zu bringen.

In diesem Sinne glaube ich, daß in Zukunft mit diesem Verkaufsmanagement der Tourismus in der Steiermark nicht nur sichergestellt, sondern auch weiterhin in Aufschwung begriffen ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Es hat sich eines gezeigt, daß es Einbrüche gegeben hat in den Ein- und Zweisternbetrieben, wo man die Möglichkeit vom Verkauf her in dieser Professionalität nicht in diesem Ausmaß hatte wie in den Drei- und Viersternbetrieben.

Auch in den Fünfsternbetrieben hat es wesentliche Zuwächse gegeben. Und ich glaube, daß wir Qualitätsangebote auch in Zukunft noch mehr forcieren und fördern müssen.

Die Steiermark ist in bezug auf Tourismusangebot ein etwas langweiliges Land. Meine Damen und Herren, auf dem Sektor muß noch einiges geschehen. Und da hilft nicht alleine das Freizeitangebot an Tennis-

plätzen, an Schwimmbädern, sondern wir müssen auch an Unterhaltung noch einiges bieten, und das müssen wir bündelweise unseren Gästen vorzeigen. (Abg. Dr. Flecker: „Kurtl, du mußt öfter auftreten!“)

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, glaube ich, daß wir mit dieser Offensive und dieser freundigen Einstellung, aber vor allem mit der Einstellung, „nur wer Menschen mag, kann gute Fremdenverkehrspolitik machen“, etwas weiterbringen.

Ich habe mir immer gesagt, ich bin deswegen in der Politik, weil ich einfach die Menschen gerne habe, und nur so einer kann in der Politik etwas Effizientes leisten. Effizientes leisten wir mit unserem Landesrat, der das Gefühl vermittelt, er mag die Steiermark, er mag den Tourismus. Und auf dem Sektor werden wir mit ihm noch eine große Freude haben und viel beim Tourismus weiterbringen. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. - 20.21 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Vollmann.

Abg. Vollmann (20.21 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Eigentlich bräuchte man der Lobeshymne des Kollegen Tasch nicht mehr viel hinzuzufügen, man bräuchte nur mehr singen „Hoch vom Dachstein an“. Das könnten wir am besten gemeinsam, das wäre sicherlich eine großartige Werbung des steirischen Landtages für den Tourismus dieses Landes, weil man sagt „gemeinsames Singen bringt einen auch an einen gemeinsamen Tisch zum gemeinsamen Essen und Trinken“, und was wäre denn schöner, wenn das unsere Gäste machen würden.

Meine Damen und Herren, wenn wir vor einem guten Monat hier den Tourismusbericht 1994 am Tisch gehabt haben, über den Tourismusbericht diskutiert haben und gesehen haben, daß eigentlich die Steiermark im Konzert Österreichs eine sehr gute Figur gemacht hat, dann ist das sicherlich darauf zurückzuführen, weil wir zum Großteil wirklich noch eine heile Umwelt haben. Wenn man die Tourismusindikatoren des vergangenen Jahres anschaut, so kann man also wirklich sagen, daß eigentlich auch der Sommer 1995 gegenüber den anderen Ländern ein sehr gutes Ergebnis gezeitigt hat. Und der befürchtete Winter einbruch, vor den uns alle eigentlich im Jänner gewarnt haben, weil zu diesem Zeitpunkt tatsächlich ein starker Rückgang zu verzeichnen war, hat jetzt gezeigt, daß wir in Österreich mit einem blauen Auge, mit minus 0,8 Prozent, wie mir eine gestrige Zeitung gemeldet hat, davongekommen sind, aber in der Steiermark wahrscheinlich sogar mit einem Gewinn abgeschlossen haben. Das ist aber nicht nur den im Tourismus Tätigen zu verdanken, sondern einem lang andauernden Winter und den vielen Gästen, die an dieser Steiermark hängen. Die Steiermark hat wintersichere Berge zu bieten, sie hat ausgezeichnete Liftanlagen, und man darf hier ruhig stolz behaupten, daß die Steiermark als Land hier Großes geleistet hat, nämlich die Infrastruktur geschaffen hat, daß wir anständige Liftanlagen haben. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Der Steiermärkische Landtag, meine Damen und Herren, hat im letzten Jahr Beschlüsse gefaßt, hier weiterzubauen. Und ich hoffe, wir halten uns auch daran, diese große Chance des Marktanteiles am Wintertourismus zu erhalten und eventuell sogar noch auszubauen mit der Erneuerung von alten Lifanlagen und dem Bau von neuen Möglichkeiten, der Verbindung von Tälern, wie es uns andere Bundesländer bereits vorgezeigt haben, weil ich glaube, daß darinnen wirklich eine große Chance liegt. Wir hatten vor rund 14 Tagen die Gelegenheit, mit unserem Freund Kurt Flecker im Bereich Schladming diese Anlagen zu sehen und die dortigen Schipisten zu genießen. Und ich darf sagen, wir waren alle davon sehr stark beeindruckt, und ich glaube, das ist auch wirklich etwas, was uns ganz gut getan hat.

Meine Damen und Herren, man darf aber auch eines daneben nicht vergessen, daß in der Steiermark die alpinen Vereine Großartiges leisten, nicht nur im Wintertourismus, weil sie sich um die Leute kümmern, weil es rundherum Schikurse durch die Vereine gibt, schon beim Kleinkind beginnend, sondern auch unsere anderen alpinen Vereine, ob das Alpenvereine, ob das die Naturfreunde oder ob das andere Einrichtungen sind, vieles beitragen. Und ich habe am vergangenen Samstag beim Landtag der Naturfreunde, wo auch alle anderen alpinen Vereine vertreten waren, gehört, daß sie sich Sorgen machen. Sorgen machen um die Instandhaltung ihrer Schutzhütten, um die Kletter- und Wanderwege, die unheimlich viel Arbeit erfordern, um die Markierung dieser Wege, damit sich der Gast zurechtfindet. Und so darf ich in ihrem Namen, nämlich im Namen dieser Vereine und der Funktionäre und der vielen freiwilligen Helfer, die Zigtausende Stunden dafür opfern, um Verständnis bitten, wenn sie sagen, erhaltet uns die Subventionen, denn sonst sind wir nicht in der Lage, jene Voraussetzungen zu schaffen, die der Gast braucht. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.) Subventionskürzungen auf diesem Gebiet gefährden die Aufrechterhaltung der Leistungen und senken auch die Chance für eine gute Zukunftsentwicklung in diesem Bereich. Nutzen wir unsere sogenannte heile Umwelt wirklich dafür, um den Menschen zu zeigen, daß wir bereit sind, ihnen auch diese zu erhalten.

Mein Kollege Tasch hat bereits vom Indikator gesprochen. Der Tourismusstandort in Europa, die Position in der Steiermark im regionalen Vergleich zeigt uns, daß die Steiermark im Touristenaufkommen den 21. Platz, im Hotelbettenbesatz den 18. Platz, bei der touristischen Auslastung allerdings nur den 168. Platz, aber beim natürlichen Erholungswert den 5. Platz unter diesen gesamten Regionen einnimmt. Meine Damen und Herren, das kommt sicherlich davon, weil sich viele um diese Umwelt kümmern. Und berechtigt verweist die Landwirtschaft darauf, daß sie einer derer ist, die die ökologischen Werte sichert, und daß sie dazu beiträgt, daß sich der Gast gerade in diesem Bereich wohlfühlt. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber, meine Damen und Herren, nicht nur das ist einer der wichtigen Faktoren, denn der Tourismus beschäftigt viele andere mit, so beispielsweise in der Unterkunft mit 27,3 Prozent, bei der Verpflegung mit 30,5 Prozent, Nahrungsmittel und Getränke 11 Prozent, Transport 10,4 Prozent, und nun könnte man das

fortsetzen. Und Landeshauptmannstellvertreter Peter Schachner hat heute bereits einmal gesagt, daß der Kulturtourismus in der Zukunft eine ganz besondere Bedeutung haben wird und haben muß, und ich pflichte ihm bei. Sorgen wir auch dort dafür! Es zeigen uns andere Länder, daß er recht hat und daß wir diese Initiativen unbedingt brauchen, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.)

Zu zwei Dingen, die mir aufgefallen sind und die eigentlich für mich erwähnenswert scheinen, gehört wieder einmal die Frage der Förderungsinstrumente. Ich habe hier bereits öfters bei den Reden zum Tourismusbericht die Bitte geäußert, man möge versuchen, die Tourismusförderungen endlich in eine Hand zu geben. Nunmehr ist es so, daß der Tourismusförderungsfonds beim Landesrat Hirschmann beheimatet ist, der Bereich Innovationsförderungsdarlehen bei der Wirtschaftsförderung verbleibt und im Grunde genommen – wenn es nicht stimmt, lasse ich mich bitte gerne berichtigen – in diesem Bereich eine Vereinheitlichung sehr wichtig wäre. Der Tourismusförderungsfonds, so habe ich dem Bericht aus dem vorigen Jahr und den Gesprächen entnommen, hat 106 Millionen Schilling auf der hohen Kante. Und aus den vorgelegten Budgets 1996/97 ist ersichtlich, daß jeweils 60 Millionen dazukommen.

Ja, meine Damen und Herren, warum ziehe ich dann den Deckel ein mit 3 Millionen Förderungssumme maximal, und wo halt ein Wirt, der ein Kühlgerät kauft, 3000 Schilling Förderung bekommt? Also, das ist meiner Ansicht nach eine nicht gute Förderungspolitik für die Tourismuswirtschaft. (Beifall bei der SPÖ. – Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Diskutieren wir darüber!“) Ja, diskutieren wir einmal darüber. Ich meine, man sollte also wirklich in diesem Bereich versuchen, das Gießkannenprinzip aufzugeben und größere Projekte zu fördern, weil wir diesen Einsatz brauchen und weil das unbedingt notwendig ist. Ich bitte darum, auch das zu überlegen, denn die Dotierung gibt uns die Möglichkeit. Das Geld soll ja nicht auf der hohen Kante liegen, es soll arbeiten, und zwar für unseren heimischen Tourismus.

Meine Damen und Herren, es ist dem ansonsten nicht mehr viel hinzuzufügen, außer, daß ich außerhalb des Tourismus, weil ich in der Frage der Wirtschaft nicht mehr reden will, um nicht noch mehr Zeit in Anspruch zu nehmen, eine Bitte äußere. Im Mürtal hat eine Firma vor einigen Tagen für 120 Arbeitnehmer die Anmeldung beim AMS wegen der Kündigungen gemacht. Heute hat sich die Belegschaft zusammengesetzt und hat zufällig bei dieser Sache gehört, wie die Studenten hier den Landtag besetzt haben. Und die Meinung der Leute war, was die Studenten können, können wir auch, können wir auch gleich hinunterkommen und uns hineinsetzen, denn unser Problem ist genauso wichtig und genauso hart wie das der anderen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn dieses Beispiel Schule macht und zukünftig jeder, der sich um seine zukünftige Existenz Sorgen macht, hier hereingeht und das Haus besetzt, dann wünsche ich uns allen gemeinsam alles Gute, denn dann werden wir da nicht mehr viele Sitzungen abhalten. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ.)

Zur mich bekümmernenden Sache der Arbeitsplätze, der Arbeitnehmer bei der Pengg-Kabel-AG. in Mitterdorf im Mürztal, Herr Landesrat Paieryl, möchte ich dich bitten, auch Verständnis zu haben. Wir werden dort eine Arbeitsstiftung in den nächsten Tagen oder in den nächsten Wochen in Kraft setzen, und ich ersuche jetzt bereits alle, uns dabei zu unterstützen, denn das heißt das Überleben für vier Jahre für rund 120 Arbeitnehmer und vielleicht zukünftig auch für das Unternehmen in einem kleinen Rahmen. Ich glaube, daß das insgesamt Wirtschaft ist.

Tourismus ist von der Gesamtwirtschaft unseres Landes nicht zu trennen, weil gerade der Tourismus einer der wichtigsten Faktoren ist und natürlich uns auch in dieser Frage bei den finanziellen Bedeckungen unserer Probleme hilft.

Ich glaube, man sollte in all den Bereichen, die wir zu überlegen haben, auch das im Vordergrund und im Auge haben, daß uns das gemeinsame Wohl unserer Wirtschaft, die Arbeitsplätze und die Beschäftigung unserer Arbeitnehmer das Wichtigste in diesem Lande ist. Dafür haben wir alles zu tun, alle Mittel einzusetzen, um gemeinsam alles zu unternehmen. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ. – 20.34 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Keshmiri.

Abg. Keshmiri (20.34 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich möchte kurz auf die Ausführungen vom Herrn Kollegen Tasch eingehen. Also, ich möchte keinen Pessimismus verbreiten, aber so rosig sehe ich die Entwicklung in der Tourismusbranche nicht, wie Sie sie sehen. Es haben im Jahre 1995 noch 30 Prozent der Österreicher ihren Urlaub in Österreich verbracht. Laut Umfragen für das heurige Jahr ist es nur mehr jeder sechste Österreicher, der den Urlaub in unserem Land verbringen will.

Um den Tourismus zu forcieren genügt es nicht allein, Großveranstaltungen anzubieten, sondern – Sie haben es auch teilweise erwähnt – die Infrastruktur muß bewußt eingesetzt werden. Ich meine damit, von Region zu Region verschieden, um eben auf die Bedürfnisse der Touristen eingehen zu können.

Es ist nicht zu leugnen, daß eben in der Tourismusbranche sich eine gewisse Katerstimmung breitgemacht hat. Ich denke da an das Billigangebot von Fernreisen und auch an die sogenannten Weichwährungsländer, die unserer Branche sehr stark zu schaffen machen. Im Jahr 1994 hatten wir noch einen Überschuß an Deviseneinnahmen im Fremdenverkehr von 43 Milliarden, voriges Jahr war es zirka die Hälfte davon. Und laut Prognosen wird diese Situation sicher nicht stagnieren.

Natürlich spielen da gewisse Kriterien mit, warum es unserer Tourismusbranche so schlecht oder nicht so gut geht.

Wir sind das einzige Land, das eine Getränkesteuer hat. Wir haben zu hohe Mehrwertsteuerkosten auf die alkoholfreien Getränke. Und ich meine, wir können uns das als Binnenland, als Binnenmarkt nicht leisten, um 15 Prozent teurere Getränke anzubieten als andere

Länder. Wir haben in Österreich die vierthöchsten Arbeitskosten in der Tourismusbranche, das sind zirka 30 bis 40 Prozent. Wir haben natürlich auch verschiedene Bürokratiekosten – zum Beispiel in der Thermenregion, da meine ich die Bäderhygiene- oder die Lebensmitteluntersuchungen. Das sind natürlich alles Sachen, die wichtig sind.

Ich komme jetzt zu dem Schlagwort „Überkapazitäten und Bettenauslastung“. Österreich hat zum Beispiel pro 1000 Einwohner ein Hotel der gehobenen Kategorie, im Vergleich zur Schweiz, da ist die Zahl der Einwohner 4500 und in Deutschland sogar 10.000. Da tun sich unsere Nachbarländer bestimmt etwas leichter, was die Auslastung betrifft. Ich glaube daher, daß es ganz wichtig ist, in Zukunft ein Gesundheitskrampf herbeizuführen. Aber genau da liegt das Problem. Die Betriebe können nicht zusperrern, weil sie auf Grund des Steuersystems, das wir in Österreich anbieten, zum Weitermachen verurteilt sind. Die Tiroler Wirtschaftskammer hat dazu einen Vorschlag gemacht, und zwar könnte man als Alternative derartige Betriebe in den Wohnbau eingliedern und damit die Mangelware Wohnung für Einheimische kompensieren.

Wir haben allerdings nicht nur Nachteile in Österreich, sondern auch viele Vorteile, die wir nutzen müssen. Wir haben viel Kultur, wir haben Heilvorkommen, und wir haben Sicherheit, die heutzutage bestimmt sehr gefragt ist. Wir haben auch noch eine intakte Umwelt und natürlich ein qualifiziertes Personal.

Die Vorteile müssen wir gut verkaufen, und wir müssen sie auch umsetzen. Das heißt, ein Erfolg in der Tourismusbranche wird sehr stark von Investitionen in die Infrastruktur abhängen, sehr wohl aber auch von der Senkung der hohen Preise, die aber nur durch massive Reformen verwirklicht werden können. Danke! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 20.38 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der Herr Abgeordnete Wiedner ist am Wort.

Abg. Wiedner (20.38 Uhr): Herr Präsident, meine Herren der Landesregierung, Hohes Haus!

Nach dem äußerst schubkräftigen Kollegen Tasch und dem Altprofi Vollmann ist es schwer, nachzureden. Ich werde mich bemühen, kurz und prägnant auch das Thema „Fremdenverkehr“, das ja ein Bereich der Wirtschaft ist, zu beleuchten.

Der Fremdenverkehr ist einer der wichtigsten Säulen, auf denen unser Wohlstand mitaufgebaut ist. Ein gesunder Fremdenverkehr ist eine gesunde Wirtschaft, sichert Arbeitsplätze, sichert Einkommen, Kaufkraft und stellt die finanzielle Basis für die Gewährung von Sozialleistungen. Es ist heute schon angesprochen worden, ich glaube der Kollege Vollmann war es, ich habe mir den Zeitungsausschnitt mitgenommen, ein positives Ergebnis im März im Wintertourismus, es gab im März ein Nächtigungsplus von 8,1 Prozent österreichweit. Das ist eine ganz tolle Sache. Wenn man den ganzen Ausschnitt nimmt und alle Bundesländer nimmt, dann hat die höchste Steigerung interessanterweise im Wintertourismus zwar das

Burgenland, aber die Steiermark liegt auch bei einem plus von 1,7 Prozent. Das ist eine ganz tolle Sache, die uns wieder einen Zwischenschub gibt.

Neben dem Dank an die vielen Verbände, die bereit sind, freiwillig etwas für den Fremdenverkehr zu tun – ich denke da an die Naturschutzverbände –, möchte ich aber ein bißchen auf andere Probleme des Tourismus eingehen.

Wir wenden in der Gruppe 7 – und da sind wir momentan – für den Tourismus etwa 103 Millionen Schilling auf, wir lukrieren Einnahmen von 45 Millionen, das ist also unter dem Strich nicht weiß Gott wieviel, was für die Tourismusförderung ausgegeben wird, aber ich weiß schon, in Zeiten wie diesen, wo es nichts zu verteilen gibt, ist es sicherlich schwierig, und es ist das Geld auch bitte nicht das einzige Problem, das wir im Tourismus haben. Der Tourismus war jahrelang jener Bereich, der uns die ausgeglichene Leistungsbilanz beziehungsweise sogar den Leistungsbilanzüberschuß gesichert hat. Leider haben wir da in den letzten Jahren einen Einbruch erleiden müssen, und seitdem gehört der Tourismus, bis auf diese schöne Ausnahme, die wir jetzt gestern lesen konnten, nicht mehr zur Wachstumsbranche. Es sind andere Urlaubsziele, die uns den Rang ablaufen oder zumindest im Trend sind, uns den Rang abzulaufen. Die Gründe dafür sind bekannt. Die Leute, die Urlaub machen, sind mobiler geworden, sie brechen mit altvertrauten Urlaubszielen. Das betrifft hauptsächlich unsere Devisenbringer aus dem benachbarten Deutschland, aus Holland, aus England, aus Frankreich und aus Schweden genauso wie die Urlauber aus dem Inland.

Sicherlich hängt das auch damit zusammen, daß auch in diesen Ländern Sparmaßnahmen eintreten und die Einkommen der Leute gesunken sind und sie sich billige Urlaubsziele aussuchen. Wir sind daher bei den Kosten, und da haben natürlich das Hochpreisland Österreich und auch unsere Steiermark und damit die Tourismusbetriebe einen großen Wettbewerbsnachteil.

Wenn wir wissen, daß zwei Wochen „all inclusive“ in der Karibik zu einem Preis zu haben sind, für den man bei uns maximal eine Woche in einem mittleren Hotel schifahren gehen kann, dann sieht man sicherlich, daß man da preislich nicht mithalten kann. Dieser Umstand, dieses Hochpreisniveau ist sicherlich nicht der Geldgier der Tourismusbetriebe zuzuschreiben, sondern der hohen Abgabenquote, aufgeteilt auf Steuern, aufgeteilt auf Personalkosten und auf Grund der hohen Lohnnebenkosten, die speziell die Tourismusbranche treffen, weil das eine Dienstleistungsbranche ist mit einem hohen Anteil an Personalkosten.

Wir haben heute schon von der Getränkesteuer gehört, ich will dazu nichts mehr sagen. Und zu den Lohnnebenkosten gehören natürlich auch die Bereiche der Sozialversicherung, und wir wissen ja, daß hier kein Wettbewerb stattfindet und die Sozialversicherungen auch einen entsprechend hohen Stand haben. Wir stehen aber in der Steiermark Gott sei Dank noch günstiger da, weil wir einen hohen Inländeranteil haben und bei uns das Preis-Leistungs-Niveau noch stimmt.

Wenn ich da zum Beispiel unsere Region der Südsteiermark nehme, Sie können, glaube ich, kaum

irgendwo so schön und günstig Urlaub machen wie in unserem Raum – damit ich auch ein bißchen Werbung machen kann! Im Gegensatz zu diesen preisgünstigen Angeboten steht der Trend in Österreich gegen die Billigquartiere, sie verlieren stark, der Urlaub am Bauernhof, die Privatquartiere und die Qualitätsbetriebe, Vier- und Fünfsternebetriebe verbuchen Zuwächse. Die Gäste wollen also, wenn sie in der Steiermark urlauben, einen hohen Qualitätsstandard genießen. Von der Sauna bis zum Hallenbad, vom Reitstall bis zum Fitneßraum, von der hohen Qualität der Küche bis zum vollausgestatteten Seminarraum sollte der moderne Tourismusbetrieb alles bieten, und dies noch mit einem zusätzlichen regionalen Zuckerl, sei es ein spezielles Küchenschmankerl, eine unverwechselbare Atmosphäre oder ein Freizeitangebot der besonderen Art.

All diese Angebote der Tourismusbetriebe kosten natürlich viel Geld. Ein Mehr an Angebot, ein Mehr an Ausstattung bedeutet natürlich ein Mehr an Investitionen und das natürlich wieder ein Mehr an Bankkrediten und eine höhere Verschuldung. Und damit kommen die Tourismusbetriebe, oder zumindest sehr viele davon, in eine tödliche Spirale. Der Verschuldungsgrad dieser Dienstleistungsbranche zählt zu den höchsten in Österreich. Man muß einmal darauf hinweisen. Der Faktor ist es schon 1 zu 1,5, 1 ist der Faktor Umsatz, und 1,5 ist der Verschuldungsgrad. Ein noch gesunder Grad hat 1 zu 1. Wir sind hier in vielen Bereichen schon an der Grenze des Machbaren angelangt. Und wenn man noch weiß, daß die Tourismusbetriebe zu den zwei größten Insolvenzbranchen gehören, dann läuten die Alarmglocken.

Neben dieser Verschuldung sind natürlich die behördlichen Stolpersteine bei der Betriebsgründung und bei der Betriebsführung, so wie die schon oft erwähnte Gesetzesflut, zusätzliche Probleme, die den Tourismusbetrieben sicherlich sehr weh tun. Dazu kommen noch die vielen Kontrollen, Arbeitsinspektor, Lebensmittelpolizei, Sozialversicherung, Finanzamt, ich kann Ihnen noch eine ganze Reihe aufzählen. Und wenn vorgestern der Kollege Brünner, er ist momentan nicht da, davon gesprochen hat, daß eine Versechsfachung der Kontrollen stattgefunden hat – (Abg. Genaro: „Der Brünner ist schon lange nicht mehr da. Das interessiert ihn nicht mehr!“) Danke! Das heißt, daß auch eine Versechsfachung der Belastung der Betriebe und sechsmal länger vom Arbeiten aufgehalten hat.

Wohin soll der Tourismus gehen, mit welchen Maßnahmen können wir den Wettbewerb noch steigern? Ich glaube, Marketing und Werbung verstärken und konzentrieren auf Zukunftsmärkte, die Erschließung neuer Gästeschichten, den Erlebnisurlaub mit hoher Qualität hinsichtlich Angebot, hinsichtlich Veranstaltungen, den Weg von Quantität zur Qualität, das Geld für die Schigebiete genauso wie für die Thermen, die Entlastung der Betriebe und die Erhöhung der betrieblichen Rentabilität nach dem Motto „weniger ist oft mehr“, und dazu kommt die Erhaltung unseres Kapitals der schönen Landschaft und die Flexibilisierung der Arbeitszeiten.

Durch die Gründung der Tourismusverbände und der Regionalverbände ist auch ein wichtiger Schritt, durch das höhere Budget, getan worden, es sind jetzt 65 Millionen Schilling, die eingenommen werden,

kann man gemeinsam werben, kann man ein gemeinsames Angebot erstellen, man kann Effizienz erzielen, und gemeinsam sind wir stärker. Leider haben wir diesem Trend gegenüber die neuen Belastungswellen, Energiesteuern, Landesbelastungen durch Wasser- und Lustbarkeitsabgabe. Wir müssen aber mit gezielten Förderungs-, und nicht Subventionsmaßnahmen die Tourismusbetriebe in ihrer Wettbewerbsfähigkeit stärken. Sanfter Qualitätstourismus ist die Zukunft, nehmen wir uns verstärkt diesem wichtigen Wirtschaftsfaktor an! Danke schön! (Beifall bei der FPÖ, ÖVP und SPÖ. – 20.48 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Das Schlußwort zu diesem Teil hat Herr Landesrat Dr. Hirschmann.

Landesrat Dr. Hirschmann (20.48 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich bei den Kollegen Wiedner – wir kommen öfter zusammen, gel? –, Keshmiri, bei Heinz Vollmann und bei Kurt Tasch sehr herzlich bedanken. Es war eine großartige konsensuale Schau über die Chancen, aber auch Probleme des steirischen Tourismus. Ich bin überzeugt davon, daß trotz mancher aktueller Anfechtungen eine echte Entwicklungschance für die Steiermark zur Jahrtausendwende hin ist. Ich bin der Naturschutzreferent, es wurde früher sehr viel von und über die Landwirtschaft in diesem Zusammenhang gesprochen. Wir haben ein schönes Land, mit allen Vorteilen – Kurti Tasch hat das insbesondere hervorgehoben. Ich bin der Sportreferent – Sport, Freizeit und Tourismus gehören zusammen – für die einheimische Bevölkerung, aber auch für die Gäste aus dem Ausland. Und es wurde heute vom Landeshauptmannstellvertreter bereits am Vormittag im Zusammenhang mit der Kulturdebatte darauf hingewiesen, daß natürlich die Kulturschiene eine ganz entscheidende Voraussetzung für einen Qualitätstourismus der Steiermark ist. Und ich bin sehr darauf aus, hier in einer ganz engen Kooperation in den nächsten Jahren dieses Angebot nicht nur aufzugreifen, sondern auch von meiner Seite her absolut zu forcieren.

Meine verehrten Damen und Herren, in aller Kürze noch ein Satz. Es wurde gesprochen über die notwendige Voraussetzung im Bereich der Infrastruktur, die haben wir in vielen Bereichen. Selbstverständlich kann ich das nur unterstreichen, daß wir in allen Regionen ganz für die Region spezifische Leitprojekte haben werden. Wir haben das in fast allen Regionen, in den paar Regionen, wo uns noch etwas ganz Spezifisches fehlt, werden wir das zur Jahrtausendwende hin machen. Und dann wird es auch eine Frage einer sehr klugen und auch einer sehr spezifischen offensiven Marketingstrategie sein, um das Land insgesamt mit all diesen Talenten, Schätzen und Möglichkeiten auch als das international zu präsentieren, was es uns auch ermöglichen wird, wie gesagt, eine Aufwärtsentwicklung in den nächsten Jahren ganz gezielt und ganz bestimmt fortzusetzen.

Ich freue mich und bin sehr dankbar dafür, dem Kollegen Paieryl auch, daß es gelungen ist, in Zusammenarbeit mit dem Landesfinanzreferenten, von diesen 2,5 Milliarden Schilling, die in den nächsten Jahren in der Steiermark investiert werden sollen, einen sehr hohen Anteil davon für ausschließliche Touris-

musprojekte zur Verfügung zu stellen. Das ist eine große Chance und ein großes Geschenk in bedrängter Zeit, was das Geld anbelangt.

Meine Damen und Herren, ein allerletzter Satz. Das ist schon richtig, daß uns die Hartwährungspolitik im Tourismus weh tut, es ist auch richtig, daß uns die Billigflüge weh tun, ich sehe das aber als eine Chance, meine verehrten Damen und Herren, die kommen alle wieder zurück. Wenn wir uns anstrengen, und so wie das Kurt Tasch insbesondere gemeint hat, mit Optimismus, meine verehrten Damen und Herren, und wenn wir das auch wollen, daß wir uns als Tourismusland begreifen in allen Regionen, dann wird es uns gelingen, hier in den nächsten Jahren durchaus bei allen Problemen und Sorgen zu einer sehr positiven Entwicklung zu kommen.

Ich möchte abschließend allen in der Tourismuswirtschaft, und da wurde ja auf viele Probleme vom Kollegen Wiedner hingewiesen, sehr herzlich danken. Es ist oft ein Wunder, wenn man sich den einen oder anderen Betrieb anschaut, und man fragt sich zu Recht oft, warum sich die Leute das überhaupt antun. Man kann nur jedem einzelnen und jeder einzelnen sehr, sehr dankbar dafür sein. Ich möchte mich auch bei allen dort Bediensteten sehr herzlich bedanken. Aber auch bei den Leuten, die bei uns in der Abteilung – Hofrat Hermann sitzt da hinten – und in der Marketingabteilung tätig sind, möchte ich mich besonders bedanken für das, was hier an sehr konstruktiver Arbeit geschieht.

Meine verehrten Damen und Herren, ein schönes Land und eine gute Zukunft für den Tourismus steht uns trotz aller Anfechtungen bevor. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 20.53 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Wir kommen nun zum dritten Teil der Gruppe 7 „Wirtschaftsförderung“. Bislang liegen fünf Wortmeldungen vor. Als erster der Herr Abgeordnete Purr.

Abg. Purr (20.53 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nachdem heute am Nachmittag die Klubs Redezeiten festgelegt haben und ich dann erfahren habe, daß mir zehn Minuten zur Verfügung stehen, war meine Einstellung in etwa die: Wenn man für die Wirtschaft, die dafür da ist, Menschen zu beschäftigen, die dafür da ist, Arbeit zu schaffen, zu investieren, in die Zukunft zu blicken, zu riskieren, Kredite aufzunehmen nicht mehr Zeit widmet als zehn Minuten pro Redner, dann wäre es am besten, wir verzichten darauf, stimmen ab und gingen zum nächsten Punkt der Tagesordnung über.

Aber, meine Damen und Herren, die Situation, in der wir uns befinden, ist eine doch sehr seltene und eine ganz besondere zum einen. Und zum anderen, glaube ich, ist es den Damen und Herren, die es wert finden, hier zu sein, doch ein Herzensanliegen, sehr realistisch die Kulisse der Wirtschaft dargestellt zu wissen.

Auf Grund des vergangenen Jahres 1995 befinden wir uns nach einer umfangreichen Pleitewelle, die auch heuer nicht abzuebben scheint, in der Situation, daß das Land und der Bund Sparbudgets beschlossen

haben beziehungsweise beschließen. Die Budgetmisere ist der Bevölkerung zwar via Medien bekannt, die Auswirkungen, der Grund, warum wir sie haben, wahrscheinlich nicht.

Die Lohnsteuern sind gestiegen, die Körperschaftsteuer hat erfreulicherweise alle Erwartungen übertroffen, aber die Umsatzsteuereinnahmen für den Herrn Finanzminister sind gesunken. Im März vergangenen Jahres hatten wir eine Arbeitslosenrate von 7 Prozent, heuer liegen wir auf 8,1 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten laut einer Meldung der Sozialversicherungsanstalt lag in etwa voriges Jahres um diese Zeit bei rund 3 Millionen Menschen, heuer sind es 42.000 weniger. Das Baugewerbe leidet, im wahrsten Sinne des Wortes, und was das bedeutet, das wissen die Leute, die auf diesem Sektor tätig sind. Das Baugewerbe, Baunebengewerbe und, und leidet unter der Auftragserteilung.

Die Wirtschaftsprognosen des Wirtschaftsforschungsinstitutes lauten auf 0,7. Das Institut für Höhere Studien, Felderer, prophezeit 1,1 Prozent. Das heißt, wir haben ein geringes Wirtschaftswachstum, Optimismus ist angesagt. Aber es müssen auch alle Anstrengungen unternommen werden, denn ein und dieselbe Prognose beinhaltet, daß wir 1997 in etwa eine Arbeitslosenrate haben werden, auf Dauer, von rund 8 Prozent. Das bedeutet rund 270.000 Arbeitslose.

Die Gründe liegen nicht irgendwo, sondern sind zum Teil struktureller Natur. Andere Kostensteigerungen, die von uns unbeeinflussbar sind – ich meine damit Heizöl, ich meine damit Brennstoffe zum Beispiel –, haben natürlich ihre Auswirkungen. Unser größter Handelspartner Deutschland erlebt eine Abschwächung. Und nicht nur Deutschland, sondern auch andere Handelspartner leiden unter einer Konjunkturschwäche, um mich sehr, sehr vorsichtig auszudrücken. Unsere Forderung lautet, Konjunkturbelebung.

Lassen Sie mich aber auch einen Blick zum Handel tun. Es wurde von meinem Kollegen vorher, in der Tourismusdebatte angezogen, daß der Tourismus auch seine Einbußen erlebt, und wir müssen feststellen, daß mit dem Tourismus auch die Käufe im Ausland exorbitant gestiegen sind – im vorigen Jahr allein um 5 Milliarden. Die Auslandseinkäufe betragen 31 Milliarden Schilling. Und bei schwächer steigenden Einkommen führen natürlich die Reisen gerne nach Übersee.

Es gibt vor allem aber auch – eine Entwicklung unserer Gesellschaft – die Tendenz, Altenpflege anderen zu übergeben, zu überlassen und dort eben auch mehr Geld als bisher je zu investieren. Zum einen ein gutes Zeichen, zum anderen aber ein Nachteil in der Konsumation.

Der Konzentrationsprozeß im Handel hält an. Die Reduktion der Beschäftigten ist deutlich spürbar. Die acht größten Handelsorganisationen – das sind Lebensmittelhändler – haben vor der Konsumpleite rund 60 Prozent aller Umsätze getätigt. Per Jahr sperren etwa 1000 kleine und mittlere Geschäfte, und die machen in Österreich 98 Prozent aus. Das ist das Faktum.

Es wurde eigentlich bereits erwähnt diese sehr interessante Diskussion vom vergangenen Sonntag „Zur Sache“, wo auch ein gewisser Herr Dr. Hannes

Androsch anwesend war. Es war für mich höchst interessant, wie er mit seinen Kollegen aus ein und derselben Partei umgeht. Ich darf Ihnen sagen, er war äußerst nobel, äußerst anständig. Er ist ja einer der ganz wenigen Sozialdemokraten, die selbständig tätig sind. Eine sehr bekannte Journalistin, Stella Klein, hat einmal geschrieben: „Wenn sich die Sozialisten in Österreich einen Parvenü à la Androsch leisten, dann wird es um sie schlecht bestellt sein.“ In der Zwischenzeit hat er sich abgeseilt, aber dennoch, er ist ein Mann, der mit beiden Füßen in der Wirtschaft steht. Er hat als Entgegenkommen seinen Kollegen dort gesagt: „Na ja, die bürokratischen Hemmnisse, die Betriebsstättengenehmigungen sind es.“ Meine Damen und Herren, das alleine ist es nicht.

Es ist ein Gebot der Stunde, daß wir uns etwas überlegen, wenn in Traiskirchen die Semperit-Werke sagen, „die Arbeit in Österreich ist zu teuer geworden“, da muß etwas geschehen. Da kann man sich nicht mit einem Nebensatz à la Dörflinger heute einfach davon lossagen, daß wir sagen: „Kommt nicht in Frage eine Sonderversicherung als Unfallversicherung“, obwohl wir alle wissen, daß 80 Prozent aller Unfälle Freizeitunfälle sind. Und jetzt könnte man sich einigen, ohne große Versicherungssummen, möglichst rasch zu helfen, damit es nicht notwendig ist, so in der bisherigen Manier sich zurückzulehnen und zu sagen „am 1. Jänner erhöhen wir die Beiträge wieder, uns geht ein bißchen ein Geld ab, aber das ist das Allereinfachste, es zahlen die mehr, die ohnehin ordentlich Melden und ohnehin legal Beschäftigen“. Und mit anderen Gedanken beschäftigen wir uns überhaupt nicht, es wird schon irgendwie gehen. Das Ergebnis liegt auf der Hand, die Gebietskrankenkasse wird heuer ein Defizit haben, Sie hören es richtig, von drei Milliarden Schilling! Es wird notwendig sein, diesen Betrag zuzuschießen. Und es ist wirklich auch kein Wunder, wenn Österreich innerhalb der EU an Selbständigen eine Quote von 6,4 Prozent hat, während der europäische Durchschnitt bei rund 10,8 Prozent liegt. Es ist eine Bitte und ein Auftrag an die Politik im Bund und im Land, sich darauf zu konzentrieren, die infrastrukturellen Maßnahmen vorrangig zu setzen: Schiene, Verkehrsverbindungen, Straße, Telekommunikation. Und jetzt sage ich nur einen Satz, damit wir deutlich sind. Wenn der Zug von Graz nach Wien auf einer Strecke von 220 Kilometern zwei Stunden und vierzig Minuten braucht, dann sind wir irgendwo steckengeblieben. Und wenn man an einem einzigen Tag von Graz nach Salzburg, Richtung Deutschland, beinahe mit dem Zug nicht hin- und herfahren kann, dann stimmt etwas nicht. Das ist die Erkenntnis, und hier gilt es, Maßnahmen zu setzen, hier gilt es nicht, Politik gegeneinander zu machen, hier gilt es, Politik miteinander zu machen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich freue mich wirklich, daß unsere Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic Pailer als Wirtschaftslandesrat in die Regierung geholt hat, der sich zum Ziel gesetzt hat, eine Unternehmeroffensive zu starten. Und ich wünsche dir und uns, daß es gelingt in diesem Jahr, das Ziel, 50 neue Unternehmer zu finden, auch erreicht wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Es muß unser gemeinsamer Wunsch sein in Land und Bund, daß finanzierbare Bauvorhaben auch vorgezogen werden, durchgezogen werden. Und ich

hoffe sehr, daß dieses Kreditvolumen für die Bundesbahnen, 60 Milliarden innerhalb von fünf Jahren natürlich, auch in der Steiermark spürbar wird.

Die Kolleginnen und Kollegen, die heute Stellung genommen haben zum Ausbau der Bahnen, vor allem bitte nicht übersehen, zweigleisig in Richtung Spielfeld, es ist ein gemeinsames Anliegen, wir brauchen das, wir müssen schnell sein. (Beifall bei der ÖVP.) Sie haben mir alle von der Seele gesprochen, und ich möchte euch bei dieser Gelegenheit sehr herzlich dafür danken. Übersehen wir nicht bei diesem Zusammenrücken und Zusammenstehen, wo es darum geht, lieber Freund Vollmann, wie du es gesagt hast, alles zu tun, damit es Beschäftigung gibt, weil dann stimmen auch die Eingänge in den Krankenkassen, dann stimmen auch die Beiträge, dann können wir dieses System sichern. Da gilt es natürlich auch daran zu denken, daß dieser Staat Österreich allein zur Bedienung der Schulden im nächsten Jahr 100 Milliarden Schilling brauchen wird. 1997 100 Milliarden Schilling zur Bedienung für die Staatsschuld! Wir tragen die Konsequenzen für das, was in den letzten 20, 30 Jahren falsch gemacht wurde. Wir haben aber die Verantwortung dafür übernommen.

Kostenexplosion bei den Krankenkassen, das kann man nicht so wegdiskutieren, wir erhalten die kleinen Krankenhäuser, ja das wäre ganz unmöglich sie aufzulassen. Niemand spricht vom Auflösen, aber dort muß doch endlich einmal ein Rechnungswesen einsetzen, daß man sagen kann, wir haben die Kosten in unserer Kontrolle, wir spüren die sinkende Beschäftigung, wir spüren das geringere Beitragsaufkommen. Und eine Freizeitversicherung ist eine unabdingbare Forderung, die wir alle gemeinsam stellen müssen. Die Kosten in den Versicherungen dürfen nicht mehr steigen. Nur so werden wir Lohnkosten erkennen und manipulieren für die Zukunft, weil bisher sprechen die Leute von Lohnnebenkosten, und sie sind eigentlich nur eine Worthülse geworden.

Um zum Schluß jetzt zu kommen, meine Damen und Herren, und ich bleibe in der Zeit, ein Wort auch noch zur EU. Wir befinden uns in der EU, die EU betreibt Regionalpolitik, und die EU-Mitgliedstaaten gehören zwar zu den reichsten Ländern, aber die ökonomischen Grundlagen und die wirtschaftliche Situation ist von Land zu Land verschieden. Und diese Ungleichheit, mit dem schönen Wort „Disparitäten“, macht eben eine aktive Regionalpolitik notwendig. Das bedeutet aber nicht, Zuteilen von Mitteln aus den Strukturfonds, sondern auch Mitsprache der Regionen im Europäischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozeß, und deshalb auch meine Bitte, Kolleginnen und Kollegen, arbeiten wir zusammen, damit diese Managements auf regionaler Ebene auch gut funktionieren, damit wir uns der Mittel der EU bedienen können. Am 9. Mai gibt es einen denkwürdigen Tag, der 9. Mai 1950 war es, als Außenminister Robert Schumann eigentlich den Grundstein für diese Europäische Union gelegt hat. Sein Ziel, und das sollen wir nicht aus den Augen verlieren, auch jene nicht, die den Konkurrenzdruck spüren, auch jene nicht, die sagen, die Preise stimmen im Moment nicht, „es geht darum, gemeinsam die europäischen Probleme zu lösen und für die Zukunft den Frieden zu sichern“.

Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 21.06 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (21.06 Uhr): Meine Damen und Herren, wenn die Situation nicht so ernst wäre, müßten wir eines einmal feststellen: Wenn ich so in den Raum schaue, sind jetzt die Frau Kollegin Zitz und der Abgeordnete Brünner leider nicht da (Abg. Purr: „Danke dir, daß du das aufzeigst!“), und da sieht man, welchen Stellenwert die Herrschaften – da bin ich jetzt voll bei dir – der Wirtschaft beimessen. Sie haben ihre Show gehabt, sie haben uns drei Tage lang in eine Situation gebracht, wo man sagen kann, sie haben ihren Effekt gehabt, aber andererseits, glaube ich, sollten wir nachdenken und uns das nicht gefallen lassen. Und ich sage es für das Protokoll – die Damen mögen mir das verzeihen, daß sie das mitschreiben müssen –, aber vielleicht kann sie es nachher nachlesen. Wenn sie sich aufregt und sagt, es werden hier freche Aussagen getätigt, dann möchte ich sie auffordern, sie soll dann die Protokolle nachlesen, was sie von sich gegeben hat, das war nicht von schwachen Eltern, wenn sie solche Ausdrücke wie „Stahlnacken“ austeilt. Ich habe da kein Problem, aber ich kann nur sagen, an ihr wird das Metallzeitalter auch nicht vorbeigehen, sie wird auch Silber in den Haaren, Gold in den Zähnen und Blei an den Füßen kriegen mit zunehmendem Alter! (Beifall und allgemeine Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren, ich muß auf zwei Dinge eingehen, und ich werde mich auch bemühen, meine Zeit einzuhalten, auf meinen alten Freund Kollegen Schützenhöfer – uns verbindet ja viel als Arbeitnehmervertreter, nur leider auf einer anderen Seite und manchmal auch andere Einstellungen, aber im Grundsatz sind wir uns wieder einig. Nur eines, Herrmann, muß ich da schon ein bißchen ins rechte Licht rücken. Du hast in deiner Budgetrede von Schweden gesprochen. Ich will nur einen Satz dazu sagen. Das kann man deshalb nicht im Raum stehenlassen, weil du hast die genauen Informationen nicht gehabt, und ich gebe sie dir dann gerne zum Nachlesen. Das ganze will ich nicht sagen, ich will nur einen Satz dazu sagen. Schweden ist nicht deshalb, weil es so sozial war, in eine Krise gekommen, sondern erst mit dem Wechsel, als die Konservativen an die Macht gekommen sind. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Na, na, na!“)

Das kannst du ganz genau nachlesen. (Beifall bei der SPÖ.) Ich sage euch eine Zahl. 1990 1,4 plus Wirtschaftswachstum, nur 1,5 Prozent Arbeitslosigkeit, 4,2 Prozent plus Überschuf in Prozenten des Bruttoinlandsproduktes, und in den vier Jahren von 1991 bis 1994 könnt ihr die Zahlen anschauen, katastrophal! Überall minus! Nur damit das klargestellt ist.

Das Zweite, zum Wirtschaftskapitel, meine Damen und Herren. Ich weiß nicht, Kollege Purr, wie es dir geht, aber ich habe jetzt die Protokolle von dir auch nachgelesen. Ich warte jetzt nur mehr auf den Zeitpunkt, wo du nicht mehr den Konsum in den Mund nimmst. Das ist immer das gleiche, du spielst immer die gleiche Platte. Ich bin nicht so unfair, daß ich sage Pengg, Assmann und so weiter. Ich vergesse das, es ist traurig genug. Und der Kollege Vollmann hat ja schon

darauf hingewiesen, welche Probleme wir haben. Also ich gestehe ein und sage, mir tut der Konsum vielleicht viel mehr weh als dir, und es ist bedauerlich, daß dies passiert ist. (Abg. Purr: „Der Konsum nicht, die Leute tun mir leid!“)

Und die Leute, die Beschäftigten des Konsums – die Manager tun mir nicht leid, die gehören eh mit dem nassen Fetzen gejagt, ich sage das brutal und steirisch. Aber wenn man dann so locker drüberfährt, Kollege Purr, mir hat das heute in der Früh zu denken gegeben, weil du von den Lohnkosten redest, ist auch immer dieselbe Platte, ihr müßt euch nur einmal einigen, wie ihr das auslegt. Weil einmal sagt ihr, die Lohnkosten sind 96 Prozent, und dann gibt es wieder Berechnungen, wenn es darum geht, daß Belegschaften was einsparen, ganz konkretes Beispiel, bei der Firma Pengg in Thörl, auf einmal hat man gesagt, nein, nein, das, was ihr einbringt bei den Lohnnebenkosten, macht ja nur 56 Prozent aus, wir haben ja nicht 96 Prozent an Lohnnebenkosten. Also, ihr müßt es euch einmal ausmachen, in welcher Form ihr konkret sagt, was sind überhaupt Lohnnebenkosten, und einmal herausrechnen, was tatsächlich nicht auf Grund des Lohnes dabei ist.

Nur, wenn die Steiermark in der Kaufkraft betroffen ist, und das ist das Bedauerliche, weil die Wirtschaft ist ja ein Kreislauf, je weniger die Leute draußen verdienen, umso weniger kaufen sie. Das wissen wir auch, das ist zwar ein altes Argument, aber noch immer stichhaltig. Da frage ich dich, wie das die anderen Bundesländer machen. Die zahlen viel höhere Löhne, haben auch viel höhere Lohnnebenkosten. Da muß ja irgend etwas nicht stimmen, warum wir leider (Abg. Schinnerl: „Verlangen tun sie mehr!“) vielleicht noch ein bißchen ein Glück haben, daß wir noch vor dem Burgenland sind. Aber wenn die ganzen EU-Förderungen in ihrem Ziel-1-Gebiet und so weiter greifen, überholen uns die Burgenländer auch noch, dann ist die Steiermark wieder Schlußlicht. Und noch etwas muß ich dir sagen, du hast die Arbeitslosenrate zitiert. (Abg. Schinnerl: „Richtig, das stimmt!“) Bitte, schau dir das auch genau an, denn im März hatten wir nicht 8 Prozent, das ist österreichweit, in der Steiermark haben wir schon 11 Prozent gehabt, und jetzt haben wir genau 10,4 Prozent.

Es ist eh bedauerlich, weil jeder Arbeitslose, den wir in der Steiermark haben, ist einer zuviel. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „So ist das!“) Das sage ich auch. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ.)

In aller Kürze, meine Damen und Herren, wenn man schon die wirtschafts- und arbeitspolitische Situation betrachtet, dann vertrete ich schon die Meinung, daß wir in der Steiermark genug punktuelle Ansätze haben, die im einen oder anderen Bereich nicht mehr genügen, damit wir auch die Ostöffnung und den EU-Beitritt in der steirischen Wirtschaft verkraften. Ich glaube, wir brauchen eine geschlossene, abgestimmte und vor allem von allen Seiten getragene wirtschaftspolitische Strategie. Es wird sich für uns die Frage stellen, ob die steirische Wirtschaftspolitik auch die Beantwortung findet, daß die Verantwortlichen einmal erklären, was wollen wir als oberstes Ziel der wirtschaftlichen Bemühungen definieren? Ist es das Beschäftigungsziel mit allen Widersprüchlichkeiten und Schwierigkeiten oder ist es ein anderes Ziel? Stehen

wir zur Arbeitsplatzbeschaffung, wie stehen wir zur Arbeitslosigkeit? Und wie halten wir es mit dem Begriff „international konkurrenzfähig“?

Für unsere Fraktion bedeutet Wirtschaftspolitik das Erreichen des Beschäftigungszieles unter der Beachtung der Erhaltung einer leistungsstarken und sicherlich konkurrenzfähigen Industrie. (Abg. Purr: „Genaro, ich bin deiner Meinung und anerkenne das. Nur habt ihr einen Weg beschritten, der dorthin geführt hat, wo wir jetzt sind!“) Nein, nein, da werde ich dir schon noch etwas dazu sagen. So ist es nicht. Das ist deine Auslegung, es gibt eine zweite.

Ich schließe aber das Gewerbe und die Dienstleistungen ein. Wir brauchen Infrastrukturinvestitionen, wir brauchen Forschung und Entwicklung, und du weißt genau, wenn du dir die Zahlen anschaut, wo wir als Österreicher stehen. Und man kann nicht aufhören, immer wieder zu fordern, daß die Leute auch dementsprechend in Forschung und Entwicklung einsteigen und mehr tun als andere, weil das unsere Überlebenschance ist in den Betrieben. (Abg. Schinnerl: „Sie müssen ihre Erzeugnisse ja verkaufen!“) Ja auch, das ist schon klar. Aber die ganzen Insolvenzen, Kollege Schinnerl, kannst auch nachlesen, und die ganzen Probleme haben sicherlich nicht die arbeitenden Menschen draußen verursacht. Das beweist der Kreditorenschutzverband, der gehört nicht der SPÖ und der gehört nicht der Gewerkschaft an. Du kannst einmal nachlesen, wo die Ursachen sind. (Abg. Schinnerl: „Wer ist schuld?“) Ich glaube, daß jeder, der Politik betreibt, jeder in seinem Ressort, jeder politische Referent die Abstimmung braucht, gemeinsam für unsere steirische Wirtschaftspolitik seinen Beitrag zu leisten. Wir brauchen auch den Bund, wir brauchen das Land, und wir sollen die Sozialpartner nicht vergessen, weil ich den Hermann Schützenhöfer und mich auch miteinschließen möchte.

Die Infrastrukturpolitik. Es ist sehr viel gesagt worden, und unbestritten ist, meine Damen und Herren, daß wir so ein Packerl an Studien und Gutachten in der Steiermark haben. Die sagen alle das gleiche aus, daß die wirtschaftliche Entwicklung der Steiermark ehe baldigst in Angriff zu nehmen ist. Und ich sage nur, hören wir auf mit den ganzen Studien, setzen wir einmal einen Teil um. Fangen wir an, etwas umzusetzen, damit die Leute draußen merken, in unserem Land geht etwas. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Die Glaubwürdigkeit in der Politik wird nur dann hervorgerufen werden, wenn die Menschen das Gespür haben, daß in unserem Land etwas weitergeht, und listen wir unsere Projekte, die wir alle da im Haus schon so lange diskutiert haben, einmal auf. Was ist umsetzbar im Straßenbau – ist schon angeschnitten worden –, im Schienenbereich? Beim Containerterminal, wie lange tun wir da schon herum? Wir müssen uns einmal dazu bekennen, weil Österreich und die Steiermark, und gerade durch diese Grünen, die so grün sind, wenn du sie ins Gras legst, dann sieht man sie nicht mehr, haben wir eine Industrie-feindlichkeit, die wir nicht mehr dulden können, Kolleginnen und Kollegen.

Ich möchte jetzt noch dazusagen, daß auch durch die vielumstrittene, für uns oder für mich persönlich, 380-kV-Leitung mit all den Problemen in der Oststeiermark das Land aufgerufen ist, auch hier in diese

Diskussion einzusteigen. Und da bin ich mir mit unserem Kollegen Getzinger sicherlich einer Meinung, daß es für mich außer Zweifel steht, daß, wenn die energiewirtschaftliche Notwendigkeit, wenn die Rahmenbedingungen, die Umweltverträglichkeit und die Raumverträglichkeit nachgewiesen wird und wir den Strom brauchen, weil zu sagen, Strom kommt aus der Steckdose, ist viel zu wenig, dann bitte ist das Land aufgerufen, in diese Diskussion einzusteigen, damit die Menschen überzeugt werden können. (Beifall bei der SPÖ.) Auch im Bereich der Raumordnung.

Raumordnung hat für mich auch einen wirtschaftspolitischen Faktor. Auf der einen Seite werden Siedlungsbereiche gebaut, dann schauen wir uns die Infrastruktur an, keine Verkehrsmittel, dann fangen die Probleme schon an. Als gelernter Grazer weiß man, welche Schwierigkeiten mit den Großmärkten entstehen, Kollege Purr, da nutzt es nichts, wenn wir verbieten und sagen, es darf dort und dort kein Großmarkt gebaut werden. Wenn die Wirtschaft aus Graz hinausgeht (Abg. Purr: „Habe ich das gesagt?“), nein, ich sage ja nur, wenn die Wirtschaft keine Möglichkeit hat, daß sie bitte auch hier in der Stadt Graz in ihren Einkaufszentren, daß die Nahversorgung aufrecht bleibt und die Leute nicht alle hinausgehen. Da gibt es auch schöne Studien. Und da werden wir uns noch anschauen, wenn bis zum Jahr 2000 zum Beispiel im Großraum Graz, außer Graz, 80.000 Kilometer an zusätzlichen Verkaufsflächen geschaffen werden. Da ist das Verbot zuwenig. Da werden die Leute hinausgehen, weil die Zufahrtmöglichkeiten, die Infrastruktur gebaut wird. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Die Grazer Firmen kannst sowieso zudrehen!“)

Und, Herr Landesrat, Sie haben auch ein Erbe angetreten, und das trifft nicht nur Sie allein. Ihre Vorgängerin hat auch ein schweres Erbe übernommen. Aber ich weiß nur, daß seit 20 Jahren bereits das Sachprogramm für Gewerbe und Industrie diskutiert wird, was wir noch immer nicht haben. Wir reden 20 Jahre davon, und ich sage, das ist 20 Jahre verbraten worden, auch von den Vorgängern, die in der Form nichts getan haben. Wir brauchen da auch verbindliche Planungen und bessere Bedingungen und Voraussetzungen, daß wir auch bei der Bodenbeschaffungs- und -nutzungspolitik für diese Wirtschaftsförderung etwas tun können. Und ich bin dankbar, und der Kollege Heibl wird wahrscheinlich ein paar Sätze dazu sagen, für diese Bauinitiative, daß wir in der Steiermark die Impulse geben, weil das erwarten sich die Leute. Und auch vom Bund müssen wir es einfordern. Die können nicht sagen, Sparpaket ja, wenn wir Milliarden zur Verfügung stellen – her mit dem Geld, wir haben Schwierigkeiten. Wenn die Beschäftigung nicht greift, wird sich das auch für die Steiermark auswirken. (Abg. Schinnerl: „Was sagt die Gewerkschaft?“)

Herr Landesrat, abschließend noch, Sie haben neue Vorstellungen für das Wirtschaftsleitbild. Ich sage noch einmal, ich bedauere, daß nur zehn Minuten Redezeit sind, denn in zehn Minuten kann man für die Wirtschaft nicht viel unterbringen. Ich habe das Gefühl, Sie sind jetzt mit Ihren neuen Überlegungen ein Lokführer, der die Lok nach altem Muster besteigt, unter Dampf setzt, die ersten Meter vorfährt und dann

vergißt, daß ja hinten die Waggons nicht angehängt sind, bremst, zurückfährt, neu ankoppelt, wieder wegfährt. (Beifall bei der SPÖ.)

Das sind dann die Folgen, daß wir da einen Zeitverzug und Zeitverlust haben. Den können wir nicht brauchen. Bemühen wir uns, daß wir die rund 70 Millionen Schilling an Umweltinvestitionen, an Zuschußvolumen aus der EU herauskriegen können, daß wir endlich, Herr Landesrat, oder vielleicht sehr rasch, weil Sie wissen genau, daß mit Jahresende sämtliche Richtlinien bei den Wirtschaftsförderungsgeschichten auslaufen, die Richtlinien haben, daß man sich wieder orientieren kann, daß man in die Verhandlungen eintritt. Und auch für Ihre Vorstellungen, gehen Sie hinaus in die Regionen, machen Sie nicht im Kammerl ein internes Papier. Diskutieren wir die ganzen Geschichten, damit wir das haben.

Ich möchte abschließend symbolisch – an beide, so fair bin ich – an den Landesfinanzreferenten und an Sie je einen Nagel verteilen. Machen Sie bitte in der Wirtschaftspolitik Nägel mit Köpfen, damit etwas weitergeht. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ. – 21.20 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Herr Abgeordneter Schinnerl, verstelle nicht dem nächsten Redner das Wort, das ist der Herr Präsident Vesko.

Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (21.20 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, Herr Landesrat!

Ich habe keine Nägel mit, aber ich habe etwas mit, was ich als Leitsatz für die Wirtschaftspolitik immer vorangestellt habe, und zwar: „Eine gesunde, leistungsfähige Wirtschaft ist der Garant für erstens Arbeitsplätze und zweitens soziale Sicherheit.“ Das sind sehr wesentliche Punkte, und ich möchte Ihnen auch kurz sagen, was das heißt.

Ich habe also hier die Wirtschaft, die dazu nötigen Arbeitsplätze und darunter den Sozialbereich, wobei sich bei uns derzeit die folgende Situation darstellt. Wir haben also das Problem unserer Wirtschaft, daß wir durch Insolvenzen, Rückgänge in den Auftragszahlen und, und jede Menge Arbeitsplätze verlieren, das heißt, der Arbeitsmarkt reduziert sich, wir haben eine höhere Anzahl an Arbeitslosen, und viele dieser Arbeitslosen und viele dieser Menschen, die davon betroffen sind, sinken in den Sozialbereich ab und müssen zusätzlich vom Staat und anderen Institutionen entlohnt oder entschädigt werden, damit sie ein karges Leben fristen können.

Was tun wir, meine Damen und Herren, und das ist das Bezeichnende unserer Wirtschafts- und Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik? Wir gehen her und tun jetzt den Sozialbereich mit Tabletten schmerzstillen, denken aber nicht daran, die Ursachen, die sich oben im Wirtschaftsbereich befinden, zu heilen beziehungsweise zu bekämpfen, damit wir diesen Prozeß nach unten nicht miterleben.

Ich kann Ihnen dafür eine Fülle von Beispielen geben. Während wir uns damit auseinandersetzen, wo wir Dinge einsparen können und wie wir sie machen sollten, um diesen Sozialbereich erhalten zu können, gehen wir her und belasten Tag für Tag die Wirtschaft

mit neuen Problemen, sowohl finanzieller Natur als auch was das Personalproblem und die Mitarbeiter-situation betrifft. Wenn ich alleine betrachte, was im heurigen Jahr an Belastungen auf die Wirtschaft durch das Sparpaket und durch Maßnahmen, die sich aus der Progression und anderen Bereichen ergeben, dazugekommen ist und daß wir selbst hier in der Steiermark, hier in diesem Land, noch hergehen und noch ein Schäufel nachlegen, um unten weiterzahlen zu können, können Sie daraus ersehen, welche Probleme wir damit haben. Was heißt das? Wir verlieren wiederum und weiterhin erneut Betriebe, wir haben wahnsinnige Schwierigkeiten, Nachfolgebetriebe zu finden, und, meine Damen und Herren, die sogenannte Ansiedelungsbewegung oder die Ansiedelungsversuche von Industriebetrieben und Wirtschaftsbetrieben in den Gemeinden draußen - und das werden mir die Gemeindepolitiker wohl alle bestätigen - gehört zu den schwierigsten Aufgaben einer Gemeinde und stellt sich derzeit fast als unlösbares Problem heraus.

Herr Landesrat, wenn Sie sagen, große Initiativen, 50 neue Betriebe, das haben wir alle schon gehört, aber während Sie 50 neue Betriebe bringen, sind uns 100 Betriebe eingegangen. Das heißt, die Rechnung geht nicht auf. Die Rechnung kann nur dann aufgehen, meine Damen und Herren, wenn wir uns endlich dazu entschließen, die Kuh nicht zutode zu melken, die uns den Bereich eröffnet, in anderen Bereichen, sprich am Arbeitsmarkt und im Sozialbereich, wiederum zu geordneten Verhältnissen zu kommen. (Beifall bei der FPÖ.)

Das ist das Problem, das wir haben. Und wenn wir nichts dazu tun, dann kann es nicht gehen. Und, meine Damen und Herren, es sind jetzt ja ein bißchen in den ersten beiden Beiträgen schon die alten klassenkämpferischen Gespräche herausgekommen, in Rudimenten allerdings nur, in einer viel feineren Art, als wir das noch vor einem Jahr gehört haben, was mich an und für sich freut, weil die vielzitierte Gemeinsamkeit, von der wir reden, vielleicht schlußendlich einmal dazu führen kann, daß wir es verbessern. Nur, meine Damen und Herren, aus der Sozialdemokratie anhand des Beispiels von Schweden: Gehen Sie nicht nach Schweden, bleiben Sie in Österreich. 25 Jahre sozialdemokratische Wirtschaftspolitik sind der Garant für das Ergebnis, das wir jetzt haben. Das heißt also, tun wir nicht den anderen diese Ohnmacht vorspielen, sondern sagen wir klar und deutlich, wir haben 25 Jahre in diesem Land falsche Politik betrieben. (Abg. Gennaro: „Das ist nicht wahr!“) Na, selbstverständlich haben wir die falsche Politik betrieben. (Abg. Gennaro: „Wenn wir 25 Jahre die falsche Politik gemacht hätten, dann wären wir nicht in Europa an dritter Stelle!“) Unter den Blinden einäugiger König zu sein, ist zuwenig. Wir haben die Probleme! Wir haben die Probleme nicht angegriffen, meine Damen und Herren, wir müssen die Probleme angreifen! (Abg. Gennaro: „Nicht das Gesamte in Abrede stellen!“) Natürlich haben wir hervorragende Musterbetriebe gehabt (Abg. Gennaro: „Haben wir noch immer!“), die uns Hunderte Milliarden und viele Arbeitsplätze gekostet haben. Wir haben die Philosophie ja schon langsam aber sicher geändert, und selbst in die tiefsten sozialdemokratischen Zellen

ist doch in der Zwischenzeit durchgedrungen, daß Wirtschaftspolitik nicht Verteilungspolitik sein kann, sondern Wirtschaftspolitik ein harter und sehr problematischer Wettbewerb ist. (Abg. Vollmann: „Reden wir darüber, wenn die Post und die ÖBB es wollen und privatisiert sind!“) Schau, das ist ja euer Problem, weil ihr machts es ja gerade. Aber ich sage eines, wenn ich jetzt gegenüberstelle, Kollege Gennaro, was ist mir mehr wert - und das ist jetzt ein bißchen polemisch von mir, gestatten Sie mir, daß ich das sage -, die Arbeitsplätze oder die internationale Konkurrenzfähigkeit, dann muß ich schon sagen, wir werden keinen Arbeitsplatz mehr sichern können, wenn es uns nicht gelingt, diese internationale Konkurrenzfähigkeit zu erhalten und in viele Bereiche zu erweitern, weil sonst werden wir auf unseren Produkten sitzenbleiben, und wir werden nicht in der Lage sein, die Arbeitsplätze zu sichern! (Beifall bei der FPÖ.)

Daher, noch einmal: Nicht unten hineinnehmen und oben herausziehen, sondern oben hineinstopfen, dann wird unten weniger! Dann können wir das System wieder aufziehen. Das heißt in der Gesundheits-sprache - die Damen werden das viel besser verstehen als wir - „liften“, ganz einfach liften, man muß die Falterln, die sich unten ansetzen, ein bißchen hochziehen und dann wird das wieder ganz schön. Das klingt sehr einfach, aber es gibt kein Rezept dafür.

Meine Damen und Herren, es sind ja so krasse Fehler begangen worden. Wenn ich euch zum Beispiel sage, nur um ein Beispiel zu bringen, wir haben vor wenigen Jahren eine Ostöffnung gehabt, und alle waren davon überzeugt, daß diese Ostöffnung uns nun endlich die Möglichkeit bringt, neue Märkte zu begehen, neue Märkte zu erschließen und dort zu arbeiten. Wir sind euphorisch dort hingegangen, und ich glaube, daß es eine wesentliche Aufgabe ist, dort zu arbeiten und dort zu helfen, damit wir den Strom, der uns entgegenfließt, auch ein bißchen abwehren können. Aber, und jetzt kommt das Problem, was haben wir gemacht? Jetzt habe ich mir einmal angeschaut, und da gab es vor wenigen Wochen eine Studie, nicht eine Studie, sondern eine Befragung jener Unternehmungen, die nach Österreich, und zwar nach Wien, gekommen sind und gesagt haben, diese Osterweiterung, diese Ostöffnung, die möchte ich von dort aus mitmachen, wo schon gewisse Kontakte über Jahrzehnte gepflogen wurden, nämlich von Wien aus, von Österreich aus. Und diese Unternehmungen hat man jetzt gefragt, wie sie nun den Wirtschaftsstandort Österreich beurteilen, und das Ergebnis war vernichtend und beschämend. Es war nicht die Frage der Lohnkosten, es war die Frage der Behinderung durch die öffentliche Hand, durch Behörden, durch Gewerbeinspektorate und, und, und, die dazu geführt haben, daß sie gesagt haben, wir werden uns wieder verabschieden, weil wir unter anderen Voraussetzungen wesentlich besser operieren können. Und viele dieser Unternehmungen sitzen heute in Prag, sitzen heute in Preßburg und sitzen auch in Budapest. Wir haben die Chance verschlafen, weil wir nicht in der Lage sind, das zu tun, was wir in allen Bereichen tun sollten, endlich einmal das System zu ändern, damit wir diese Maßnahmen überbrücken können. (Beifall bei der FPÖ.)

Und jetzt sind wir wieder dort, und jetzt haben wir wieder beschlossen, daß wir was Neues machen. Der Herr Landesrat hat uns ja gestern so freudig erklärt, „das Problem mit der Wassersteuer habe ich mit der Wirtschaft gelöst, die sind mit dem allem einverstanden“. Schnecken, ganz einfach Schnecken. Heute lesen wir und hören wir im Rundfunk jede Stunde, daß selbstverständlich die Wirtschaft massiv protestiert und sogar den Weg zum Verfassungsgericht anstrebt, weil sie sich nicht gefallenlassen kann, daß sie in der Situation, in der sie sich jetzt befindet, noch zusätzliche Belastungen durch das Land bekommt unter dem Titel des Sparpaketes.

Es gibt wiederum neue Auflagen. Und wenn Sie gerade jetzt den Streit zwischen der Bundeswirtschaftskammer, Maderthaner, und dem Sozialministerium, Hums, hören, wo es darum geht, was wir jetzt wieder an elf neuen Positionen für Sicherheitsmaßstäbe und Sicherheitsbevollmächtigte in den einzelnen Betrieben haben, dann weiß man, daß wir schon wieder dabei sind, die Kuh über Gebühr zu melken und neue Hürden und Schwierigkeiten aufzubauen. Das können wir nicht machen, wenn wir wollen, daß diese Wirtschaft uns das gibt, was wir brauchen – Arbeitsplätze und soziale Sicherheit. Jetzt bin ich wieder dort, wo sich der Kreis am Anfang geöffnet hat. Das müssen wir tun. Weniger Steuern, weniger Abgaben, weniger Hindernisse durch Bürokratie und Verwaltung, bessere Arbeitszeiten – auch dort sind wir aufgefordert, und ich muß allerdings mit Freuden sagen, daß ich in den letzten beiden Tagen aus unterschiedlichsten Bereichen das gehört habe, selbst von der Frau Kollegin Beutl, die sich also eher mit dem Schulbereich auseinandergesetzt hat, über die Arbeitszeiten, Teilzeiten und, und, und, in verschiedensten Arbeitsmodellen – damit müssen wir uns auseinandersetzen. Aus dem müssen wir etwas machen, weil dann haben wir auch die Chance, unsere Arbeit ein bißchen zu verteilen und auf diesem Wege auch ein bißchen mitzuhelfen.

Wir müssen, und das ist sehr entscheidend für die Ausbildung der Mitarbeiter, für die Forschung einiges ausgeben. So, und in dem Dilemma befinden wir uns, weil wir parallel dazu das Budget sanieren sollen und parallel dazu selbstverständlich auch Konvergenzkriterien zu erreichen haben, sie sicherlich für uns sehr schwierig zu erreichen sind. Zugegeben. Nur, meine Damen und Herren, wir haben Ihnen nicht versprochen, daß die EU keine Probleme bringt. Sie haben gesagt, das bedeutet keine Schwierigkeiten, es bedeutet keine steuerlichen Erhöhungen und so weiter. (Abg. Schrittwieser: „Keine Schwierigkeiten hat kein Mensch gesagt!“) Jetzt haben wir sie aber. Wir haben immer gesagt, das ist alles klaß und paletti, und wir haben keine Probleme damit.

Das, meine Damen und Herren, heißt also, daß wir zusätzlich zu den Belastungen, die wir selber schon haben, das noch dazu haben. Nur, wir haben uns dazu entschlossen, wir müssen dazu Maßnahmen setzen. (Abg. Gennaro: „Herr Präsident, wir hätten noch mehr, wenn wir nicht mitgemacht hätten!“) Also, das mag sich durchaus als richtig herausstellen, und wir hoffen es alle, denn wenn das tatsächlich eintritt, dann ist wenigstens ein Teil der Sorgen, die wir haben, gelöst, daß wir nicht noch mehr löhnen müssen, als wir jetzt schon zu zahlen haben.

Aber, und das ist der Appell, den ich an alle hier in diesem Hause richte, und vor allem an den Herrn Landesrat, bitte, melken wir die Kuh nicht über Gebühr. Ich bin kein Bauer, aber ich weiß eines, wenn ich die Kuh zu lange melke und sie gibt keine Milch mehr, dann hilft mir die beste Melkmaschine nichts mehr. (Abg. Tasch: „Die Kuh kannst du eh nicht melken!“) Das ist richtig, da gebe ich dir vollkommen recht, aber du bist ja Landwirt, du kennst dich da besser aus als ich. Ich habe da andere Probleme.

Meine Damen und Herren, wenn es auch schon ein bißchen spät ist, unsere Aufgabe heißt, die Wirtschaft zu stützen, mit allem, was uns zu Gebote steht. Und wir sollten uns sorgfältigst überlegen, alle Maßnahmen, die dieses Haus zu setzen hat, darauf zu prüfen, ob es einen positiven oder negativen Einfluß auf die Wirtschaft hat und damit in weiterer Folge auf die Arbeitsplätze und auf den sozialen Bereich. Wenn uns das gelingt, wenn uns das durch die große neue Zusammenarbeit der beiden großen Parteien gelingt, und wenn es uns auch gelingt, die klassenkämpferischen Attitüden etwas hintanzustellen und uns darauf zu beschränken, daß wir miteinander, und ich sage das jetzt ganz bewußt als Ausgegrenzter, es durchaus schaffen können, dann haben Sie einen Auftrag übernommen, obwohl das in der Budgetpolitik, die Sie bis heute betrieben haben, nicht zum Ausdruck kommt. Wir können nur hoffen, daß Sie sich eines Besseren besinnen. (Beifall bei der FPÖ. – 21.34 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Mag. Hohegger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Mag. Hohegger: Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Ich muß gleich zu Beginn meiner Wortmeldung einem Kollegen der eigenen Fraktion energisch widersprechen. Lieber Kurtl Tasch, es war sicherlich deine Wortmeldung zum Tourismuskapitel ein Höhepunkt dieser Budgetdebatte, aber ich sage dir eines, mit deiner Passage der langweiligen Steiermark warst du total daneben. Ich sage dir, ein Bundesland, das das Glück hat, ein Urvieh namens Kurt Tasch zu beheimaten, das kann niemals langweilig sein. (Beifall bei der ÖVP.)

Geschätzte Damen und Herren, trotz aller Wirrnisse, die man so im Verlauf einer Budgetdebatte hier mit erfährt, vor allem der Akrobatik um die Geschäftsordnung, ist eines erfreulich, und das hat sich durchgezogen von den Generaldebatten bis zum Schluß jetzt des Kapitels 7, und das ist die Beschäftigungsproblematik. Ich denke, daß wir sehr positiv und befreit eigentlich diesen Budgetlandtag heute am Abend verlassen können, weil eine Gemeinsamkeit gibt es in diesem Haus, das heißt, daß die Beschäftigungssituation das Leitmotiv von uns allen in diesem Hause ist. Und das ist eine beruhigende Erkenntnis. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Ich möchte aber hinzufügen, daß wir nach Budgetkonsolidierung, nach Bekenntnissen und gemeinsamen Zielen dazu übergehen müssen, daß wir von Standortdiskussionen zu Standortkonzepten kommen, die wir tatsächlich dahin gehend umsetzen, daß der Wirtschaftsstandort insgesamt in Österreich, aber vor

allem der der Steiermark, hier verbessert wird. Es ist in der Tat so, daß das Umfeld vor allem für die Beschäftigung, was die Wirtschaft anbelangt, in weiten Bereichen derzeit ein kontraproduktives ist.

Ich möchte schon hier auf die Arbeitskosten eingehen. Und, Herr Gennaro (Abg. Gennaro: „Ihr seid schon höher oben gewesen!“), lieber Herr Abgeordneter Kollege Gennaro, ich möchte hier eine internationale OECD-Analyse vorbringen. Hier ist es schon so, daß wir derzeit von den Schweden, da bin ich ausnahmsweise bei Ihnen, lernen sollen, und zwar in der Form, daß in den letzten 15 Jahren in Österreich die Arbeitskosten um 115 Prozent zugenommen haben und in Schweden um 29 Prozent. Ich glaube, das ist der Schluß, den wir ziehen sollten, und daß wir hier sehr vorsichtig vorgehen.

Herr Gennaro, noch etwas, ich bitte hier, auch aus der Sicht der Wirtschaft, um eine gewisse Fairneß – das ist jetzt nicht unter der Gürtellinie, sondern das ist eine Tatsache. Auch Sie selbst im ÖGB haben Ihren Mitarbeitern KV-mäßig für heuer 1,9 Prozent angeboten, und ich bitte um Verständnis, daß Sie an die Wirtschaft nicht mit 5, 6 und 8 Prozent in dieser Situation herantreten sollen. (Abg. Gennaro: „Wir haben nicht mehr bekommen!“) Und ich bin ganz beim Kollegen Schreiner, ich glaube, er ist im Moment nicht da, der gestern gesagt hat, jede Kostenbelastung der Wirtschaft drückt auf die Arbeitsplätze und damit auf die Mitarbeiter. Das sollte uns wirklich zu denken geben. Und, Herr Kollege Schinnerl, auch das ist für mich ein Anlaß festzuhalten, wir brauchen hier neue Strategien, weil wenn wir soweit sind, daß der Pleitefonds, wie Sie gesagt haben, mit 7 Millionen (Abg. Schinnerl: „7 Milliarden!“) pleite ist, dann müssen wir einmal intensiv darüber nachdenken, welche Wege wir hier einschlagen. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Muß man einen Nachfolgebetrieb machen!“)

Der zweite Punkt wurde von Ihnen, Herr Präsident Vesko, angeschnitten, und das ist die Bürokratie und das sind die Verfahrensdinge. Es ist mir bewußt, daß vieles, was wir hier diskutieren, grundsätzlich nur auf Wiener Ebene gelöst werden kann, aber wir haben in der Steiermark Hausaufgaben genug zu machen.

Ich habe nur ein Beispiel eines steirischen Unternehmens, das im Süden von Graz 100 Millionen Schilling investieren möchte. 100 Millionen Schilling, und der braucht, Herbert, von dir keine Subvention, der macht das selber, aber er darf nicht. Und der Ablauf ist dermaßen, daß dieses Unternehmen am 6. September 1991 den ersten Antrag gestellt hat, am 6. September 1991. Mittlerweile, ich habe das genau aufgelistet auf vier Din-A4-Seiten, 19 Behördenverfahren, und am heutigen Tage hat er die Genehmigung noch nicht.

Wenn das nicht ein Anlaß ist, für uns alle gemeinsam hier von der Steiermark aus bis nach Wien die entsprechenden Dinge einzufordern, ich glaube, dann ist uns ohnedies nicht mehr zu helfen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Ein kurzer Ausflug noch zur Lehrlingssituation, sie wurde hier auch schon angerissen. Und bitte auch hier die konkrete Ziffer, ich wiederhole es, von Hermann Schützenhöfer.

In den letzten fünf Jahren, seit 1990, haben sich in der Steiermark im Jahresschnitt 200 steirische Unternehmen von der Lehrlingsausbildung verabschiedet. Bitte? (Abg. Gennaro: „Das ist traurig!“) Ja, das ist sehr traurig. Aber es ist ein Lichtblick darin zu sehen, es ist uns in einer gemeinsamen Vorgangsweise mit der Arbeiterkammer in der Steiermark gelungen, die Erklärung von Graz zustande zu bringen. Und, Herr Kollege Gennaro, noch einmal an Sie die Bitte. Wir haben unseren Sozialpartner auf Bundesebene so weit gebracht, weil auch das kann man nur in Wien lösen, daß hier entsprechende Schritte eingeleitet wurden. Es ist soweit gehandelt worden, daß alle Landeshauptleute von Österreich ersucht wurden, diesem Problem wirklich näherzutreten. Und ich bitte die Gewerkschafter im Interesse dieses Systems, sich dafür einzusetzen, daß es uns gelingen möge, nach dem steirischen Vorbild eine Erklärung für die Jugend in Österreich zustande zu bringen. Sonst ist dieses System endgültig den Bach hinuntergegangen.

Und ich hätte hier auch noch die Antwort an Sie wegen der Zielsetzung der Wirtschaftspolitik. Wo geht sie hin? Ich spare das ein, weil ich weiß, daß der Herr Landesrat das bringen wird. Aber wegen der Lok und wegen der Waggons. Lieber Herr Landesrat, bleib die Lok. Und wenn wir eine Lok haben, dann sollten wir beruhigt sein. Und, Herr Gennaro, wir alle 56 sind gefordert, die Waggons für ihn zu sein, und zwar nicht nur, daß wir uns dranhängen, sondern daß wir auch hier die Schubkraft geben, damit hier etwas weitergeht. (Beifall bei der ÖVP.)

Ganz kurz noch zum Budget. Es wurde viel diskutiert darüber, Herr Präsident Vesko, was wir hier für einen Riesenwahnsinn mit diesem Budget begehen. Ich sage Ihnen, ich habe mich eigentlich mit Überzeugung dieser Sache angeschlossen, und ich darf folgendes zu diesem Budgetwerk festhalten, der Herr Finanzlandesrat ist leider nicht da. (Abg. Günther Prutsch: „Da ist er!“ – Abg. Gennaro: „Er verläßt den Saal schon nicht!“) Wo ist er? Aha, er hört nur gerade nicht her.

Ich möchte zu diesem Budget folgendes festhalten: Ich als neuer Abgeordneter habe drei Schwerpunkte, die mir bei diesem Budget besonders imponieren. Das erste ist, daß es gegenüber dem ersten ursprünglichen Budgetansatz gelungen ist, die Neuverschuldung von vier Milliarden auf eine Milliarde zu drücken. Und das ist ein sehr entscheidender Schritt, daß hier bei der Neuverschuldung entsprechend die Bremse angezogen wurde. Das ist das Erste.

Das Zweite, das Ressortsparmodell. Es soll uns irgend jemand erst einmal nachmachen, daß generell quer über alle Ressorts der Landesregierung dieser Konsens herbeigeführt wurde. Und auch hier ein Dank an den Herrn Landesrat Schmid, er hat es mitgetragen, obwohl mit einem Parteienvorbehalt, das ist ein anderes Bier, aber sonst wäre der einstimmige Beschluß in der Landesregierung nicht möglich gewesen.

Und ein Drittes, wozu ich mich eindeutig bekenne, ist, daß es trotz der budgetären Situation in Zeiten der Sparmodelle gelungen ist, für die Zukunft des Landes ein Sonderinvestitionsprogramm von 2,5 Milliarden Schilling zu reservieren. Ob das alles gelingt, das wird die Zukunft zeigen. Ein Budget ist immer eine in Zahlen gegossene Zukunftseinschätzung, und niemals ein

Tatsachenbericht. Ich weiß nicht, ob die Frau Magister Hartinger irgendwo da ist, aber der Tatsachenbericht ist immer erst der Rechnungsabschluß, und das ist in der Wirtschaft nicht anders.

Und auch das habe ich gehört, Dr. Lehner vom Wirtschaftsforschungsinstitut hat der Steiermark eigentlich Anerkennung gezollt, wenn es uns gelingt, das auch tatsächlich durch den Landtag zu bringen. Ich glaube, mit Dr. Lehner befinden wir uns diesbezüglich in guter Gesellschaft.

Ich darf noch anhängen, es wurde schon soviel gesagt, ich brauche das nicht alles zu wiederholen, das Telekommunikationsprojekt mit Beschluß dieses Budgets ist sozusagen startfertig konzipiert, aus dem Konzept gegeben sofort in die Realisierung. Und zum Dienstleistungspaket für Unternehmensgründer möchte ich schon eines sagen: Es ist nicht so, Herr Präsident Vesko, daß, wenn wir fünfzig gründen in der Steiermark hundert draufgehen. Die letzten zehn Jahre in der Steiermark haben gezeigt, daß die Anzahl der Unternehmen von 31.000 auf über 40.000 gewachsen ist. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Ja, das sind alles Ein-Mann-Ingenieurbüros, die kann ich Ihnen vorführen!“) Gott sei Dank gibt es auch solche. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Dort ist aber kein einziger Arbeitsplatz!“) Und es sind auch im gleichen Zeitraum die Arbeitgeberbetriebe, die Mitarbeiter beschäftigen, von 18.000 auf weit über 20.000 angestiegen. Das ist die Situation. (Abg. Schinnerl: „5400 Ein-Mann-Betriebe gibt es!“) Positiv! Wir brauchen noch mehr! (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Ja, einverstanden. Aber eingehen tun uns Betriebe mit 600 Leuten, mit 200 Leuten, 250 Leuten!“) Es kann nicht unsere Aufgabe sein, daß wir Zukunftsinitiativen von vornherein den Mißerfolg bescheinigen.

Ich darf meine Ausführungen schließen und hätte noch eine Idee, ich bin davon überzeugt, daß es unabdingbar ist, und das geht an den Herrn Finanzlandesrat. Herr Ingenieur Ressel, ein kurzer Vorschlag in diese Richtung. Es ist für mich in der Zukunft nicht denkbar, daß ein Budget mit einer derartigen Systematik ohne Kostenrechnung auskommt. Wir haben hier in diesem Hohen Haus vom Unternehmen Steiermark gesprochen, und das ist auch die richtige Botschaft. Aber es kann nicht sein, daß das größte Unternehmen des Landes ohne Kostenrechnung auskommt. In diesem Sinne hoffe ich, daß wir hier auch etwas unternehmen, und danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 21.47 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Vorläufig letzter Redner ist der Herr Abgeordnete Otto Heibl.

Abg. Heibl (21.47 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete!

Ich werde zu einem konkreten Projekt Stellung nehmen, und nicht zu allgemeinen Aussagen. Ich werde Sie daher auch nicht mit Zahlen füttern, obwohl sie dramatisch genug sind, um bei allen verantwortlichen Wirtschaftspolitikern sämtliche Alarmglocken läuten zu lassen, noch werde ich Sie mit Statistiken eindecken. Ich werde Sie lediglich mit der Bauinitiative Steiermark in einer Kurzform befassen, ich werde sie vorstellen.

Ein partnerschaftliches Modell zur Eindämmung der horrenden Arbeitslosigkeit in der Steiermark – und es wurde heute ja schon angeschnitten –, das gleichzeitig zu einer Belebung der lokalen und regionalen Wirtschaft führen soll. Die Bauinitiative Steiermark, meine Damen und Herren, ist gemeinsam von der steirisch-kärntnerischen Ziviltechnikerkammer und der Gewerkschaft Bau-Holz entwickelt worden, wobei ich vor allem den Leibnitzer Ziviltechniker Reinhold Heidinger nennen möchte. Dieses mehrfach bewährte Modell des Schweizer Investitionsbonus war uns dabei eine wertvolle Hilfe und Anregung. Und Zweck dieser Bauinitiative Steiermark ist es, durch Landesförderungen die Verwirklichung von zusätzlichen oder echt vorgezogenen Baumaßnahmen zu ermöglichen. Die Zusätzlichkeit oder das Vorziehen gegenüber bestehenden Budgets und Bauplanungen sind die wesentlichen Voraussetzungen, um so rasch wie möglich, meine Damen und Herren, primär kleinstrukturierte mittlere Baumaßnahmen auszulösen. Die Fördersatzte sollen nach unserer Meinung im Normalfall 10 Prozent betragen, zur Eindämmung der Winterarbeitslosigkeit, die uns natürlich ganz stark am Herzen liegt, jedoch dann 15 Prozent, wenn die Projekte überwiegend im Winter, also von Dezember bis März, auch fertiggestellt werden. Für 1996/97 soll es dafür 100 Millionen Schilling an Förderungsmitteln geben, die aus den bereits genannten 2,5 Milliarden für Infrastrukturförderung finanziert werden. Was bedeutet das in Wirklichkeit in der Praxis? Wenn die Bauinitiative Steiermark nur einigermaßen funktioniert und greift, dann bedeutet das ein Bauvolumen von nicht weniger oder ungefähr rund einer Milliarde Schilling zusätzlich.

Diese Prognosen mit einer Hebelwirkung von 1 zu 10, und in der Schweiz war es bereits zum zweiten Mal der Fall, daß eine Hebelwirkung von 1 zu 10 erreicht wurde, ist eher vorsichtig und durch nationale und internationale Erfahrungswerte abgesichert. Diese Milliarde fließt praktisch zur Gänze in die steirische Bauwirtschaft, in das steirische Tischlergewerbe, in die weißgrünen Spenglereien und Dachdeckereien und in die heimische Baustoffindustrie, in die Ziegelwerke, zu den Zimmerern und so weiter. Diese Milliarde, die wir erwarten, schafft aber auch zusätzliche Arbeitsplätze in den Bauhaupt- und Baunebenberufen oder sichert zumindest die hohe Qualifikation der in diesen Bereichen Beschäftigten, deren Abwanderung in andere Branchen sonst massiv drohen würde.

Gleichzeitig, meine Damen und Herren, werden durch diese Bauinitiative Steiermark Millionenbeträge an Arbeitslosengeldern erspart.

Hier muß ich nun den einzigen Wermutstropfen des Modells nennen. Sowohl die ersparten Arbeitslosengelder als auch die durch die Bauinitiative ausgelösten Steuerleistungen fließen nur zu einem Bruchteil wieder in die Steiermark zurück, nur im Wege eines Finanzausgleiches und der Ertragsanteile, obwohl sie zur Gänze in der Steiermark entstehen. Würden nämlich alle Bundesländer mitmachen, dann wäre der Rückfluß an das Land und an die Gemeinden der Steiermark höher als der Einsatz dieses Geldes.

Alle anderen Bundesländer sind aufgerufen, Ähnliches zu tun.

Nur, zur Abwicklung, meine Damen und Herren, der Bauinitiative Steiermark ist ein schlankes, kurzfristig entscheidungsfähiges Gremium mit dem Arbeitstitel „Konjunkturforum Bau“ vorgesehen, das rasch und absolut unbürokratisch – und das ist wichtig – über die Förderungsanträge von Gemeinden, Zweckverbänden, Anstalten sowie anderen Trägern öffentlicher Aufgaben entscheidet. Wichtig ist der Bauinitiative Steiermark ausschließlich die rasche und die wirkungsvolle Bekämpfung der Arbeitslosigkeit am Bau. Und am Bau nicht deshalb, weil ich Baugewerkschafter bin, sondern weil der Bau im weitesten Sinn des Wortes die Schlüsselbranche für das Wirtschaftsgeschehen im allgemeinen darstellt.

Zum Abschluß darf ich Ihnen noch den großen Unterschied zwischen der Bauinitiative Steiermark und den gewaltigen, sowohl vom Land als auch vom Bund geplanten Infrastrukturmaßnahmen erläutern.

Die Bauinitiative kann einerseits sofort – und das ist wichtig – und andererseits überwiegend bei Klein- und Mittelbetrieben wirksam werden. Die Bundesmaßnahmen hingegen hat erst dieser Tage ein ehemaliger Finanzminister – es war Hannes Androsch am Sonntag – als verbale Placebo bezeichnet, er hat sicher zum Teil recht. Wir aber wollen, meine Damen und Herren, handfeste, wirkungsvolle und rasch wirkende Maßnahmen für die Bauarbeiter, die Bauunternehmer und die Planer und Ingenieure unseres Landes. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn uns das gelingt und wenn wir das durchziehen – und davon bin ich überzeugt –, dann wird die Steiermark die Nase vorne haben, weil kein anderes Bundesland eine ähnliche Initiative, was den Bau betrifft, bis jetzt hat. Aber es sind alle anderen Bundesländer auch aufgerufen, Ähnliches zu tun. Danke fürs Zuhören! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 21.54 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Wir kommen nun zur Rede des Herrn Landesrates Ressel.

Landesrat Ing. Ressel (21.54 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Weil mich der Herr Abgeordnete Mag. Hochegger angesprochen hat, möchte ich Ihnen nur insofern antworten, daß ich mich erstens einmal freue, daß Sie das, was im Zusammenhang mit der Budgeterstellung bewirkt wurde, anerkennen. Ich darf Ihnen sagen, daß ich die Schwerpunkte gleich einschätze wie Sie, vielleicht noch mit einer Ergänzung, daß es uns gelungen ist, eine Nettoneuverschuldung in der Größenordnung von 3 Milliarden zu verringern und die Belastung für die steirische Bevölkerung nur um 400 Millionen anzuheben, zumindest über direkte Landesabgaben. Ich glaube, das ist ein wesentlicher Punkt. Nimmt man die Mehreinnahmen von seiten des Bundes noch dazu, dann schaut das so aus, daß wir immerhin zwei Drittel, also 2 Milliarden, nachhaltige Einsparungen haben und ein Drittel Mehreinnahmen. Das Verhältnis also 2 zu 1. Wenn man sich das im Bund anschaut, ist es etwa 1 zu 1.

Also ich glaube, daß wir hier gut gearbeitet haben.

Ich bin ganz Ihrer Meinung, daß wir diese betriebswirtschaftlichen Instrumentarien im Land brauchen, möchte aber hinzufügen, weil doch einige Damen und

Herren erst am 17. Dezember in das Hohe Haus gekommen sind, daß über viele Jahre hinweg die Einführung der Vierphasenbuchhaltung verhindert wurde, daß diese Möglichkeit erst 1995, also im vergangenen Jahr, geschaffen wurde. Erst im Zuge der Regierungsverhandlungen war es möglich, das Einverständnis dafür zu bekommen, daß Kostenrechnung, Controlling im Rahmen der Buchhaltung installiert wird. Sie sehen also, daß die Furcht vor Transparenz, die falsche Furcht vor Transparenz in der Vergangenheit über betriebswirtschaftlichen Sachverstand triumphiert hat.

Ich bin sehr froh, daß das jetzt anders ist, insbesondere deshalb, weil beispielsweise auch in den Diskussionen über den Verkehr ja angeklungen ist, daß die ÖSAG, also die Österreichische Straßen-erhaltungs-Aktiengesellschaft, in Zukunft die Straßen-erhaltung der Bundesstraßen, zumindest des hochrangigen Straßennetzes, selbst durchführen will. Wir werden als Land dann, wenn das kommen sollte, in die Position kommen, unsere Dienstleistung anbieten zu müssen. Und da brauche ich zumindest einmal eine Vollkostenrechnung, um zu wissen, wie unser Kostengefüge aussieht. Die ÖSAG wird dann entscheiden, ob wir billig genug sind oder nicht.

Ich glaube, daß damit doch ein neuer betriebswirtschaftlicher Trend in den inneren Ablauf des Landes kommt, obwohl Sie mir sicher zustimmen werden, daß Landespolitik insgesamt natürlich keine Unternehmenspolitik ist, sondern weit darüber hinausgeht. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 21.57 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Das Schlußwort hat der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Paierl.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (21.57 Uhr): Verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist 3 Minuten vor 10, das heißt also, von der Arbeitszeit her gesehen ist es wirklich eine Konditionsfrage für Sie und auch natürlich für alle hier anwesenden arbeitenden Menschen geworden. Ich möchte aber doch bei dem Kapitel, und ich bin ja der Dritte im Bunde, das Wirtschaftskapitel ist ja dreigeteilt – Land- und Forstwirtschaft, Tourismus und jetzt also auch Industrie, Gewerbe –, wenn Sie so wollen, ein paar Dinge zu den Darstellungen hier sagen, die die Herren Abgeordneten – es waren nur Herren in diesem Fall – gebracht haben.

Einerseits kann ich generell zu den Darstellungen beziehungsweise Ausführungen des Herrn Präsidenten Vesko sagen, auch wenn sie da oder dort einen gewissen oppositionellen Unterton haben, aber ich weiß, er ist ein Wirtschaftsmann, er hat Richtiges in der Tendenz gesagt.

Und dann möchte ich vielleicht doch noch einige Minuten dafür verwenden, um auch grundsätzlich das, was insbesondere Kollege Gennaro angesprochen hat, ein bißchen auszublicken und auch zu sagen, was wird denn jetzt auf uns zukommen. Was wird damit auch auf Sie zukommen, denn Sie gehören ja hier auch zur Führungsmannschaft in der steirischen Struktur- und Wirtschaftspolitik.

Ich fangé vielleicht völlig verkehrt an zu dem, wie es sonst üblich ist. Ich bedanke mich eingangs bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Büro und in den Abteilungen, weil sie auch sehr vieles vorbereitet haben für diese Budgetierung, für diesen Budgetlandtag.

Ich bin auch persönlich bewußt deswegen fast die ganze Zeit hier anwesend gewesen, weil ich Ihre Argumente für dieses Unternehmen Steiermark sehen und hören wollte.

Gestatten Sie mir, daß ich hier zu Beginn diesen Dank ausspreche und auch den Debattenrednern danke.

Zu Herrn Kollegen Gennaro muß ich doch sagen, natürlich, das mit der Lokomotive und mit den Waggonen, das Bild gefällt mir sehr gut, nur es ist dann in so einer heterogenen politischen Landschaft nicht immer sehr leicht. Ich bin in einer Firma gewesen, wo es auch nicht leicht war, zugegebenermaßen, aber trotzdem, nach einer gewissen Zeit kann man dort dann eine Identität schaffen. Das ist natürlich in einer landespolitischen Situation etwas schwieriger, weil nicht immer hat man den Eindruck, wenn man eine gute Idee hat, wenn man auch ein Konzept hat, eine programmatisch durchdachte Maßnahme vorschlägt, daß sie dann alle mittragen.

Ich will nicht alte Wunde aufreißen, aber da gibt es einige Beispiele, die ja noch vor kurzem in diesem Haus heftigst umstritten wurden. Und weil gerade mein Kollege Gerhard Hirschmann gekommen ist, der weiß ein besonderes Lied davon zu singen. Auch das wären und sind noch immer wichtige wirtschaftspolitische Anliegen dieses Landes, und das sage ich auch als Wirtschaftslandesrat.

Zu Herrn Präsidenten Vesko. Er hat vor allem in seinem Schlußsatz dasselbe gesagt, was gestern spät-abends die Frau Kollegin Rieder gemeint hat, daß nur eine leistungsfähige Wirtschaft ein soziales Netz und die soziale Sicherheit geben kann. Also insofern sehe ich hier durchaus von den programmatischen Aussagen her ein sehr breites Miteinander, eine Möglichkeit der Kooperation. Ich meine aber trotzdem, man muß anpassen, wenn man hier dann parlamentarisch arbeitet, daß man nicht zu sehr krankjammert, denn wir wissen alle miteinander, und vor allem die, die in der Wirtschaft tätig waren, daß ein Großteil des wirtschaftlichen Erfolges oder umgekehrt auch des Mißerfolges von Einschätzungen abhängig ist. Das heißt also, das Gefühl, die Einschätzung, die Wertschätzung sind wesentliche Elemente wirtschaftlicher Aktivitäten. Und das bitte ich auch, bei politischem Parlamentarismus, für den ich Verständnis habe, zu berücksichtigen.

Und nachdem Bilder mehr und vor allem sehr effizienter aussagen können als viele Worte, habe ich es mir auch nicht nehmen lassen, ein Bild anzufertigen, das Ihnen zeigen soll, wie die wirtschaftliche Entwicklung in der Steiermark und bezogen auch auf Österreich in den letzten Jahren von 1991 bis 1995, und jetzt auch ein Versuch einer prognostischen Vorschau, sich darstellt. Da sehen Sie – die Grünen sind wir, die Roten sind in dem Fall der österreichische Staat –, daß wir ab 1994 einen größeren Wachstumsanteil im Vergleich zu der gesamtösterreichischen Wachstumsquote im Bruttoinlandsprodukt hatten und das auch für das nächste Jahr zu erwarten ist, wenngleich auf einem

viel niedrigeren Niveau. Das sind auch sicherlich die Probleme, die wir in der Wirtschaftspolitik, die wir aber auch in der Budgetpolitik haben.

Lassen Sie mich ein, zwei Sätze auch zu der aktuellen Frage sagen. Präsident Vesko hat sie ja angeschnitten, auch der Kollege Hohegger, das aktuelle Thema der letzten Tage. Auch wenn es heute in der Früh noch anders gelaute hat, Sie haben dann aber, Herr Präsident, eine Presseaussendung der Wirtschaftskammer offensichtlich übersehen, hier war nicht ganz Autorisiertes unterwegs von gestern, muß man doch – und der Herr Finanzreferent hat es noch einmal betont – darauf hinweisen, daß gerade für den Wirtschaftsstandort, für das Unternehmen Steiermark, eine Budgetkonsolidierung unumgänglich war. Denn das, was noch im Herbst 1995 für das Jahr 1996 vorlag, eben mit einer Nettoneuverschuldung von rund 4 Milliarden – jetzt sage ich gleich dazu technisch, das ist ein administrativer Ausweis, nach Maastricht-Kriterien wäre es ein bißchen weniger gewesen, 2 bis 2,2 Milliarden laut Prof. Lehner –, das wäre mehr als ein Drittel des Volumens, den alle neun österreichischen Bundesländer und sämtliche österreichischen Gemeinden auf Grund der Maastricht-Kriterien und auch auf Grund des Übereinkommens vom 22. Februar in Wien, dem alle zugestimmt haben, verbrauchen dürfen, wenn ich so sagen darf etwas unökonomisch. Sie wissen, die 0,3 Prozent an Nettodefizit, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, sind das, wozu sich alle verständigt haben. Und jetzt bitte auch eine Richtigstellung. Das ist nicht nur Maastricht, auch wenn es immer in der Argumentation so dargestellt wird, das wäre auch ohne EU und ohne Maastricht notwendig gewesen. Die Wirtschaftswissenschaftler sind sich hier einig.

Nicht nur in Österreich, sondern in Gesamteuropa gibt es eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte auf Grund der Finanzmärkte, die ja hier relativ strenge Augen dann auf diese Unternehmungen auch halten, erforderlich war und erforderlich ist. Und das ist ja mit 1997/98 nicht vorbei, das wissen wir auch. Das heißt also, daß dieses Ergebnis der Konsolidierung, so Sie am Ende diesem Budgetprogramm 1996/97 zustimmen, ist ganz und gar auch im Interesse der steirischen Wirtschaft, des steirischen Unternehmensstandortes. Nur dadurch wird jene Grundlage geschaffen, daß eine leistungsfähige öffentliche Hand, in dem Fall das Land Steiermark, auch für die Aufgaben der Zukunft entsprechende Mittel und entsprechende Bewegungsspielräume hat. Würden also diese Konsolidierungen nicht stattgefunden haben oder würden sie nicht immer wieder stattfinden, wären also umgekehrt diese Leistungsmöglichkeiten – und da will ich das nicht wiederholen, was die Debattenredner hier ohnehin schon ausgeführt haben auch zu diesem Kapitel, insbesondere Peter Hohegger – nicht gegeben. Das Unternehmen Steiermark braucht sozusagen einen geordneten Haushalt und eine geordnete Finanzierung. Und somit mein uneingeschränktes Bekenntnis zu dieser Konsolidierung. Also da sollen keine Mißverständnisse auftauchen.

Sehr erfreulich ist sicherlich auch für den Standort Steiermark und auch für die wirtschaftliche Entwicklung und somit auch für das Schaffen von Arbeit, auch da im Sinne von Hermann Schützenhöfer und

auch von Kurt Gennaro, daß ein Sonderinvestitionsprogramm, und zwar ein fünfjähriges, jetzt schon paktiert und auch hinsichtlich der Finanzierung Vereinbarungen getroffen werden konnten. Denn Sie müssen eines wissen, und da kann ich Ihnen ein zweites Bild zeigen. Das ist meines Erachtens auch sehr eindrucksvoll. Das Große, in dem Fall Herr Präsident und Kollegen aus der F-Bewegung, ist das gesamte Wirtschaftsvermögen eines Jahres, das Bruttoinlandsprodukt der Steiermark, 281 Milliarden. Dieses rote Kästchen hier mit rund 40 Milliarden ist das Gesamtbudget des Landes, und das ganz Kleine, das habe ich mich auch noch getraut dazuzuzeichnen, das grüne kleine Mausloch ist das unmittelbare Budget des Wirtschaftsressorts. Damit sehen Sie die Größenordnungen, damit sehen Sie also auch die Dimensionen. Und deswegen sind alle Appelle der Zusammenarbeit, die ich hier gehört habe, insbesondere auch Kurt Gennaro, auch im Sinne und im Interesse unserer Frau Landeshauptmann und sind für die Wirtschaftspolitik das Nonplusultra. Ohne das geht es nicht. Das Fördern da oder dort und die paar Millionen, wir müssen selbstverständlich sehr sparsam damit umgehen, Herr Präsident. Wir werden also keine Mittel kranken Unternehmen noch nachwerfen oder sogar noch Sterbehilfe geben, das ist nicht meine Politik, war auch nie die Politik. Daß aber andererseits bei der Risikobereitschaft, die wir in der Wirtschaft haben müssen, da oder dort auch Risikokapital, das auch aus der öffentlichen Hand kommt, damit untergeht, ist auch klar. Also ich bitte, dann hier nicht mit zweierlei Maß zu messen. Ich kann nicht auf der einen Seite zu mehr Risiko, zu mehr unternehmerischer Initiative auffordern, auch von der öffentlichen Hand, und gleichzeitig, wenn dann etwas schiefeht, sagen „hoppla, da ist einer als Gauner abgestempelt“.

Zum Schluß noch einige High-Lights aus dem Ressort selbst. Ein absolutes – und da bedanke ich mich ausdrücklich beim Finanzreferenten, bei der Regierungsmannschaft, daß nach einigem Hin und Her und Schwierigkeiten der Orientierung im Interesse des Landes die Telekommunikation, die ja ein weltweites boomendes Geschäft ist, auch in der Steiermark im steirischen Landeshaushalt entsprechenden Niederschlag gefunden hat, als völlig neuer Ansatz, das in einer Zeit des Sanierens, das in einer Zeit des Konsolidierens – da bedanke ich mich ausdrücklich – mit 100 Millionen Schilling. Wenn wir hören, daß etwa der Freistaat Bayern, der, wie Sie wissen, um vieles größer ist als wir, 100 Millionen Mark hat, dann meine ich, stimmt die Dimension. Wir müssen in den nächsten Jahren sehr gezielt und sehr effizient mit den Mitteln haushalten und hoffen damit, den Unternehmungen, die hier tätig sind einerseits in diesem Wachstumsbereich der Informationsgesellschaft, und andererseits aber die restliche Wirtschaft zu unterstützen, und ich sage es immer, bis zum Friseur hin, hat er einen entsprechenden Anspruch, etwa auf billigere, günstigere Telefonkosten, Telekommunikationsdienste und so weiter. Also es wirkt sich insgesamt auf die Wirtschaft aus. Insgesamt wirkt sich ohnedies dieses Landesbudget, berechnet ausgehend von den 40 Milliarden, für zirka 80.000 Arbeitsplätze aus. Jetzt sage ich nicht und ganz betont nicht, die schaffen wir, sondern das sind die Voraussetzungen, die wir eben für Unter-

nehmungen schaffen, die Rahmenbedingungen, die ja hier auch heute bereits angesprochen wurden.

Zum Abschluß fünf Aktionen der Umsetzung, weil ich auch dazu aufgefordert wurde. Ich weiß es, es ist viel studiert worden, und das ist richtig so. Es wird auch weiter vieles an Studien und an Überlegungen geben müssen. Aber selbstverständlich das Zur-Tat-Schreiten und das Beschleunigen und das Schnellerwerden, ganz im Sinne also auch der Lokomotive, TGV wäre es eigentlich, was unsere Wirtschaft und was auch unser Land bräuchte. Manchmal habe ich nur das Problem, tatsächlich, daß alle Wagerln dabei bleiben, ich nenne keine Namen, das Tempo ist sicherlich ein Problem, aber das werden wir schon noch hinkriegen.

Es gibt Investitionsvorhaben von steirischen Unternehmungen – also da sind etwa so Großvorhaben, wie kürzlich Spatenstich in Gratkorn bei Leykam, KNP nicht dabei, über 6 Milliarden –, 50 Förderanträge im ersten Quartal 1996 mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 1,5 Milliarden. Also ich würde meinen, das ist sicherlich kein schlechtes Zeichen, sondern ein positives Zeichen, ein optimistisches Zeichen, wenn gleich wir sagen müssen, ist nicht immer mit großen Arbeitsplatzmehrangeboten verbunden, ist auch Standortabsicherung, ist auch Rationalisierung damit verbunden, aber es sind doch in Summe 7000 Arbeitsplätze damit verbunden, wie gesagt.

Nicht dabei, und wir nennen es ein Jahrhundertprojekt, wenn es kommen würde, ist das bei AMS in Unterpremstätten genannte Projekt „AMS 2000“ mit rund 4 Milliarden, wo es schon Verhandlungen mit dem Bund gibt, wo eine 2 zu 1 Förderungsquote zwischen Bund und Land zu den bisher beschäftigten 820 Mitarbeitern weitere rund 140 dazuschaffen würde. Also ein durchaus positives Bild, das die Investitionsseite abzeichnet, trotz all der Probleme, die weltweit, die europaweit auf uns zukommen. Das ist überhaupt nicht bestritten.

Eine zweite Aktion, die auch angesprochen wurde und zu der ich einige Informationen geben möchte – aktuelle Informationen, heutiger Stand –, diese „Werde-Unternehmer-Aktion“, von der ich deswegen überzeugt bin, denn jeder, auch wenn es ein Einzelunternehmer ist, wenn es ein Unternehmer mit einem Einmannbetrieb ist, ist besser als ein Arbeitsloser. Und da sind wir uns ganz einig, auch in der Politik mit dem Arbeitsmarktservice Steiermark, mit Hans Kaiser. Diese „Werde-Unternehmer-Aktion“, die beworben wurde aus einem nicht neuen, sondern aus bestehenden Budgetmitteln, 30 Millionen, und 50 Betriebe schaffen sollte, hat per heutigem Datum bei rund 600 Anrufen auf Grund der Bewerbung 45 Projekte in Arbeit genommen. Das ist eine realistische Auswahl, eine realistische Quote, weil da kommt vieles zusammen, was wirklich auch nicht verfolgenswert ist. Das sind zum Teil auch wirklich nur Anfragen. Elf Projekte sind bereits positiv erledigt. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind optimistisch, daß das, was hier von uns geplant und prognostiziert wurde mit den 50 bis Ende des Jahres, auch umgesetzt werden kann.

Ein dritter Bereich ist dieser Bildungsscheck für die Unternehmensgründer. Auch da gibt es eine aktuelle Ziffer. Bereits mehr als 90 Anträge. Auch da sind wir optimistisch, daß die 9 Millionen Schilling, die

dafür in etwa aufzuwenden sind, mit den 1000 Anträgen im heurigen Jahr erzielt und umgesetzt werden können.

Und schließlich und endlich – auch im Sinne der von Präsident Vesko angeschnittenen Entbürokratisierung, Beschleunigung, Vereinfachungen für die Unternehmungen, gar nicht mit Förderungsmitteln versehen, sondern auch eben, wie es Peter Hochegger gesagt hat an diesem konkreten Beispiel im Grazer Feld – eine Verfahrensbeschleunigung, eine Aktionsverfahrensbeschleunigung. Die Betriebsanlagenverfahren sollen in drei Monaten abgewickelt werden, und wir haben hier speziell in der Rechtsabteilung 4 und auch mit den tüchtigen Gewerbereferenten in den Bezirkshauptmannschaften dieses Ziel realistisch vor Augen. Die Stellungnahmefrist, und hier ersehen Sie, daß dies ja dann nur sozialpartnerschaftlich und miteinander möglich ist umzusetzen, im Gewerbebewilligungsverfahren soll bei der Wirtschaftskammer von den derzeit sechs Wochen auf zwei Wochen verkürzt werden.

Meine Damen und Herren, das sind Dinge, wo ich doch glaube, daß man diese geforderte, kritisch eingeforderte Umsetzung schon beweisen kann.

Ich danke auch allen, die hier mitwirken. Das sind die Sozialpartner. Das haben sie auch hier beim arbeitsmarktpolitischen Forum – schon im Februar – bewiesen. Das haben sie bewiesen bei der Lehrlingsenquete, die ich schon gestern kurz skizzieren und interpretieren konnte.

Ich komme jetzt zum Schluß und kann auch ankündigen, daß das Konzept – Kollege Gennaro hat es auch genannt „Entwicklungsprogramm für Arbeit und Wirtschaft“ –, wir nennen es „Struktur- und wirtschaftspolitisches Konzept“, das auf Grund der sehr umfangreichen Vorarbeiten ausgearbeitet wurde, bereits in einer Art Entwicklungsstadium ist. Wir nennen es „Konzept in Progreß“, das heißt in einer Entwicklung, noch nicht ganz fertig, weil Organisatorisches, weil auch die genannten Förderungsprogramme noch erarbeitet werden müssen. Bis Mitte des Jahres stehen sie fest. Wir werden auch den Wirtschaftsförderungsbeirat, wie angekündigt, damit beschäftigen. Auch Sie, meine Damen und Herren, als Abgeordnete werden selbstverständlich in den nächsten Tagen ein derartiges Exemplar zugesandt kriegen.

Genauso geht es auch im Telekommunikationsbereich konzeptiv, und zwar konkret in Richtung Umsetzung, in den nächsten Wochen weiter.

Als äußeres Zeichen an Sie, aber auch an die Kolleginnen und Kollegen in der Regierung, für dieses notwendige Miteinander, daß nicht der Wirtschaftsreferent Wirtschaftspolitik und Strukturpolitik allein betreiben kann – er kann gewisse programmatische Vorgaben geben, er kann eine gewisse Dialogbereitschaft an den Tag legen, er muß es sogar –, haben wir Visitenkarten für Sie vorbereitet, jeweils ein Paket, als Antwort auf den Nagel, und insofern sind wir etwas breitflächiger. Zwei Nägel sind zuwenig, würde ich meinen. (Abg. Gennaro: „Ich habe noch zwei in der Tasche!“) Wir geben Visitenkarten für Struktur- und Wirtschaftspolitik, und ich hoffe, die Vorbereitung war so exakt, daß Name, Anrede und Anschrift und Telefon und Telefax darauf stimmen, an Sie weiter, so daß Sie diese einsetzen können bei

Ihrer Akquisition, bei Ihrem Werben um das Unternehmen und um den Wirtschaftsstandort Steiermark.

Wir brauchen es, einer schafft das überhaupt nicht. Das ist dieser Geist, der in diesem Haus wehen sollte und wofür ich einerseits danke und gleichzeitig bitte, daß Sie das trotz der einen oder anderen parteipolitischen Verführung, die auftreten könnte, oder der Möglichkeit, und mich reißt es auch manchmal hin, ich bekenne das, hier eine gemeinsame Identität und ein gemeinsames Zeichen nach außen zu setzen.

In dem Sinn danke ich für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 22.10 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Meine verehrten Damen und Herren, wir werden die restlichen Gruppen und überhaupt die restliche Tagesordnung relativ zügig behandeln, sofern Sie mir dabei helfen.

Ich nehme an, daß der Herr Berichterstatter auf das Schlußwort verzichtet. (Abg. Riebenbauer: „Ich verzichte!“)

Wir stimmen über folgende Anträge ab:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 7 des Landesvoranschlages für 1996 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 7 des Landesvoranschlages für 1997 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Zurverfügungstellung von Mitteln für den Bereich der Arbeitsplatzschaffung, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle ebenfalls die mehrheitliche Annahme fest.

Weiters ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Zurverfügungstellung von 100 Millionen Schilling für die Durchführung der „Bauintiative Steiermark“, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Auch dieser Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Jene Damen und Herren, die dem Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend die Novellierung des Wirtschaftsförderungsgesetzes, ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend ein eigenes Strukturförderungsgebiet für alpine Regionen, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle ebenfalls die mehrheitliche Annahme fest.

Weiters ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend die Beseitigung von Direktvermarktungshemmnissen in der Landwirtschaft, ihre Zustimmung geben, um ein Handzeichen.

Dieser Antrag wird ebenfalls mehrheitlich angenommen.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Dr. Wabl und Mag. Zitz, betreffend Einsetzung einer Enquetekommission im Landtag, um die Folgen der Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen im Landesbereich zu analysieren und zu bewerten, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist nicht die Mehrheit.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Dipl.-Ing. Vesko und Dipl.-Ing. Chibidziura, betreffend Genmanipulation in der Landwirtschaft, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist ebenfalls die Minderheit.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dipl.-Ing. Vesko, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dietrich, Mag. Hartinger, Schinnerl, List, Ing. Schreiner und Wiedner, betreffend Wasserabgabe, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist ebenfalls die Minderheit.

Bevor wir zur Gruppe 8 kommen, teile ich dem Hohen Hause mit, daß folgender Antrag eingebracht wurde, den ich der geschäftsordnungsgemäßen Behandlung zuführe: den Antrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Lopatka, Dipl.-Ing. Getzinger, Dr. Brünner und Dietrich, betreffend Sparmaßnahmen im Universitätsbereich.

Wir kommen nun zur Gruppe 8: Dienstleistungen. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Reinhold Purr. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Purr (22.20 Uhr): Die Gruppe besteht aus folgenden Abschnitten und Unterabschnitten: Liegenschaften, Wohn- und Geschäftsgebäude: Grundbesitz, Wohn- und Geschäftsgebäude; Land- und Forstwirtschaftliche Betriebe: Landwirtschaftsbetriebe, Weinbaubetriebe, Forstgüter, Forstgärten, Baumschulen; Wirtschaftliche Unternehmungen: Zusammengefaßte Unternehmungen; Wirtschaftliche Unternehmungen (Fortsetzung): Kongreßhäuser.

In der Gruppe 8 ergeben sich für den Haushalt 1996 folgende Gesamtsummen: Ausgaben 151,659.000 Schilling, Einnahmen 86,379.000 Schilling.

Ich stelle den Antrag auf Annahme der Ansätze der Gruppe 8 für den Landeshaushalt 1996.

Für den Landeshaushalt 1997 ergeben sich folgende Gesamtsummen: Ausgaben 148,879.000 Schilling, Einnahmen 78,380.000 Schilling.

Ich stelle den Antrag auf Annahme der Ansätze der Gruppe 8 für den Landeshaushalt 1997. (22.21 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Eine Wortmeldung zur Gruppe 8 liegt nicht vor. Der Antrag des Berichterstatters ist auch gleichzeitig sein Schlußwort.

Wer den Ansätzen der Gruppe 8 Landesvoranschlag 1996 zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Mehrheitlich angenommen.

Wer den Ansätzen der Gruppe 8 des Landesvoranschlages 1997 zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 9, Finanzwirtschaft. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Gennaro.

Abg. Gennaro (22.22 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Gruppe Finanzwirtschaft umfaßt Kapitalvermögen und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, Darlehen, Rücklagen, Wertpapiere, Beteiligungen und öffentliche Abgaben, Umlagen, Finanzzuweisungen und Zuschüsse, Bedarfszuweisungen, nicht aufteilbare Schulden, Haftungen, Verstärkungsmittel, Haushaltsausgleich.

Auf der Einnahmenseite für das Jahr 1996 18.114,525.000 Schilling, auf der Ausgabenseite 7.608,529.000 Schilling.

Für das Jahr 1997 auf der Einnahmenseite 17.488,433.000 Schilling, auf der Ausgabenseite 7.105,161.000 Schilling.

Namens des Finanz-Ausschusses ersuche ich um Annahme dieser Ansätze. (22.23 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Eine Wortmeldung zur Gruppe 9 liegt nicht vor.

Wer den Ansätzen und Posten der Gruppe 9 Landesvoranschlag 1996 zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Mehrheitlich angenommen.

Wer den Ansätzen und Posten der Gruppe 9 Landesvoranschlag 1997 zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum außerordentlichen Haushalt 1996/97. Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Barbara Gross.

Abg. Gross (22.23 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der außerordentliche Haushalt weist im Normal- und im Sonderinvestitionsprogramm 1996 Ausgaben im Bereich von 1.605,985.000 Schilling und Einnahmen von 654,649.000 Schilling aus. Im Jahre 1997 im Normal- und im Sonderinvestitionsprogramm Ausgaben von 1.602,284.000 Schilling und Einnahmen von 611,649.000 Schilling.

Das bedeutet einen Gebarungsabgang des außerordentlichen Haushaltes im Jahre 1996 von 951,336.000 Schilling und für 1997 von 990,635.000 Schilling.

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag auf Annahme der Ansätze des außerordentlichen Haushaltes. (22.24 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Eine Wortmeldung zu den außerordentlichen Haushalten 1996/97 liegt nicht vor, ebenso entfällt das Schlußwort.

Ich gehe zur Abstimmung über. Wer dem außerordentlichen Haushalt 1996 zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Mehrheitlich angenommen.

Wer dem außerordentlichen Haushalt 1997 zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zu den Dienstpostenplänen 1996 und 1997. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Majcen.

Abg. Majcen (22.25 Uhr): Personalaufwand des Landes Steiermark: Allgemeine Verwaltung, Anstalten und betriebsähnliche Einrichtung 7954 zu Lasten der Voranschlagspost 5200 ermittelte Ganzjahresdienstposten, das sind Krankenstandsvertretungen, Lehrlinge, Praktikanten 281 Dienstposten, das ergibt in der Summe 8235 Dienstposten.

Dienstposten der für die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft m. b. H. zugewiesenen Landesbediensteten gegen vollen Ersatz der Bezüge 6222.

Dienstposten für Lehrer an allgemeinbildenden Pflichtschulen gegen vollen Ersatz der Bezüge 9861.

Dienstposten für Lehrer an berufsbildenden Schulen, davon 884 Dienstposten gegen Ersatz von 50 Prozent der Bezüge 874.

Dienstposten für Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Fach- und Berufsschulen gegen Ersatz von 50 Prozent der Bezüge 440.

Ergibt eine Summe der Dienstposten zu Lasten des Personalaufwandes des Landes 25.632,2. Dienstposten zu Lasten der einzelnen Wirtschaftspläne 334, und Dienstposten zu Lasten der einzelnen Sozialhilfverbände 641,55, ergibt eine Gesamtsumme von 26.608,75 Dienstposten.

Ich bitte um Annahme. (22.26 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz:

Eine Wortmeldung zu den Dienstpostenplänen liegt nicht vor, das Schlußwort entfällt.

Wer dem Dienstpostenplan 1996 zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Mehrheitlich angenommen.

Dienstpostenplan 1997, Zustimmung bitte um ein Händenzeichen.

Mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Kraftfahrzeugsystemisierungsplan 1996/97. Frau Mag. Hartinger bitte ich, sich bereits für die kommenden namentlichen Abstimmungen vorzubereiten.

Kraftfahrzeugsystemisierungsplan, Berichterstatter Abgeordneter Gennaro.

Abg. Gennaro (22.27 Uhr): Meine Damen und Herren, die Kraftfahrzeugsystemisierungspläne 1996/97 liegen Ihnen im Detail vor.

Namens des Finanz-Ausschusses ersuche ich um Annahme. (22.27 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Keine Wortmeldung. Wer dem Kraftfahrzeugsystemisierungsplan 1996 zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Mehrheitlich angenommen.

Antrag Kraftfahrzeugsystemisierungsplan 1997. Zustimmung bitte um ein Händenzeichen.

Mehrheitlich angenommen.

Wir kommen nun zu den Abstimmungen über die Gesamtbudgets. Diesbezüglich wurde gemäß Paragraph 51 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt.

Ich bitte nunmehr, betreffend die Abstimmung über den Landesvoranschlag 1996, die Frau Abgeordnete Hartinger in gewohnter Weise um die Verlesung der Namen.

Die Abgeordneten werden ersucht, nach Aufruf ihres Namens mit einem deutlichen Ja oder Nein ihre Stimme abzugeben.

Abg. Mag. Hartinger:

Bacher Johann: Ja.

Dr. Bachmaier-Geltewa Waltraud: Ja.

Beutl Walburga: Ja.

Mag. Bleckmann Magda: –.

Dr. Brünner Christian: –.

Dipl.-Ing. Chibidziura Wolf: Nein.

Dietrich Waltraud: Nein.

Dirnberger Erwin: Ja.

Mag. Erlitz Wolfgang: Ja.

Dr. Flecker Kurt: Ja.

Gennaro Kurt: Ja.

Dipl.-Ing. Getzinger Günter: –.

Dipl.-Ing. Grabner Heinz: Ja.

Gross Barbara: Ja.

Mag. Hartinger Beate: Nein.

Dipl.-Ing. Hasiba Franz: Ja.

Heibl Otto: Ja.

Herrmann Siegfried: Ja.

Ing. Mag. Hohegger Peter: Ja.

Huber Ernst: Ja.

Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch Franz: Ja.

Dr. Karisch Eva: Ja.

Kaufmann Monika: Ja.

Keshmiri Margit: Nein.

Ing. Kinsky Hans: Ja.

Korp Ernst: Ja.

Kröpfl Walter: Ja.

List Kurt: Nein.

Dr. Lopatka Reinhold: Ja.

Ing. Löcker Hans: Ja.

Majcen Franz: Ja.

Ing. Peinhaupt Herbert: Nein.

Posch Günther: Ja.

Prutsch Alfred: Ja.

Prutsch Günther: Ja.

Purr Reinhold: Ja.

Pußwald Hermine: Ja.

Dr. Reinprecht Ilse: Ja.

Riebenbauer Franz: Ja.

Schinnerl Peter: Nein.

Schleich Franz: Ja.

Ing. Schreiner Franz: Nein.
 Schrittwieser Siegfried: Ja.
 Schuster Karl: Ja.
 Schützenhöfer Hermann: Ja.
 Straßberger Josef: Ja.
 Dr. Strenitz Dieter: Ja.
 Tasch Kurt: Ja.
 Tschernko Peter: Ja.
 Ussar Siegfried: Ja.
 Dipl.-Ing. Vesko German: Nein.
 Vollmann Karlheinz: Ja.
 Dr. Wabl Martin: Nein.
 Wicher Annemarie: Ja.
 Wiedner Karl: Nein.
 Mag. Zitz Edith: Nein.

Präsident Dr. Strenitz: Der Antrag, betreffend den Landesvoranschlag 1996, wird mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Landesvoranschlag 1997. Ich bitte Frau Abgeordnete Mag. Hartinger um die Verlesung der Namen.

Abg. Mag. Hartinger:

Bacher Johann: Ja.
 Dr. Bachmaier-Geltewa Waltraud: Ja.
 Beutl Walburga: Ja.
 Mag. Bleckmann Magda: –.
 Dr. Brünner Christian: Nein.
 Dipl.-Ing. Chibidziura Wolf: Nein.
 Dietrich Waltraud: Nein.
 Dirnberger Erwin: Ja.
 Mag. Erlitz Wolfgang: Ja.
 Dr. Flecker Kurt: Ja.
 Gennaro Kurt: Ja.
 Dipl.-Ing. Getzinger Günter: –.
 Dipl.-Ing. Grabner Heinz: Ja.
 Gross Barbara: Ja.
 Mag. Hartinger Beate: Nein.
 Dipl.-Ing. Hasiba Franz: Ja.
 Heibl Otto: Ja.
 Herrmann Siegfried: Ja.
 Ing. Mag. Hochegger Peter: Ja.
 Huber Ernst: Ja.
 Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch Franz: Ja.
 Dr. Karisch Eva: Ja.
 Kaufmann Monika: Ja.
 Keshmiri Margit: Nein.
 Ing. Kinsky Hans: Ja.
 Korp Ernst: Ja.
 Kröpfl Walter: Ja.
 List Kurt: Nein.
 Dr. Lopatka Reinhold: Ja.
 Ing. Löcker Hans: Ja.
 Majcen Franz: Ja.
 Ing. Peinhaupt Herbert: Nein.

Posch Günther: Ja.
 Prutsch Alfred: Ja.
 Prutsch Günther: Ja.
 Purr Reinhold: Ja.
 Pußwald Hermine: Ja.
 Dr. Reinprecht Ilse: Ja.
 Riebenbauer Franz: Ja.
 Schinnerl Peter: Nein.
 Schleich Franz: Ja.
 Ing. Schreiner Franz: Nein.
 Schrittwieser Siegfried: Ja.
 Schuster Karl: Ja.
 Schützenhöfer Hermann: Ja.
 Straßberger Josef: Ja.
 Dr. Strenitz Dieter: Ja.
 Tasch Kurt: Ja.
 Tschernko Peter: Ja.
 Ussar Siegfried: Ja.
 Dipl.-Ing. Vesko German: Nein.
 Vollmann Karlheinz: Ja.
 Dr. Wabl Martin: Nein.
 Wicher Annemarie: Ja.
 Wiedner Karl: Nein.
 Mag. Zitz Edith: Nein.

Präsident Dr. Strenitz: Danke. Dieser Antrag wurde ebenfalls mehrheitlich angenommen. Damit liegen die Beschlüsse über den Landesvoranschlag sowohl für die Jahre 1996 und 1997 vor.

Wir kommen nunmehr zur Abwicklung und Behandlung der restlichen offengebliebenen Tagesordnungspunkte, wobei ich jeweils die folgende Abgeordnete oder den folgenden Abgeordneten gleich bitte, sich in Vorbereitung zu halten.

Wir kommen zunächst zum Tagesordnungspunkt

4. Bericht des Kontroll-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 8/1, betreffend den Rechnungsabschluß 1994.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Barbara Gross. Ich bitte um den Bericht.

Abg. Gross (22.31 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Steiermärkische Landesregierung hat mit ihrem Beschluß vom 25. September 1995 den Rechnungsabschluß 1994 mit folgenden Schlußsummen zur Kenntnis genommen. Im ordentlichen Haushalt ein Gebarungsabgang von 3.404.480.851,95 Schilling, im außerordentlichen Haushalt ein Gebarungsabgang von 1.073.463.950 Schilling. Das bedeutet einen Gesamtgebarungsabgang von 4.477.944.801,95 Schilling.

Namens des Kontroll-Ausschusses stelle ich daher den Antrag: Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Landesrechnungsabschluß 1994 mit dem Band I (ordentlicher Haushalt, außerordentlicher Haushalt, Gesamtübersichten und Nachweise) und dem Band II (Untervoranschläge und Wirtschaftsbetriebe) wird zur Kenntnis genommen. (22.32 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schinnerl.

Abg. Schinnerl (22.32 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich werde mich zum Tagesordnungspunkt Rechnungsabschluß 1994, welcher erst jetzt vorliegt, kurz fassen. Ich möchte einen Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Schinnerl, Mag. Bleckmann, Dietrich, Dipl.-Ing. Chibidziura, Mag. Hartinger, List, Ing. Peinhaupt, Ing. Schreiner, Dipl.-Ing. Vesko und Wiedner, betreffend einen Bericht des Finanzreferenten anlässlich der alljährlichen Behandlung des Rechnungsabschlusses im Landtag zur finanziellen Situation des Landes Steiermark, einbringen.

Begründung: Die Behandlung der Rechnungsabschlüsse im Landtag hat in der Vergangenheit gezeigt, daß oftmals nicht in der geforderten Weise auf die jeweiligen Probleme eingegangen wird, da die jeweilige dazugehörige Budgetvorschau schon so weit zurückliegt, daß sich kaum ein Abgeordneter an die sich damals stellenden Probleme im Detail erinnern kann. Da es sich beim Rechnungsabschluß aber um eine durchaus wichtige Angelegenheit handelt, der mehr Respekt gezollt werden sollte, und für die Zukunft ja auch die Hoffnung besteht, daß die Rechnungsabschlüsse schneller ins Haus kommen, stellen die gefertigten Abgeordneten den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Landesfinanzreferent wird aufgefordert (Abg. Dr. Flecker: „Ihr könnt nur die Regierung auffordern, nicht den Finanzreferenten!“), zum Zeitpunkt der Behandlung des alljährlichen Rechnungsabschlusses dem Landtag über die finanzielle Situation des Landes Steiermark Bericht zu erstatten, wobei insbesondere auf folgende zwei Punkte eingegangen werden soll:

Erstens: Wurden die in der Regierungsvorlage zum jeweiligen Budgetentwurf von der Regierung beschlossenen Zielsetzungen eingehalten?

Zweitens: In welcher Gesamthöhe wurden überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben getätigt?

Ich bitte um Zustimmung. (22.35 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Wir kommen zu den Abstimmungen.

Zunächst zur Abstimmung über den Antrag der Frau Berichterstatterin.

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Das ist mehrheitlich angenommen.

Nun kommen wir zum Beschlußantrag, den der Herr Abgeordnete Schinnerl verlesen hat.

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Das ist die Minderheit.

8. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 47/1, betreffend den Abverkauf von 20 Landeswohnungen an die Mieter in verschiedenen Objekten in Graz und Hartberg.

Frau Abgeordnete Gross, bitte.

Abg. Gross (22.36 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Betreffend den Abverkauf von 20 Landeswohnungen an die Mieter in verschiedenen Objekten in Graz und Hartberg.

Auf Grund der Beschlüsse der Landesregierung vom 28. Juni 1992 und des Landtages vom 11. Oktober 1992 wurde im Jahr 1995 der Abverkauf von weiteren 20 Landeswohnungen in Wohnanlagen beziehungsweise Einzelobjekten in die Wege geleitet.

Durch den Abverkauf der oben angeführten Wohnungen werden dem Land Steiermark im Laufe der nächsten Monate rund 8,3 Millionen Schilling und in den nächsten 15 Jahren rund 7,7 Millionen Schilling zuzüglich Zinsen zufließen.

Die Landesregierung wurde mit Beschluß des Steiermärkischen Landtages vom 10. November 1992 ermächtigt, die Wohnungsabverkäufe in der abgelaufenen Legislaturperiode entsprechend den im Beschluß genannten Bedingungen durchzuführen und dem Landtag im nachhinein jährlich einen Bericht über die erfolgten Abverkäufe vorzulegen.

Ich darf daher den Antrag stellen: Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Abverkauf von 20 Wohnungen an die Mieter entsprechend den Grundsätzen des Beschlusses des Steiermärkischen Landtages vom 10. November 1992 wird genehmigend zur Kenntnis genommen. (22.37 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Es liegt keine Wortmeldung vor.

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Der Antrag ist, soweit ich es sehe, einheitlich angenommen.

9. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 51/1, betreffend Landes-Hypothekenbank Steiermark, Jahresabschluß, Geschäftsbericht und Prüfungsbericht 1994.

Berichterstatterin ist wiederum Frau Abgeordnete Gross.

Abg. Gross (22.37 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Gemäß der Satzung für die Landes-Hypothekenbank Steiermark sind der geprüfte Jahresabschluß, der Geschäftsbericht und der Prüfungsbericht der Steiermärkischen Landesregierung vorzulegen und hat diese dem Landtag über die Gebarung der Bank jährlich einen Bericht zu erstatten.

Der Jahresabschluß 1994 wurde der Abschlußprüfung unterzogen. Über das Ergebnis der Überprüfung hat die Gesellschaft für Revision und treuhändige Verwaltung einen eingehenden Bericht erstattet.

Hiebei wurde festgestellt, daß der von der Landes-Hypothekenbank Steiermark zum 31. Dezember 1994 aufgestellte Jahresabschluß hinsichtlich der Buchführung den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

Hinsichtlich der Rechtsverhältnisse ergaben sich im Berichtsjahr keine wesentlichen Veränderungen.

Im Zuge der Prüfung konnten satzungswidrige Geschäfte nicht festgestellt werden.

Die Mindestreserven wurden das ganze Jahr über im erforderlichen Ausmaß gehalten und die Liquiditätsvorschriften beachtet.

Auf Grund des Überprüfungsergebnisses konnte daher die Gesellschaft für Revision und treuhändige Verwaltung den Jahresabschluß der Landes-Hypothekenbank Steiermark für das Jahr 1994 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Dem Geschäftsbericht der Anstalt und dem zum 31. Dezember 1994 erstellten Jahresabschluß ist folgendes Gebarungsergebnis zu entnehmen: Meine Damen und Herren, es ergibt sich ein Jahresgewinn für 1994 von 3.021.094,73 Schilling.

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich daher den Antrag, diesen Bericht über die Landes-Hypothekenbank Steiermark sowie den Bericht der Pflichtprüfer für das Geschäftsjahr 1994 zur Kenntnis zu nehmen und den Mitgliedern des Aufsichtsrates, dem Vorstand sowie den Beamten und Angestellten der Landes-Hypothekenbank Steiermark den Dank auszusprechen. (22.39 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Es liegt keine Wortmeldung vor.

Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

10. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 56/1, betreffend Grund- sowie Objektseinelösung Vallant Maria, Graz, Stiftingtalstraße 32, für das BV. „Riesplatz, Verlegung der Stiftingtalstraße“ der L 324, Stiftingtalstraße/B 65, Gleisdorfer Straße.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Kurt Gennaro.

Abg. Gennaro (22.39 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Das Amt der Steiermärkischen Landesregierung hat die Grund- sowie Objektseinelösung Vallant Maria, Graz, Stiftingtalstraße 32, für das Bauvorhaben „Riesplatz, Verlegung der Stiftingtalstraße“ der L 324, Stiftingtalstraße/B 65, Gleisdorfer Straße, unter sinnvoller Anwendung des Eisenbahnteilungsgesetzes 1954 durchgeführt.

Seitens der gerichtlich beeideten Sachverständigen wurde die Entschädigung von 4.500.000 Schilling ermittelt, ist angemessen, vertretbar. Die Kosten wurden aufgeteilt wie folgt: 1.884.900 Schilling die Landesstraßenverwaltung, 1.838.203 Schilling die Rechtsabteilung 12 und die KAGES 776.897 Schilling.

Die Kreditmittelfreigabe für die Leistung des Kostenbeitrages seitens der Landesstraßenverwaltung wurde mit Sitzungsbeschluß erteilt.

Die Bedeckung dieser Erfordernisse ist im Provisorium des Landesvoranschlages 1996 gegeben.

Da hier Entschädigungen über das Limit von einer Million Schilling im Einzelfall zu leisten sind, ist die Genehmigung des Steiermärkischen Landtages hierfür erforderlich.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Kostenbeitrag zur Grund-

sowie Objektseinelösung Vallant Maria für das Bauvorhaben „Riesplatz, Verlegung der Stiftingtalstraße“ der L 324, Stiftingtalstraße/B 65, Gleisdorfer Straße, im Betrag von 1.884.900 Schilling zu Lasten der Voranschlagsstelle 1/611203-0020 wird genehmigt.

Präsident Dr. Strenitz: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Nächster Berichterstatter zum Tagesordnungspunkt 11 ist der Herr Abgeordnete Herrmann, in Vorbereitung Herr Abgeordneter Schleich.

11. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 57/1, betreffend Grundeinlöseendabrechnung für das BV. „Beigütl-Rohrbach“, Vorauer Straße.

Abg. Herrmann (22.40 Uhr): Herr Präsident, werte Damen und Herren!

Das Amt der Steiermärkischen Landesregierung hat die Grundeinlösung Uhl Margareta und Friedrich für das Bauvorhaben „Beigütl-Rohrbach“ der L 405, Vorauer Straße, unter sinnvoller Anwendung des Eisenbahnteilungsgesetzes 1954 durchgeführt.

Die seitens der gerichtlich beeideten Sachverständigen Dipl.-Ing. Erich Hartleb und Dipl.-Ing. Rudolf Schilder ermittelten Entschädigungen von 927.272 Schilling laut Bescheid und 294.912,50 Schilling laut Endabrechnung sind angemessen und vertretbar.

Die Kreditmittelfreigabe für die Leistung derselben wurde mit Sitzungsbeschluß erteilt. Die Bedeckung dieses Erfordernisses ist bei 1611203-0020 des Landesvoranschlages 1995 gegeben.

Da hier eine Entschädigung über das Limit von einer Million im Einzelfall zu leisten ist, ist die Genehmigung des Steiermärkischen Landtages hierfür erforderlich.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 13. November 1995 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Grundeinlöseabrechnung Uhl Margareta und Friedrich für das Bauvorhaben „Beigütl-Rohrbach“ an der L 405, Vorauer Straße, im Betrag von 1.222.184,50 Schilling zu Lasten der vorgenannten Voranschlagsstelle wird genehmigt. (22.41 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Wortmeldung liegt nicht vor. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Dieser Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Wir kommen jetzt zu Punkt

12. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 58/1, betreffend Grundtausch der Firma Automobiltechnik Blau Ges. m. b. H., 8160 Krottendorf, und dem Land Steiermark.

Es berichtet der Herr Abgeordnete Franz Schleich.

Abg. Schleich (22.42 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Tauschvertrag, errichtet am 22. Juni 1995 vom öffentlichen Notar Dr. Karl Homma, Weiz, unter Zugrundelegung des Teilungsplanes des Dipl.-Ing. Michael Strnad vom 8. Mai 1995, GZ. 5588, der den Tausch des Trennstückes 1 des Grundstückes 616/2, Grundbuch 68252 Preding, Eigentümer Land Steiermark, an die Firma Automobiltechnik Blau Ges. m. b. H. gegen das Trennstück Nr. 3 des Grundstückes Nr. 616/3, Grundbuch 68252 Preding (außerbücherliches Eigentum) der Firma Automobiltechnik Blau Ges. m. b. H. mit Wertausgleich von 412.000 Schilling, zu zahlen an das Land Steiermark, vorsieht, wird genehmigt. (22.42 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Keine Wortmeldung. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händezichen.

Einstimmige Annahme.

13. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 59/1, betreffend die Österreich Ges. m. b. H., Finanzierung des Ausbaues der Rennstrecke für die Formel I und die Aufnahme zusätzlicher Darlehen in Höhe von 235,28 Millionen Schilling für den restlichen Landesanteil.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Kurt Flecker.

Abg. Dr. Flecker (22.44 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es handelt sich hiebei hoffentlich um die Ausfinanzierung des Österreichringes, wie er Formel-I-gerecht ausgebaut werden soll, in Höhe von 235,28 Millionen als restlicher Betrag. Dieser Betrag soll durch zusätzliche Darlehen bedeckt werden. Außerdem zeigen Bund und Gemeinden wenig Freude mitzufinanzieren. Deswegen soll, damit wir diesen Betrag zahlen können, aus dem seinerzeitigen Beschluß herauskommen, daß wir unseren Betrag nur zahlen dürfen, wenn der Bund und die Gemeinden mitfinanzieren.

Ich stelle namens des Finanz-Ausschusses den Antrag, einen diesbezüglichen Beschluß zu fassen. (22.44 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu diesem Antrag liegen zwei Wortmeldungen vor, zunächst Herr Präsident Vesko, dann Herr Klubobmann Wabl.

Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (22.45 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich mache es kurz. Ich bringe einen Beschlußantrag vor der Abgeordneten Vesko, Peinhaupt, Dietrich und Bleckmann, betreffend die Wiederaufnahme beziehungsweise Fortführung der Verhandlungen zum Ö-Ring.

Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, hinsichtlich der Finanzierung des Ö-Rings unverzüglich die Verhandlungen mit dem Bund über die von ihm in Aussicht gestellte Finanzierungsbeteiligung in Höhe von 120 Millionen Schilling sowie mit den Gemeinden über die von diesen Finanzierungszusagen in Höhe von 15 Millionen

Schilling fortzusetzen beziehungsweise wieder aufzunehmen. Danke! (22.46 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Dr. Wabl.

Abg. Dr. Wabl (22.46 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich kann Sie beruhigen, ich werde Ihre Geduld nicht über Gebühr strapazieren. (Abg. Tasch: „Das hast du schon oft gesagt!“) Nein, Tasch. Trotzdem glaube ich, auch wenn es schon sehr spät ist, daß diese Ausfinanzierung des Ö-Ringes ein Thema ist, wo wir von der Minderheit zumindest das Recht haben, zu reden. Ich sage Ihnen jetzt ganz persönlich meinen Eindruck.

Wir haben drei Tage lang – und zu zweit ist das nicht so einfach – gearbeitet, haben uns Gedanken gemacht, haben Anträge eingebracht, Beschlußanträge, Abänderungsanträge, und wir haben wichtige Themen diskutiert, das Behindertengesetz, auch dort haben wir Anträge eingebracht. Und es hat die Automatik funktioniert, wir sind nie durchgekommen. Wir nehmen das als Demokraten zur Kenntnis, aber ich sage Ihnen, nachdem wir heute und hier über diesen Ö-Ring abstimmen, daß ich, auch wenn die Zeit schon vorgeückt ist, zu diesem Thema reden möchte, weil ich glaube, daß dieses Thema, das die Steiermark über Gebühr durch Monate hindurch beschäftigt hat, wert ist, daß man darüber redet. Wissen Sie, warum ich darüber rede?

Erstens einmal – aber das ist das kleinere Problem – hat es Diskussionen gegeben über die Kosten dieses Ö-Ringes, und wenn ich mir überlege, das sind mehrere 100 Millionen Schilling, die wir – nach Meinung der Grünen, und es hat auch die Meinung der Roten in diese Richtung gedeutet – sinnlos dort ausgeben, sinnlos ausgeben! Und ich bin davon zutiefst überzeugt, daß diese Investition erstens einmal kaum Arbeitsplätze schafft, daß diese Investition für das Fahren im Kreis, wie es der Niki Lauda einmal bezeichnet hat, kein Impuls ist, lieber Landesrat Paierl, der von dir in deinen Ausführungen so glaubwürdig geschildert worden ist. Das sage ich auch ganz offen. Ich erinnere daran, auch im Hinblick dieser neuen Harmonie zwischen SPÖ und ÖVP. Aber nehmen Sie zur Kenntnis, wir haben das erlebt – auch die Freiheitlichen –, da haben wir die vernünftigsten Anträge einbringen können, da hat es geheißen, das geht nicht, ihr könnt nicht zustimmen. Und ich sage jetzt, und ich frage mich, wie man einen solchen Weg gehen kann in einer Zeit, wo ein Sparpaket, ein gewaltiges Sparpaket geschnürt wird und wo dieser Ö-Ring uns auch sehr viel Geld kostet. Mir blutet das Herz, daß man hier über 200 Millionen Schilling investiert für das Fahren im Kreis, daß das Auto hier verherrlicht wird.

Wir haben heute in anderen Bereichen über Verkehr, über Umwelt gesprochen, welche Belastungen das Auto bewirkt. Und jetzt wundert mich – das kann ich euch nicht ersparen –, daß die SPÖ hier ohne jede Wortmeldung zustimmt. Ich habe nichts dagegen, daß man seine Meinung ändert, man kann im Laufe des Lebens gescheitert werden. Aber ich selber – und ihr habt mich mehrmals darauf angesprochen – habe diese Debatte noch im SPÖ-Klub miterlebt, über die Sinnhaftigkeit dieses Ö-Ringes, und dort war Herr

Landeshauptfraustellvertreter Schachner der, der die Kehrtwendung vorgenommen hat – zu Recht bitte! – und hat gesagt angesichts des ersten Sparpaketes damals, wo sozial Schwache betroffen werden, wo Familien betroffen werden und, und, und, kann ich es für die Steiermark nicht verantworten, daß hier sinnlos Millionen hineingepulvert werden.

Jetzt sollen wir, nur weil 5 vor 11 ist, das kommentarlos beschließen.

Ich habe mir den Vorwurf von manchen da hier gefallen lassen müssen, daß wir beim Sozialbudget vielleicht eine Spur zu lang nach den Vereinbarungen gesprochen haben.

Aber ich lasse mir den Vorwurf nicht gefallen, und meinem Gewissen möchte ich es nicht ersparen, daß ich hier sage, wir Grüne sind 100prozentig dagegen, daß ein einziger Schilling in eine sinnlose Maßnahme fließt.

Es hat Zeiten gegeben, und damit bin ich schon fertig, wo diese Formel-I-Rennen mehr als in Frage gestanden sind – damals, als der Ratzenberger und der Ayrton Senna verunglückt sind. Da hat der Gerhard Berger selbst schon gesagt, ich weiß nicht, ob ich noch weiterfahren werde bei der Formel I.

Und wir beschließen heute mehrere 100 Millionen Schilling für so eine Maßnahme. Wir haben auch gestern darüber diskutiert – und, Frau Kollegin Wicher, ich war sehr beeindruckt, als Sie sagten, ob diese Maßnahme, wo man einen Teil zurückfordert, ob das überhaupt etwas bringen wird. Sie haben mir wirklich aus der Seele gesprochen. Dort versucht man jetzt mit hohem bürokratischem Aufwand etwas hereinzubringen, wo der Kollege Lopatka auch gemeint hat, es wird große Probleme bei der Personalbewältigung mit sich bringen. Und dort schmeißt man die Millionen hinaus für eine Maßnahme, die praktisch keine Arbeitsplätze bringt, die nur die Umwelt belastet und die letzten Endes Leid und Verunglückte und Tote, wie in der Vergangenheit schon gewesen, bringt.

Ich glaube, daß das der Weg in die falsche Richtung ist. Ich bin überzeugt davon.

Und der Landesrat Paierl – ich habe sehr genau zugehört bei Ihnen oder bei dir, entschuldige, daß ich jetzt Sie gesagt habe –, und mich hat dieser Optimismus und deine Ideen, die du da hier aufgezeigt hast, damit der Wirtschaftsstandort Steiermark noch mehr in Schwung kommt, tief beeindruckt. Ich glaube, nur mit Optimismus kann es gehen, daß man die Betriebe hier ermutigt und vor allem, daß man unternimmt statt unterläßt, und schaut, daß es mehr Unternehmer bei uns gibt.

Ich glaube, vor allem auf der roten Seite werden manche da hier sitzen, die sich denken, eigentlich hat er nicht ganz unrecht, aber jetzt haben wir ja neue Zeiten.

In dem Sinne werden wir dagegen stimmen, und das möchte ich Ihnen auf die Reise mitgeben, und dann danke ich für das konstruktive Klima während der letzten drei Tage.

Wir hätten uns manchmal gewünscht, aber vielleicht ist es das nächste Mal, daß gute Ideen über alle Parteigrenzen hinweg akzeptiert werden. Und dann werde ich mit noch mehr Freude in dem Landtag arbeiten,

wie ich es schon bisher getan habe. Danke schön! (Beifall bei den Grünen und dem LIF. – 22.52 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Die nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Keshmiri.

Abg. Keshmiri (22.52 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich möchte Sie nicht lange aufhalten, nur ein paar kurze Anführungen. Es werden Hunderte von Millionen Schillingen in ein Projekt für sechs Jahre investiert. Ich frage mich, ob das sinnvoll ist. Ist es nicht besser, es so zu tun, wie die SPÖ in den Wahlzeiten propagiert hat, „500 Millionen Schilling sind vergeudet, man soll sie besser in Arbeitsplätze investieren“? Ich kann mich da an Plakate in der Obersteiermark erinnern, wo sehr viel darauf hingewiesen wurde.

Der Österreichring ist im Jahr mit verschiedenen Veranstaltungen 220 Tage ausgelastet. Ich frage mich, ob es nicht den gleichen Effekt erzielt hätte, hätte man zumindest weniger investiert, um für den Österreichring die Konzerte zu sichern, die ja heuer angekündigt wurden, die dann kurzfristig abgesagt wurden. Die Absage hat dann zusätzlich noch eine Million Schilling gekostet. (Beifall beim LIF und den Grünen.)

Die Beherbergungsbetriebe werden sicher durch diesen sechsjährigen Vertrag motiviert werden, ihr Angebot zu erhöhen. Ich frage mich, wenn nach sechs Jahren der Vertrag nicht verlängert wird, was passiert dann? Dann stehen die Beherbergungsbetriebe vor dem Ruin und können nicht mehr weiterarbeiten.

Und gerade in Zeiten des Umweltschutzes ist es wichtig, daß man eben von den großen Autorennen abkommt – denkt man an den Treibhauseffekt und an die sonstigen Auswirkungen, die das mit sich bringt. Danke! (Beifall beim LIF und den Grünen. – 22.54 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Flecker.

Abg. Dr. Flecker (22.54 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Lieber Martin, damit auch du nachvollziehen kannst, was unsere Zustimmung zu diesem Antrag bedeutet. Das ist keine inhaltliche Zustimmung zum Projekt. Wir haben vor der Wahl eine Meinung vertreten, die wir grundsätzlich heute auch noch vertreten. (Abg. Dr. Wabl: „Ist ein schöner Purzelbaum!“) Es dürfte dir nicht ganz entgangen sein, daß wir eine demokratische Partei sind. Soweit wirst du dich ja noch zurückerinnern können, was das heißt. Das heißt zumindest, daß man Mehrheitsentscheidungen, die da sind und die ein Bauvorhaben geschaffen haben (Abg. Ing. Mag. Hohegger: „Arbeitsplätze!“), das letztlich ausfinanziert werden muß, auch verlangt, daß das endfinanziert werden muß. Wir können hier nicht eine Bauleiche stehenlassen.

Und das ist der Grund, warum wir als Demokraten einem mit Mehrheitsbeschluß geschaffenen Zustand

zustimmen. (Abg. Mag. Zitz: „Ein Herz für Bauleichen! Reden Sie weiter!“) Danke, Frau Zitz.

Es ist so lieb, wirklich. Ich habe so viel Mitgefühl, wenn ich mir vorstelle – (Abg. Mag. Zitz: „Es war nur ein Scherz!“) Nein, Kollegin Zitz, Sie machen das so charmant, daß ich jeden verstehe, der dem Charme erliegt und so lange still ist, bis Sie es ihm erlauben zu reden. (Beifall bei der SPÖ.)

Abgesehen davon, meine Damen und Herren, wir werden dem Beschlußantrag der freiheitlichen Fraktion nicht zustimmen. Aus inhaltlichen Gründen deswegen nicht, weil ich nicht glaube, daß hier noch viel zu erreichen ist. Mein Gott, so, wie der Herr Vesko etwas erreicht hat beim Ecclestone, dann können wir gleich darauf pfeifen.

Und aus grundsätzlichen Überlegungen bitte ich um das Verständnis, daß man nicht dem Antrag einer Fraktion zustimmen kann, daß ein Referent tätig wird über diese Fraktion, dem sie vor zwei Tagen einen Mißtrauensantrag gestellt hat. Wir erwarten selbstverständlich oder wir erhoffen uns von der ÖVP eine loyale Haltung. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 22.57 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Die vorletzte Rednerin ist die Frau Abgeordnete Pußwald.

Abg. Pußwald (22.57 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte zu Kollegen Wabl folgende Mitteilung machen und Richtigstellung oder Erklärung.

Seit Beginn dieses Monats – Anfang April – hat der ÖAMTC nicht nur das Fahrtechnikzentrum, sondern den ganzen Bereich des Ö-Rings übernommen. Er heißt jetzt auch A 1-Ring Austria.

Dieser ÖAMTC ist nicht irgend jemand, sondern es ist eine sehr passionierte Autofahrervertretung, der viele Dinge abdeckt (Abg. Gennaro: „Der ist gleich gut wie der ARBÖ!“) im Bereich der Sicherheit, im Bereich der Forschung, im Bereich der Entwicklung. Und diese Firma investiert noch einmal zusätzlich von sich heraus 50 Millionen. Das bedeutet für uns alle, daß das ein wirtschaftliches Unternehmen ist, das in Zukunft sicherlich weltweit und auch natürlich in Österreich vernetzt arbeiten wird. (Beifall bei der ÖVP. – 22.58 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der Herr Landesrat Hirschmann hat das Wort.

Landesrat Dr. Hirschmann (22.58 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich kann nicht anders, ich muß das noch einmal wiederholen, damit das auch unmißverständlich ist, weil einige neue Abgeordnete da sind – Martin, ich meine nicht dich, sondern die Kollegin Keshmiri –, zur Richtigstellung. (Abg. Dr. Wabl: „Ich bin auch hier neu!“) Warte ein bißchen. (Abg. Tasch: „Rund-erneuert!“) Der Martin Wabl? Das kann man bei ihm nicht sagen, beim Martin.

Es handelt sich hier, wie der Landesrat Paierl heute gesagt hat, um ein wirtschaftspolitisches Projekt für eine Region, wo etwas vorhanden war. Die meisten der

Damen und Herren werden gar nicht wissen, wenn wir das weggeräumt hätten, was wir müssen hätten, weil alle Homologierungen ausgelaufen sind, hätte uns das 200 Millionen Schilling gekostet.

Eine Überlegung war bitte, wenn man für 300 Millionen das modernste Motorsportzentrum haben kann mit den Dingen, die die Hermine Pußwald jetzt angesprochen hat, ist das doch für die Region von größerem Nutzen.

Wenn einer fundamentalistisch sagt, er haltet das Autofahren für einen Blödsinn, bin ich durchaus bei ihm, Martin Wabl. (Abg. Dr. Wabl: „Das Rennfahren!“) Okay, Rennfahren. (Abg. Dr. Wabl: „Im Kreis fahren!“)

Noch einmal, es ist ein wirtschaftspolitisches Leitprojekt für die Region.

Und ich würde bitten, daß wir uns in zwei Jahren darüber unterhalten. (Abg. Keshmiri: „In sechs Jahren!“) Es geht nicht nur um den Motorsport, sondern es geht auch um das größte Konzertereignis, das da oben möglich ist. Die schönste Arena Mitteleuropas, meine verehrte Dame, und die Verlegung nach Leoben hat uns nicht eine Million Schilling gekostet, sondern wir müssen eine Million Schilling zahlen, daß das da stattfindet. Wir haben voriges Jahr bei den anderen Konzerten in Summe mehr als zwei Millionen Schilling bezahlt, sonst finden die nicht statt. Das hat also mit der Verlegung, Frau Kollegin, überhaupt nichts zu tun.

Ich darf noch eines sagen. Das neue Management des ÖAMTC: 50 Dauerarbeitsplätze wird der ÖAMTC oben vor Ort mit Vollbetrieb in diesem Jahr noch schaffen! Sie hören richtig! Ich darf noch einmal wiederholen, allein die Italiener und die Deutschen werden innerhalb von zwei, drei Jahren uns den gesamten Ö-Ring netto bezahlen. Zeigen Sie mir ein Projekt in der Steiermark oder in Österreich, das sich bitte so finanzieren wird in den nächsten Jahren. Und ich bitte, denen da oben eine Chance zu geben, im Interesse der Region! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 23.01 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wer dem Antrag des Berichterstatters zustimmt, den bitte ich um ein Händezeichen.

Das ist die Mehrheit.

Nun stimmen wir über den Antrag des Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko und Kollegen ab.

Das ist die Minderheit.

Wir kommen zum Punkt.

14. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 63/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1995 (6. Bericht für das Rechnungsjahr 1995).

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Barbara Gross.

Abg. Gross (23.02 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf berichten, daß vom 4. Dezember 1995 bis 8. Jänner 1996 für den Bereich der gesamten Landesverwaltung Mehrausgaben gegenüber dem Landes-

voranschlag 1995 von insgesamt 76,978.609 Schilling durch die Steiermärkische Landesregierung genehmigt wurden.

Dieser Mehraufwand wurde wie folgt bedeckt: Aus dem ordentlichen Haushalt 66,673.609 Schilling, aus dem außerordentlichen Haushalt durch die Entnahme aus einer Investitionsrücklage 10,305.000 Schilling.

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag, den 6. Bericht für das Rechnungsjahr 1995 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der Vorlage über- und außerplanmäßigen Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1995 im Betrag von 76,978.609 Schilling zur Kenntnis zu nehmen und zu genehmigen. (23.02 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Keine Wortmeldung dazu. Wer dem Antrag zustimmt, bitte um ein Händenzeichen.

Dieser Antrag ist mehrheitlich angenommen.

15. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 64/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 1996 (1. Bericht für das Rechnungsjahr 1996).

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Barbara Gross.

Abg. Gross (23.03 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf berichten, daß in der Zeit vom 18. Dezember 1995 bis 5. Februar 1996 auf Grund des damals geltenden Budgetprovisoriums von insgesamt 16,632.858,50 Schilling durch die Steiermärkische Landesregierung genehmigt wurden.

Der Mehraufwand wurde bedeckt durch Mehreinnahmen aus Entnahme einer Investitionsrücklage für sonstige Bedeckungsmaßnahmen in der Höhe von 16,632.858,50 Schilling.

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen, den 1. Bericht für das Rechnungsjahr 1996 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Betrag von 16,632.858,50 Schilling zur Kenntnis zu nehmen und zu genehmigen. (23.03 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Keine Wortmeldung. Zustimmungsfalls bitte ich um ein Händenzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

16. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 111/1, betreffend die Aufnahme zusätzlicher Darlehen in Höhe von 70,825 Millionen Schilling unter Anrechnung auf die Voranschlagstellen des endgültigen Voranschlages 1996 für die Abdeckung des voraussichtlichen Betriebsabganges des Wirtschaftsjahres 1995/96 bei der Schilift Präbichl Ges. m. b. H. & Co. KG. und die Durchführung des Ausbauhvorhabens Präbichl.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Siegfried Ussar.

Abg. Ussar (23.04 Uhr): Die Steiermärkische Landesregierung hat betreffend Aufnahme zusätzlicher Darlehen in der Höhe von 70,825 Millionen Schilling unter Anrechnung auf die Voranschlagstellen des endgültigen Voranschlages 1996 für die Abdeckung des voraussichtlichen Betriebsabganges des Wirtschaftsjahres 1995/96 bei der Schilift Präbichl Ges. m. b. H. in der Regierungssitzung vom 27. November 1995 folgenden Beschluß gefaßt. Er ist in der Vorlage angeführt.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt daher zufolge ihres Beschlusses vom 21. März 1996 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Für die Abdeckung des voraussichtlichen Abganges des Wirtschaftsjahres 1995/96 bei der Schilift Präbichl Ges. m. b. H. & Co. KG. und die Durchführung des Ausbauhvorhabens Präbichl wird die Aufnahme von zusätzlichen Darlehen von 70,825 Millionen Schilling genehmigt. Bitte um Annahme. (23.04 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Es liegt keine Wortmeldung vor. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen. Gegenprobe.

Einstimmige Annahme.

17. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 125/1, über den Abverkauf der Liegenschaft EZ. 108, Grundbuch 62238 Radersdorf, an Wolfgang und Christian Bonhold, beide wohnhaft in 8263 Sacherberg 61.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Siegfried Herrmann.

Abg. Herrmann (23.06 Uhr): Werte Damen und Herren.

Jedem und jeder liegt diese Vorlage vor. Ausführlich habe ich im Finanz-Ausschuß berichtet, daher stelle ich nur den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Verkauf der Dreiviertelanteile des Landes Steiermark in der Liegenschaft EZ. 108, Grundbuch 62238 Radersdorf, an Wolfgang und Christian Bonhold, beide wohnhaft in 8263 Sacherberg 61, um den Betrag von 772.500 Schilling wird gemäß Paragraph 15 Absatz 2 litera c L-VG 1960 genehmigt.

Präsident Dr. Strenitz: Eine Wortmeldung dazu liegt nicht vor. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen. Gegenprobe.

Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, wir haben die heutige beziehungsweise die Tagesordnung dieser Sitzung erledigt. Ich will Sie nicht länger aufhalten, erlauben Sie mir bitte genau drei Sätze.

Zum einen hat mich der Herr Landesrat Pörtl gebeten, Sie nochmals auf dieses blaue Formular, betreffend Rindfleischaktion, aufmerksam zu machen. Wer daran interessiert ist, Formulare können bei ihm abgeholt und auch wieder abgegeben werden.

Zum zweiten, meine verehrten Damen und Herren, möchte ich Ihnen allen nach diesen drei Tagen und rund 40 Stunden sehr herzlich danken

für Ihre sehr engagierten und zum Teil von hoher Sachkenntnis und auch von Humor getragenen Wortmeldungen, die meist im guten Stil abgewickelt wurden und jedenfalls einen guten Willen gezeigt haben.

Zum dritten und letzten möchte ich noch daran erinnern, daß gerade der Ablauf des heutigen Tages eigentlich uns sehr deutlich gezeigt hat, daß unsere

parlamentarische Demokratie eine Pflanze ist, die sehr sorgsam zu pflegen ist, die aber mit Sicherheit feste Wurzeln hat, wenn wir das nur wollen, und davon bin ich überzeugt.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt, die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen. Die Sitzung ist um 23.08 Uhr geschlossen. (Allgemeiner Beifall.)